Einzelnummer 5 K.

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages“ reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

3. Jahr.



Jüdisches Volksblatt

Nr. 49

Abonnement ¼jährl. K 20.— monatl. K 7.—

Das „Jüdische Volksblatt“ ist kein Lokalblatt, sondern als Versandzeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschecho-slowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 30 h für die 8fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Freitag.

Freitag, 8. VII. 1921.

2. Thamus 5681.

Klarheit und Vertrauen.

Die letzten Monate sind durch einen Prozeß im Zionismus charakterisiert, den man mit den Merkmalen einer schweren Krankheit vergleichen kann. Fieber ist nicht nur ein Zeichen von Krankheit, sondern es kann auch ein Symptom beginnender Ueberwindung der Krankheitsstoffe sein. Ueber den Abbruch der Krise und ob der normale Zustand bald wieder erreicht sein wird, kann und soll heute nicht gesagt werden. Die A. C.-Sitzung, die in diesen Tagen beginnt, und der bevorstehende Kongreß werden zweifellos für die Entscheidung von größter Bedeutung sein.

In dem Kampfe innerhalb der zionistischen Organisation, der seit Monaten tobt und gelegentlich überaus unerquickliche Formen angenommen hat, bestand das Hauptkampfmittel — ein schlimmes Zeichen! — in Andeutungen, Gerüchten, Anspielungen, halben, geheimnisvoll ins Ohr geflüsterten Behauptungen allgemeinsten Charakters. Das war innerhalb der Organisation und nach außen hin sehr schädlich. Es ist bekannt: Nur drauf los verleumden, etwas bleibt immer hängen! Erst nach längerer Zeit erfuhr man, daß die Belege, das „Material“ für all die umgehenden Schauermären von entsetzlichster Korruption in London und besonders in Palästina in dem Berichte der sogenannten Reorganisationskommission niedergelegt seien. Begreiflich war der brennende Wunsch aller Zionisten, diesen Bericht, von dem so furchtbare Gerüchte gingen, ehestens kennen zu lernen.

Da geschah aber das Unerwartete, das allen Gerüchten neue Nahrung gab: Der Bericht wurde von der Londoner Leitung geheimgehalten. Dies war nur so zu erklären, daß er tatsächlich schwerste Anklagen, gestützt durch ein erdrückendes Beweismaterial, enthalten mußte, und daß die Leitung vor allem Zeit und die Möglichkeit gewinnen wollte, sich zur Abwehr zu rüsten. Heute, wo wir den Bericht kennen, müssen wir andere Gründe suchen. Es scheint uns, daß die Leitung, fern von dem Pulsschlag der jüdischen Massen und der zionistischen Zentren und also ohne genügenden Eindruck von der bereits durch Gerüchte erzeugten Beunruhigung, glaubte, den Bericht, den alten Durchgebildeten und gegen das Gift allgemeiner Insinuationen gefeiten Gesinnungsgenossen vorenthalten zu dürfen, um ihn auch vor den wenigen urteilsstarken Neuzionisten, insbesondere Amerikas, geheimhalten zu können.

Sicherlich eine falsche Politik. Denn wer Vertrauen fordert, muß Vertrauen haben! Das gilt nirgends stärker als bei uns. Und die falsche Politik erzielte den entgegengesetzten Erfolg: Der „Bericht“ blieb den disziplinierten europäischen Zionisten ein Geheimnis, während er in Amerika durch einen groben Vertrauensmißbrauch der dortigen Führer veröffentlicht wurde. Gleichzeitig wurde dort auch die Frage des Bodenkaufs in Emek Jesreel öffentlich erörtert, die in Europa ebenfalls nur Gegenstand „streng vertraulicher“ Rundschreiben war.

Es ist merkwürdig, daß keine zionistische Zeitung in Europa diese höchst wichtigen und interessanten Aktenstücke abgedruckt hat. Es ist dies etwa ebenso, als ob wir den Text des Mandatsvertrages für Palästina, der auch durch eine Indiskretion veröffentlicht wurde, bis zur offiziellen Freigabe durch die Regierung geheimgehalten hätten. Zweifellos war die Veröffentlichung zulässig, nachdem sie einmal irgendwo, ob nun mit Recht oder Unrecht, erfolgt war. Sie war aber auch dringend nötig, um der zionistischen Oeffentlichkeit alle Beweisstücke in die Hand und die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Urteil zu bilden. Hat niemand dieses Urteil zu scheuen — wir glauben, die zionistische Leitung hat es nicht — umso besser. Ist das Urteil eine Verurteilung, dann wird auch sie zur Gesundung des Zionismus beitragen.

Der Bericht der Reorganisations-Kommission.

I.

Vorwort der Exekutive.

Die Reorganisations-Kommission war Ende 1920 nach Palästina entsandt worden, um im Auftrage der Exekutive der Zionistischen Organisation die Lage zu studieren, soweit möglich erforderliche Aenderungen in der Arbeitsmethode der Zionist Commission vorzunehmen und über alle gesammelten Erfahrungen Bericht zu erstatten. Dies hat die Kommission durch den vorliegenden Bericht getan. Die darin enthaltenen Angaben und Vorschläge sollten der Exekutive zur Grundlage weiterer Erwägungen für die Ausgestaltung der künftigen Palästinaarbeit dienen, und sie hätten demnach so lange **vertraulich** behandelt werden sollen, bis die eingeforderten Erwiderungen der Zionist Commission vorliegen und die Exekutive auf Grund des gesammelten Materials zu einem abschließenden Urteil gelangte. Da aber der Bericht der Reorganisations-Kommission ohne Genehmigung der Exekutive in Amerika veröffentlicht worden ist, so sehen wir uns veranlaßt, bereits vor Eintreffen der erwarteten Gegenäußerungen den Bericht der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Unsere Stellungnahme zu dem sachlichen Inhalt des Berichtes behalten wir uns vor, doch erachten wir es für notwendig, sogleich zu einem Punkt öffentlich Stellung zu nehmen, nämlich zur **Frage der Verantwortlichkeit**. Der Bericht ist in einem Ton der Anklage geschrieben und die Anklage richtet sich gegen die **Zionist Commission**.

Im Interesse einer gerechten Beurteilung der Sachlage muß daher folgendes festgestellt werden:

1. Die **Zusammensetzung** der in dem Bericht der Reorganisations-Kommission ohne Nennung einzelner Namen ständig erwähnte Zionist Commission hat in den letzten Jahren fortwährend gewechselt. Die Zionist Commission wurde gebildet, als nach der Balfour-Erklärung und der Besetzung Palästinas durch englische Truppen dort eine völlig neue Situation entstanden war. Die ersten Aufgaben der Zionist Commission waren überwiegend politischer und nur zum Teil wirtschaftlicher Natur. Die Zionist Commission beschäftigte sich neben den politischen Fragen zunächst vorwiegend mit der Organisierung des Hilfswerkes und erst allmählich wurden ihr gewisse wirtschaftliche Funktionen übertragen, die vor dem Kriege von dem Palästinaamt in Jaffa ausgeübt worden waren. Die Unbeständigkeit des Arbeitssystems, die aus dem fortwährenden Personenwechsel folgte, war gewiß schädlich, aber sie war durch die Umstände bedingt. Infolge des Kriegszustandes war die Zahl sachkundiger Personen, die man nach Palästina zur Leitung der Arbeit entsenden konnte, beschränkt und nur die wenigsten waren in der Lage, längere Zeit im Lande zu bleiben. Erst seit dem Jahre 1919 gewann die Zionist Commission mehr den Charakter einer ständigen Behörde.

Der Zionist Commission gehören in der Zeit vom Mai 1918 bis August 1919 in zeitlicher Reihenfolge die folgenden Herren an:

Dr. Weizmann, Dr. Eder, Leon Simon, Sylvain Levi, Josef Cowen, Israel Sieff, Mosseri, Dr. Harry Friedenwald, Robert Szold, Commodore L. Bianchini, Levin Epstein. Die meisten dieser Herren reisten nach kurzem Aufenthalte wieder ab. Im Oktober 1919 wurde die Kommission unter Dr. Weizmanns Vorsitz reorganisiert. Herr Ussischkin wurde stellvertretender Vorsitzender. Im Mai 1920 traten Herr Dr. Ruppin und Leib Jaffe ein. Zurzeit besteht die Kommission aus den palästinensischen Mitgliedern der Exekutive, den Herren Ussischkin, Dr. Eder und Dr. Ruppin; als Treasurer fungiert Herr Van Vriesland.

2. Die Zionist Commission ist **keine selbständige Behörde**, sondern der Exekutive der Zionistischen Organisation unterstellt. Es ist bekannt, daß seit der Verlegung der zionistischen Leitung nach London die Herren Dr. Weizmann und Sokolow durch die Führung der politischen Geschäfte völlig in Anspruch genommen waren, daß innerhalb der Exekutive eine Ressorteinteilung bestand, und daß die Palästinaarbeiten dementsprechend von einem besonderen **Palästinaressort** geleitet wurden. Die Leitung aller kolonisatorischen Angelegenheiten lag seit Einrichtung der Londoner Exekutive, d. h. seit September 1918 bis Jänner 1921, in den Händen des Herrn **Julius Simon**.

3. Die **Nationalfondsarbeit** in Palästina ist gleichfalls nicht selbständig von der dortigen Zionist Commission geleitet worden, sondern von den Vertretern des Jüdischen Nationalfonds, die vom Direktorium desselben ernannt wurden. Das Hauptbureau des Nationalfonds befindet sich seit dem Jahre 1914 im Haag. Dort wurde während des Krieges ein geschäftsführendes Komitee gebildet, das in den letzten Jahren von Herrn **Nehemia de Lieme** geleitet wurde.

London, im Mai 1921.

Die Exekutive der Zionistischen Organisation.

II.

Bericht der Reorganisations-Kommission

der Exekutive der Zionistischen Organisation über die Arbeit der Zionistischen Organisation in Palästina.

Vorwort

Die Reorganisationskommission, ihre Befugnisse und Aufgaben.

Auf Grund eines Beschlusses der Zionistischen Organisation vom 21. September 1920 wurde eine Reorganisationskommission, bestehend aus den Herren **Julius Simon**, **Nehemia de Lieme** und **Robert Szold** eingesetzt mit der Aufgabe, die Arbeit der Zionistischen Organisation und ihrer Institutionen in Palästina zu untersuchen und zu reorganisieren. Die Reorganisations-Kommission wurde mit der Vollmacht ausgestattet, solche Aenderungen durchzuführen, die die Kommission nach ihrer Meinung für notwendig halten würde.

Die Reorganisations-Kommission traf in Palästina am 4 November 1920 ein und verblieb dort bis zum 14. Dezember 1920. Während ihres Aufenthaltes in Palästina besuchten die Mitglieder der Kommission die Farmen des Jüdischen Nationalfonds, verschiedene Kwuzoht (landwirtschaftliche Gruppen) und Kwischim (Straßenbaugruppen) und führten eine möglichst eingehende Untersuchung aller zionistischen Tätigkeiten durch, soweit die ihnen zur Verfügung stehende Zeit es gestattete. Sie konferierten mit seiner Exzellenz dem High Commissioner, mit den Leitern der Regierungsdepartements, mit der Zionist Commission, mit dem Waad haleumi (dem Jüdischen Nationalrat) und seiner Exekutive, mit Vertretern der jüdischen Arbeiter und anderen hervorragenden Palästinensern.

Obgleich alle Mitglieder der Reorganisations-Kommission sich seit einer gewissen Zeit verschiedenen Phasen der zionistischen Arbeit in Palästina gewidmet hatten, wurden sie von dem Jischuw mit beträchtlichem Mißtrauen und nicht geringem Widerstreben empfangen. Ihre Motive waren verdächtig. Ihr Zionismus selbst wurde in Frage gestellt. Die fragmentarischen und einseitigen Berichte von der Londoner Konferenz, die in Palästina in Umlauf gekommen waren, hatten den Eindruck erzeugt, daß die Reorganisations-Kommission nicht gekommen war, um aufzubauen, sondern um zu zerstören. Daß es ihren Mitgliedern an nationalem Verständnis fehlte und daß sie voreingenommen und nicht frei waren, ihr Urteil zu ändern.

Die Mitglieder der Reorganisations-Kommission behaupteten nicht, mit ganz freiem Urteil nach Palästina zu gehen, obgleich sie sich nach besten Kräften bemühten, sich die Freiheit der Meinung zu wahren. Der folgende Bericht stellt die Arbeit der Zionistischen Organisation in Palästina so dar, wie sie sie sahen, die künftigen Aufgaben der Organisation, wie sie sie auffassen, und den Apparat, mittels dessen sie diese Aufgaben durchzuführen versuchen würden.

Die Reorganisations-Kommission war von Herrn A. Sonne, Sekretär der Exekutive der Zionistischen Organisation und von Herrn Paul Singer, Schatzmeister und Finanzsekretär, begleitet, welche beide während der ganzen Sendung unschätzbare Hilfe leisteten.

Kapitel 1.

Die bestehende Organisation der zionistischen Arbeit in Palästina

Die Leitung der zionistischen Angelegenheiten in Palästina ist derzeit größtenteils in der Zionistischen Kommission konzentriert, die während der Zeit der militärischen Besetzung durch ein Patent (zitiert in der Note*) des britischen Auswärtigen Amtes eingesetzt worden war.

Die schwierige Aufgabe, die sie als Vermittlerin zwischen den britischen Militärbehörden und der jüdischen Bevölkerung zu lösen hatte, hat mit der Errichtung der Zivilverwaltung ihr Ende gefunden. Es ist für unseren Zweck nicht nötig, die von der Kommission während der schwierigen Periode der militärischen Okkupation, als fremde Agenten und politische Intriganten im Lande waren und die zionistische Bewegung zu diskreditieren und zu zerstören suchten, geleisteten Dienste aufzuzählen. Wir haben uns vornehmlich mit der Siedlungs- und Kolonisationsarbeit der Zionistischen Kommission**) zu befassen. Diese Arbeit ist in sehr weitem Maße bloß eine Fortsetzung der Tätigkeit des Palästinaamtes (Misrad), wie sie vor dem Kriege geführt wurde.

---

*) Die Kommission wird die Zionistische Organisation vertreten. Sie wird als Beratungskörperschaft für die britischen Behörden in Palästina in allen Angelegenheiten, die Juden betreffen oder die Errichtung eines nationalen Heimes für das jüdische Volk in Uebereinstimmung mit der Erklärung von Seiner Majestät Regierung berühren, dienen.

Die Aufgaben der Jüdischen Kommission werden sein:

1. Eine Verbindung zwischen den britischen Behörden und der jüdischen Bevölkerung Palästinas zu schaffen,

2. die Hilfsarbeit in Palästina zu regeln und bei der Repatriierung vertriebener und evakuierter Personen und Flüchtlinge zu helfen,

3. bei der Wiederherstellung und Entwicklung der Kolonien und der Organisierung der jüdischen Bevölkerung im allgemeinen mitzuwirken,

4. der jüdischen Organisation und ihren Institutionen in Palästina bei der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit behilflich zu sein,

5. bei der Schaffung freundlicher Beziehungen mit den Arabern und anderen nichtjüdischen Gemeinschaften zu helfen,

6. Informationen zu sammeln und über die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der jüdischen Siedlung und des Landes im allgemeinen zu berichten,

7. die Durchführbarkeit des Planes der Errichtung einer jüdischen Universität zu untersuchen (Patent des britischen Außenamtes).

**) Wenn es nicht ausdrücklich anders angegeben ist, meinen wir die Zionistische Kommission im allgemeinen, ohne den Versuch zu machen, unsere Bemerkungen auf eine bestimmte Periode in der Tätigkeit der Kommission zu beziehen.

Vielleicht erfolgte die Veröffentlichung bisher nicht, weil ein großer Teil der in Betracht kommenden Aktenstücke englisch abgefaßt ist und die Uebersetzung ein bedeutendes Stück Arbeit erfordert. Wir haben uns dieser Arbeit unterzogen, um unsererseits einen bescheidenen Beitrag zu den Arbeiten des Aktionskomitees und des Kongresses zu leisten, die in unserem Lande tagen werden. Ist es doch ohne Kenntnis dieser Dokumente wohl nahezu unmöglich, **den Verhandlungen zu folgen, und wissen wir doch aus Erfahrung der Londoner Jahreskonferenz, daß nicht allen Mitgliedern selbst unserer leitenden Körperschaften mit der Vorlage englischer Texte gedient ist.** Es sollte möglichst vermieden werden, daß durch geheimnisvolle Andeutungen über den Inhalt gewisser Dokumente, die praktisch niemand außer den Eingeweihtesten kennt, wieder Stimmungen erzeugt und Beschlüsse möglich gemacht werden, die bei richtiger Kenntnis des Materials unmöglich wären.

Wir glauben, durch unsere Veröffentlichungen dem Großen Aktionskomitee, das in diesen Tagen in Prag zusammentritt, einen größeren Dienst zu erweisen und unsere innigen Wünsche für den Erfolg seiner Arbeiten besser auszudrücken als durch noch so enthusiastische Begrüßungsartikel.

Dr. Hugo Herrmann.

Es ist nicht unsere Absicht, eine detaillierte Darstellung der Entwicklung der jüdischen Kolonisation in Palästina zu geben, und sicherlich ist es nicht unser Wunsch, die Wichtigkeit der Vorkriegsarbeit als eines politischen Faktors von größtem Einfluß zu unterschätzen. Aber es war unsere Aufgabe, in Palästina unter die Oberfläche der Dinge zu sehen und zu untersuchen, wie weit die bisherigen Bemühungen der Zionistischen Organisation und ihrer Institutionen von einem wirtschaftlichen Standpunkt aus richtig geleitet waren. Mit dem Beschluß von San Remo und der Ernennung von Sir Herbert Samuel als High Commissioner hat sich die politische Grundlage unserer Arbeit völlig geändert. Bisher mochten Pioniersiedlungen ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Kosten möglicherweise gerechtfertigt sein. Jetzt, wo Palästina für dauernde jüdische Siedlung in großem Maßstabe geöffnet war, war es notwendig geworden, zu untersuchen, ob unsere Bemühungen auf die Schaffung von sich selbst erhaltenden Gemeinschaften gerichtet waren. Konnte die bisherige Arbeit in Palästina, wie sie derzeit organisiert und verwaltet ist, auch nur als die Schaffung eines Kerns für die künftige jüdische Kolonisation angesehen werden? Dies hatten wir uns zu fragen. Die zionistischen Farmen waren zerstreut. Gesetzliche Hindernisse machten den Ankauf irgendwelchen Bodens schwierig und es gab sehr wenig Freiheit in der Wahl der Siedlungsplätze und nicht immer wurde innerhalb der möglichen Grenzen der Auswahl das beste Urteil getroffen. Man glaubte, daß eine Politik großzügiger Farmen politische Vorteile habe und hielt sie für nützlich für Propagandazwecke. Aber die so angenommene Politik machte eine Konzentration der Kräfte unmöglich und gesunde wirtschaftliche Siedlung schwierig. Die Farmen wurden nicht auf Grund eines sorgfältig durchdachten Verwaltungs- und Entwicklungsplanes gegründet. Das anscheinend weitzügige Kolonisationssystem mochte als Anreiz für die Phantasie der Oeffentlichkeit vorteilhaft scheinen, aber diese Propagandamethoden hinderten in der Praxis die Auflassung von falsch angelegten Unternehmungen. Der nationale Wert jüdischer Arbeit wurde durch die Form der Propaganda ausgenützt, aber die vermeidbaren wirtschaftlichen Nachteile unserer Arbeit wurden nicht beachtet. Es bestand eine Tendenz, die ganze Erfahrung der Ica als schlecht und für uns wertlos anzusehen, weil nichtjüdische Arbeit angewendet wurde. Der Wert ihrer langen Erfahrung in Palästina wurde selbst in technischen Dingen nicht ausgenützt. Die Tatsache, daß auch die galiläischen Kolonien einen gewissen nationalen Wert hatten, weil die Kolonisten in großem Ausmaße den Boden selbst und nicht durch Lohnarbeiter bestellten, wurde übersehen.

Die Bedingungen des Krieges verschärften noch das unwirtschaftliche System unserer eigenen Kolonisation. Wirklich aufbauende Arbeit von produktivem Charakter war während der Periode militärischer Besetzung schwer, wenn nicht unmöglich. Und die Kommission schien unfähig, sich der neuen Situation nach San Remo anzupassen.

Die Zionistische Kommission übersah vollständig die Tatsache, daß sie nur auf Grund militärischer Erfordernisse berufen worden war, als Zwischenglied zwischen der jüdischen Bevölkerung in Palästina und der provisorischen von der Okkupationsarmee eingerichteten Landesregierung zu dienen. Die Kommission maßte sich die Funktionen eines Staates an und begann sich selbst als eine Regierung anzusehen. Sie glaubte, alle jüdische Arbeit und Tätigkeit in Palästina müsse in ihr konzentriert und von ihr durchgeführt werden. Sie wurde der vielseitige Wohltäter der jüdischen Bevölkerung und man lehrte den Jischuw, die Erfüllung all seiner Wünsche von der Kommission zu erwarten.

Das Ergebnis war, daß fast der ganze Jischuw der Kommission zur Last fiel. Bis zu einem gewissen Maße war dies notwendig. Palästina ist in seinem gegenwärtigen Zustande kein reiches Land und das wirtschaftliche Leben war durch den Krieg ernstlich zerrüttet worden. Sowohl das Joint Distribution Committee als auch die American Medical Unit*) trugen bedeutende Summen für Hilfs- und Gesundheitszwecke bei und bis vor ganz kurzer Zeit gingen all diese Beträge durch die Hände der Zionistischen Kommission. Die Bevölkerung war sich kaum einer Unterscheidung zwischen Hilfsgeldern und zionistischen Fonds bewußt und wenn das Budget einer Seite gekürzt wurde, wurde ein Druck auf die Kommission ausgeübt, den Abgang von anderen Fonds zu ersetzen. Widerstand von seiten der Kommission war schwer, weil die Kommission selbst der Meinung war, daß alle Seiten des jüdischen Lebens in ihr konzentriert sein sollten, und die Folge war, daß der wirtschaftliche unproduktive Teil ihres Budgets sowohl absolut als auch relativ wuchs.

Seit der britischen Besetzung Palästinas wurde dort durch die Zionist Commission unter Mithilfe des Joint Distribution Committee und der American Medical Unit ein Betrag von nicht weniger als 1,300.000 Pfund ausgegeben. Wie wohltätig die geleistete Arbeit in mancher Beziehung gewesen sein mag, die Frage jüdischer Siedlung und Kolonisation in Palästina wurde kaum angerührt. Die bedeutenden ausgegebenen Summen haben nur im geringen Maße, wenn überhaupt, zur Schaffung einer sich selbst erhaltenden jüdischen Gemeinschaft beigetragen.

*) Die zionistischen Fonds allein belaufen sich auf etwa 700.000 Pfund. Die American Medical Unit wird durch Fonds finanziert, welche das Joint Distribution Committee und die Zionistische Organisation von Amerika liefern.

Das derzeitige System der Subventionierung unproduktiver Arbeit muß radikal revidiert werden, wenn eine Katastrophe in einer verhältnismäßig kurzen Frist verhindert werden soll. Die jetzt verfügbaren Fonds reichen nicht aus, um die schweren Lasten für die Erhaltung des bestehenden Jischuw zu tragen. Die Ausgaben für laufende unproduktive Arbeit sind so groß, daß für die Finanzierung der Einwanderung in ihrem ersten Stadium nichts übrig bleibt — nicht zu sprechen von wirklicher Kolonisationsarbeit. Es muß völlig klar begriffen werden, daß diese Ausgaben zugunsten des derzeitigen Jischuw das größte Hindernis für die Finanzierung der Einwanderung sind. Eine große Katastrophe wäre bereits eingetreten, wenn nicht die Regierung in der Lage gewesen wäre, an den öffentlichen Straßenarbeiten für mehr als 2000 Einwanderer Arbeit zu schaffen, die bisher nach Palästina gekommen sind, so daß die Kommission ihrerseits bei den von ihr durchgeführten Arbeiten nur einigen Hundert Beschäftigung zu geben hatte.

Die Kosten der Organisation jener Einwanderer, die bei Regierungsarbeiten beschäftigt sind, reduzieren sich auf die erste Fürsorge und Ausstattung, die nicht mehr als 20 Pfund pro Einwanderer betragen, wovon etwa die Hälfte in Form von Anleihen gegeben wird, die nach einer gewissen Zeit rückzahlbar sein mögen. Die Organisation hat andererseits für jene Einwanderer, die an Arbeiten der Kommission beschäftigt sind, an Löhnen allein 100 Pfund pro Jahr und Einwanderer auszugeben. Es ist nicht erfreulich, die Folgen auszudenken, die eingetreten wären, wenn die Kommission selbst genötigt gewesen wäre, für 2500 Einwanderer Beschäftigung zu finden, bevor noch, wie weiter ausgeführt werden soll, irgend ein Plan für wirtschaftliche produktive Arbeit vorbereitet worden war.

Die Zionistische Kommission würdigt kaum den Ernst unserer Lage und die Notwendigkeit einer strengen Reduktion aller unproduktiven Ausgaben. Sie und die Vorsteher jeder einzelnen Abteilung verfechten die Meinung, daß tatsächlich in dem gegenwärtigen Budget kein Posten ist, der reduziert werden kann, ohne nationale Werte von unschätzbarer Wichtigkeit zu zerstören. Nach ihrem Urteil ist das Budget für wirtschaftlich unproduktive Arbeit bereits jetzt minimal. Sie behauptet, daß die Imigration bereits jetzt gefördert werden müsse, ohne Rücksicht auf die für uns verfügbaren Gelder und ohne Reduktion auf anderen Gebieten. Ja, wenn wir nicht irren, will sie noch die jetzigen Auslagen zugunsten der derzeitigen Bevölkerung erhöhen. Es ist ihre Idee, daß nur durch eine breite, großzügige nationale Ausgabe in allen Tätigkeitsgebieten die Phantasie des jüdischen Volkes gepackt und die selbst für ein begrenzteres Programm nötigen Mittel geschaffen werden können.

Es ist immer schwer, materielle Gründe gegen das Gefühl und unfehlbare Kenntnis der Psychologie des jüdischen Volkes ins Treffen zu führen. Es ist jedoch nicht klar, daß die Politik, die bisher der leitende Grundsatz der Palästinaarbeit war, die nötigen Mittel geschaffen hat. Nicht nur in Amerika, sondern auch in ganz Europa wächst der Protest gegen die unangebrachte Verwendung unserer Fonds für laufende und wirtschaftlich unproduktive Ausgaben. Bei nüchterner Ueberlegung ist es schwer, die wirklichen nationalen Werte zu finden, die zerstört worden wären, wenn die Zionistische Kommission eine gesündere und weniger verschwenderische Politik verfolgt hätte. Es ist sicher nicht leicht zu sehen, wie die Möglichkeiten der Einwanderung und dauernden Ansiedlung durch die Tätigkeit der Kommission erhöht wurden. Die Fonds der Kommission wurden für Konsumption ausgegeben; nur wenig entfiel auf produktive Unternehmungen und ihre Vorbereitung. Die Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der unproduktiven Arbeiten der Zionist Commission, welche vielleicht einst eine Anziehungskraft wegen der vermeintlichen Aehnlichkeit solcher Arbeit mit Staatsunternehmungen haben mochte, wurde wertlos und diskreditiert selbst für Propagandazwecke. Sie ist wie eine schöne farbenprächtige Seifenblase, die man einen Augenblick bewundert, bevor sie platzt und in Luft aufgeht.

Die Pläne und die Politik der Kommission tragen der wirklichen Lage wenig Rechnung. Die Kommission ist geneigt, alle innerhalb der Grenzen unserer Mittel liegenden Pläne für kleinlich und wertlos anzusehen. Sie kann mit ihren kargen Mitteln nicht haushalten, weil sie sie als Teil von großen, aber bisher nicht existierenden Fonds ansieht, die, wie sie zuversichtlich rechnet, in unmittelbarster Zukunft einfließen werden. Sie kann demnach keine Ersparnisse durchführen, die sie als klein und knickerisch ansieht. Sie gibt aus, was sie hat und wendet in der Praxis eine Finanzpolitik an, die nichts als Notbehelf und Improvisation ist.

Für eine leistungsfähige Finanzverwaltung in Palästina sind beträchtliche Betriebskapitalien erforderlich. Landankäufe sollten in beträchtlichen Komplexen durchgeführt werden, wenn der Markt günstig ist, nicht von Tag zu Tag in kleinen Parzellen, je nach den Ueberweisungen aus London. Die Schwierigkeit, angemessene Reserven zu halten, liegt zum Teil natürlich an den Finanzen der Weltorganisation. Auf sie kann kein festes Budget gebaut werden, und die verfügbaren Beträge wechseln von Monat zu Monat. Es ist für jedes Finanzsystem schwer, in Palästina richtige Ordnung zu halten, wenn nicht einmal die erforderlichen Barmittel für drei Monate im voraus verfügbar sind.

Aber die Lage wurde durch die hartnäckige Weigerung der Kommission, sich nach der Decke zu strecken, unentschuldbar erschwert. Es wurde nur wenig wirkliche Anstrengung gemacht, um der Notwendigkeit zu entgehen, einlaufende Fonds auszugeben, bevor sie empfangen waren, und gelegentlich wurden Defizite fast bewußt geschaffen. Verpflichtungen, die weit über die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, hinausgehen, wurden übereilt eingegangen, ohne Rücksicht auf die Ausdehnung der hiedurch direkt und indirekt übernommenen Verbindlichkeiten. Transaktionen von großen Beträgen werden abgeschlossen, ohne daß die Interessen der Organisation durch formelle Verträge irgendwelcher Art geschützt werden. Eine wirksame Kontrolle des Budgets durch die Exekutive ist unter diesen Umständen unmöglich. Die Kommission (ausgehend von der Idee, daß uns die Gelder vom jüdischen Volk verweigert werden, nicht weil unsere Mittel verzettelt werden, nicht weil wir zu viel tun, sondern weil wir zu wenig ausgeben) zeigt nur geringes Streben, sich innerhalb irgend eines Budgets zu halten. Die von den verschiedenen Departements vorbereiteten Ziffern stehen oft ganz außer Verhältnis zu unseren verfügbaren Mitteln und sind meistenteils unkorrekt, unbestimmt und unverläßlich. Die von der Kommission der Jahreskonferenz vorgelegten Budgets sehen für das laufende Jahr Ausgaben von vier Millionen Pfund vor, obgleich die derzeitigen Einnahmen der Organisation kaum einem Zehntel dieser Summe nahekommen.

Das einmal von der Exekutive festgesetzte Budget wird ohne viel Kopfzerbrechen überschritten. Eine Serie von Defiziten wird geschaffen und die Fonds werden vermischt und vermengt, ohne daß man sich viel um ihre vertrauensmäßige Bestimmung kümmert. Der Schatzmeister der Kommission ist in Wirklichkeit wenig mehr als ein Kassier, der irgendwelche Beträge auf Order der Kommission auszahlt, ohne Rücksicht auf Budgetposten und Weisungen der Exekutive. Jede wirkliche Kontrolle durch den Schatzmeister ist ferner durch die administrative Selbständigkeit einer Anzahl von Departements und den Mangel eines zentralisierten Buchhaltungssystems verhindert.

So geschah es, daß wir bei unserer Ankunft vor einem flagranten, jedoch höchst charakteristischen Fall der Unfähigkeit der Kommission standen. Die Kommission hatte zusammen mit den Vertretern des Jüdischen Nationalfonds eine wichtige Erwerbung eines großen Bodenkomplexes im Namen des Jüdischen Nationalfonds durchgeführt. Obgleich reichlich Zeit war, wurde kein Versuch gemacht, sich mit der Zionistischen Exekutive oder mit dem Hauptbureau des Jüdischen Nationalfonds in Verbindung zu setzen, ungeachtet der Tatsache, daß sowohl die Zionist Kommission als auch die Vertreter des Jüdischen Nationalfonds in Palästina gänzlich unberechtigt waren, eine Operation von diesem Maßstab und Charakter abzuschließen. Sie waren außerdem im September ausdrücklich von der Exekutive instruiert worden, kein Land zu kaufen, bevor die Reorganisations-Kommission nach Palästina gekommen wäre. Eine gleichartige Instruktion war telegraphisch vom Hauptbureau des Jüdischen Nationalfonds im Haag abgesandt worden. Ungeachtet all dieser klaren und ausdrücklichen Direktiven und ungeachtet der Tatsache, daß die auf dieses Gebiet vorbehaltene Option erst nach mehreren Wochen abgelaufen wäre, wurde der Kauf wenige Tage vor unserer Ankunft abgeschlossen. Mit anderen Worten: Wir wurden vor ein fait accompli gestellt.

Obgleich der Kauf im Namen des Jüdischen Nationalfonds gemacht wurde, informierte uns die Zionist Commission, daß dies bloß eine Formalität sei und daß das Land weiterverkauft werden sollte. Man kümmerte sich also nicht um die Tatsache, daß der Jüdische Nationalfonds für die Durchführung der eingegangenen Verpflichtungen verantwortlich gemacht worden war und jedenfalls für die Ausführung des Vertrages herhalten mußte, selbst wenn er auf andere übertragen worden wäre. Man hatte ferner außeracht gelassen, daß der Boden, wenn er einmal im Namen des Jüdischen Nationalfonds registriert war, das unveräußerliche Eigentum des jüdischen Volkes geworden wäre und nicht mehr hätte weiterverkauft werden können. Man hatte leichtsinnig eine Transaktion durchgeführt, nach welcher der Jüdische Nationalfonds diesen großen Komplex übernehmen mußte, zur Zahlung von weitaus seine verfügbaren Mittel übersteigenden Summen verpflichtet und unwiderruflich in eine Kolonisationspolitik hineingezogen wurde, die als solche noch kaum erwogen worden war.

Wenn diese Vereinbarung anerkannt würde, so wäre der Jüdische Nationalfonds verpflichtet, auf Rechnung des Kaufpreises zur Zeit der Registrierung Pfund 65 000 und weitere Pfund 225.000 mit Interessen in sechs gleichen Jahresraten zu bezahlen. Die Hypothek bliebe bis zur Bezahlung des vollen Kaufpreises auf dem ganzen Besitz stehen. Der erste Teil der nach dem Kontrakt schuldigen Rate wurde bereits aus Geldern des Jüdischen Nationalfonds bezahlt, die für andere Zweck der dortigen Verwaltung zur Verfügung gestellt waren. Die Transaktion gehörte zugestandenermaßen in den Aufgabenkreis der Palestine Land Development Company. Aber da die Company keine Fonds besitzt, wurden die Fonds des Jüdischen Nationalfonds genommen. Es war die alte Methode, die Interessen zu vermischen und anvertraute Fonds zu vermengen.

Wir betrachten diese Transaktion hier nur als ein Beispiel für die unfähige Geschäftsführung der Kommission. Wir erörtern jetzt nicht die Klugheit eines Landkaufes zu hohen Preisen über unsere derzeitigen Bedürfnisse und unsere unmittelbar verfügbaren Mittel hinaus, obgleich die Folgen einer solchen Politik auf die Steigerung der Bodenpreise nicht schwer zu erkennen sind. Die Gefahr, daß nichtjüdische Kapitalisten Land zu Preisen erwerben, die den kapitalisierten Wert seiner Ertragfähigkeit weit übersteigen, kann nicht groß sein. Wir erörtern auch nicht die Unklugheit eines Kaufes dieser Art, der uns für Jahre hinaus in eine Kolonisationspolitik von unerprobtem Werte hineintreiben würde. Wir treten nicht in die Frage ein, ob im voraus eine entsprechende Untersuchung der Wünschbarkeit dieses Landkomplexes für jüdische Siedlung vom Standpunkte der gesundheitlichen Bedingungen aus angestellt worden ist.

Aber die Transaktion zeugte nicht nur von schlechter innerer Geschäftsführung und von einer unerprobten Kolonisationspolitik, sondern sie wurde auch durchgeführt, ohne Rücksicht auf unsere Verpflichtungen gegenüber befreundeten Institutionen in Palästina zu nehmen, mit denen zusammenzuarbeiten wir immer für unsere Pflicht gehalten hatten. Der fragliche Kauf wurde entgegen dem Rate einer jüdischen Kolonisationsgesellschaft abgeschlossen, die lange Verhandlungen wegen der Erwerbung desselben Bodenkomplexes geführt hatte, aber nicht bereit war, die Preise anzuerkennen. Es ist müßig, eine zentrale Landerwerbstelle in Palästina zu schaffen, um die Konkurrenz zwischen jüdischen Käufern und eine unmäßige Preissteigerung auszuschalten, wenn wir nicht imstande sind, eine bessere Politik gegenseitiger Beratung und Zusammenarbeit zu befolgen als die bei dieser Transaktion an den Tag gelegte. Die Beweise sind zu erdrückend, um einen Zweifel an der Notwendigkeit einer durchgängigen und radikalen Aenderung in der derzeitigen Geschäftsführung und Verwaltung in Palästina zuzulassen. Das bestehende System oder die Systemlosigkeit würde, wenn man sie bestehen ließe, in kurzer Zeit unsere Arbeit in Mißkredit bringen und unvermeidlich einen ungünstigen Einfluß auf unsere Beziehungen zur Mandatarmacht ausüben.

Es muß eine völlige Reorganisation der Arbeit der Zionistischen Organisation in Palästina durchgeführt werden. Die Zionist Commission ist am Ende ihrer Aufgaben. Mit der Ernennung eines Juden und Zionisten als High Commissioner für Palästina mit dem Auftrage, die erklärte Politik der britischen Regierung betreffend das jüdische nationale Heim auszuführen, ist die Funktion der Kommission als Verbindung zwischen der jüdischen Bevölkerung und der britischen Militärverwaltung weggefallen. Es wäre heute nicht nur unnötig, sondern schlecht, die Kommission als Vermittlung zwischen den Juden Palästinas und ihrer eigenen Regierung bestehen zu lassen.

Die Arbeit der Zionistischen Organisation in Palästina besteht aus Einwanderung, Kolonisation und Siedlung. Das ist heute die erste Aufgabe der Zionistischen Organisation. Und diese Aufgabe muß von der Zionistischen Exekutive selbst in Angriff genommen werden. Wenn unsere Arbeit in Palästina Erfolg haben soll, müssen unsere Anstrengungen energisch auf konstruktive Siedlung und Kolonisation konzentriert werden. Die für das Wachstum und die Entwicklung einer sich sich selbst erhaltenden Gemeinschaft nötigen wirtschaftlichen Institutionen müssen geschaffen werden. Unproduktive Auslagen müssen weitgehenden Reduktionen unterworfen werden. Unsere nationale Heimat kann nicht ohne große Opfer an Arbeit und Geld von seiten des jüdischen Volkes in der ganzen Welt wieder erbaut werden; aber die dauernde Abhängigkeit des ganzen Getriebes des jüdischen Lebens in Palästina von der fortgesetzten Freigebigkeit der Juden in der Diaspora ist nicht unser Ziel. Die Zionistische Organisation darf sich in Zukunft weder die Funktionen der lokalen jüdischen Gemeinschaft noch die des Staates aufbürden. Sie hat nicht den Wunsch, eine Regierung innerhalb der Regierung zu errichten. Sie ist auch tatsächlich nicht die Regierung, nicht einmal in bezug auf die Juden in Palästina. Obwohl die Zionistischen Organisationen unserer Meinung nach nicht die örtliche Bevölkerung in den verschiedenen Bestrebungen, die normal von lokalen Gemeinschaften unternommen werden, ersetzen und nicht die verschiedenen Regierungstätigkeiten auf sich nehmen sollen, die gewöhnlich vom Staate aus erfolgen, müssen sie doch bis zu einem gewissen Grade sowohl der Bevölkerung als auch der Mandatarmacht beim raschen Aufbau des jüdischen nationalen Heimes helfen. Aber die Arbeit und der Umfang der zu leistenden Hilfe muß sorgfältig begrenzt werden.

Einerseits sollte der Bevölkerung im Lande keine Hilfe in solchen Dingen gegeben werden, die sie ohne Unterstützung selbst bewältigen kann. Sonst würde Demoralisation folgen und Feindschaft und Antipathie von seiten der Landesbevölkerung wegen der Einmischung wohlmeinender Freunde in lokale Angelegenheiten entstehen. Die Landesbevölkerung sollte ermutigt werden, ohne Hilfe lokale Angelegenheiten zu erledigen und nicht daran gewöhnt werden, sich auf das Geld von auswärts zu verlassen. Das Streben der Zionist Commission, eine zu große Rolle in lokalen Angelegenheiten zu spielen, brachte von seiten des Jischuw den Anspruch mit sich, in weitem Maße die Arbeit der Zionistischen Organisation zu kontrollieren, ohne gleichzeitig irgend eine wirkliche finanzielle oder sonstige Verantwortlichkeit zu übernehmen.

Andererseits kann die Zionistische Organisation nicht alle Aufgaben eines Staates auf sich nehmen. Sie muß zwar für einige Zeit die Ar-

heit des Staates mit Bezug auf Einwanderung, Sanierung und andere Fragen ergänzen. Aber sie hat kein Steuerrecht und man kann von ihr nicht die Ausführung großer Aufforstungsarbeiten und ausgedehnter Bewässerungsanlagen erwarten, die zum Vorteil aller Bewohner auszuführen Pflicht des Staates ist. Es ist eher die Pflicht der Zionistischen Organisation, durch ihre Kolonisations- und Siedlungsarbeit die Steuerquellen des Staates zu vermehren, so daß die Regierung einen wachsenden Anteil des unproduktiven Teiles unseres Budgets übernehmen kann. Die durch die jüdische Ansiedlung wachsende wirtschaftliche Wohlfahrt des Landes wird für alle Palästinenser ohne Unterschied der Rasse und der Religion von Vorteil sein. Der gute Wille und die Freundschaft der nichtjüdischen Bevölkerung hängt vielleicht auf die Dauer viel mehr von der wirtschaftlichen Wohlfahrt ab, die wir im Lande schaffen, als von irgend einem politischen System.

Kapitel 2.

Einwanderung und wirtschaftliches Leben.

Der Wunsch des jüdischen Volkes nach einer starken Einwanderung in Palästina steht außer Zweifel. Die Jahrhunderte alte Sehnsucht unseres Volkes nach dem Heime seiner Ahnen in Verbindung mit seiner Bedrückung in Osteuropa hat einen Einwanderungsstrom hervorgebracht, der reguliert, aber durch keine Macht auf Erden zurückgedämmt werden kann.

Nichtsdestoweniger darf der Wunsch und die Sehnsucht unseres Volkes die Tatsache nicht verdunkeln, daß das Tempo der Imigration ausschließlich von den wirtschaftlichen Bedingungen in Palästina abhängig ist. Dies wurde ausführlich in dem Bericht der Exekutive an das Großaktionskomitee im Oktober 1920 dargelegt (Englische Ausgabe Seite 29—40). Das jüdische Volk ist durchaus fähig zu begreifen, daß ausgedehnte Einwanderung nur durchgeführt werden kann, wenn Existenzmöglichkeiten geschaffen werden. Man soll es nicht durch Gerede von sofortiger unbegrenzter Masseneinwanderung verwirren.

Unser Problem ist nicht bloß eines der Imigration. Unsere Aufgabe beginnt erst, wenn die Einwanderer in Palästina einlangen. Unsere Arbeit besteht darin, die Bedingungen zu schaffen, welche ermöglichen, daß eine ständig wachsende Zahl von Juden vom wirtschaftlichen Leben in Palästina absorbiert wird und zu sich selbst erhaltenden Bürgern wird. Unsere Chaluzim gehen nicht nach Palästina, um dort zu sterben und noch weit weniger, um von Wohltätigkeit zu leben. Sie gehen nicht bloß, um im Schweiße ihres Angesichts zu arbeiten, sondern um ihren Unterhalt zu verdienen und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erwerben. Das jüdische nationale Heim, für welches wir kämpfen, ist keine künstlich ernährte und von auswärts erhaltene Pflanze. Eine lebende, wachsende, kulturschaffende Gemeinschaft kann ohne ständige wirtschaftliche Basis nicht in Palästina Wurzel fassen und ausdauern.

Die Zionist Commission mag vielleicht dieselbe Auffassung des Einwanderungsproblems haben, aber ihre Taten sprechen nicht dafür. Der Zionist Commission scheint Einwanderung derzeit wenig mehr zu bedeuten, als daß Juden nach Palästina kommen und London Geld schickt, um sie zu empfangen, unterzubringen, zu kleiden, ihnen Nahrung zu geben und Arbeit zu schaffen. Ob die Arbeit, bei der sie beschäftigt werden, produktiv oder unproduktiv ist, ist für die Kommission nur eine Frage untergeordneter Bedeutung.

Wir hatten mit Rücksicht auf die sentimentalen Proteste aus Palästina gegen jede Regelung der freien und unbeschränkten Einwanderung erwartet, daß man uns zeigen würde, daß eine weit größere Zahl von Siedlern von dem wirtschaftlichen Leben des Landes absorbiert werden könnte, als wir angenommen hatten. Anstatt dessen fanden wir, daß keine entsprechende Vorbereitung getroffen war, um auch nur eine begrenzte Zahl von Einwanderern in produktiver Arbeit unterzubringen.

Ein eigenes Einwanderungsbudget wird nicht im voraus aufgestellt und demgemäß werden dafür schwankende Beträge angewiesen. Die Zeit, während deren die Einwanderer im Ankunftshafen auf Kosten der Organisation erhalten werden, ist unangemessen lang und dauert häufig zwei bis vier Wochen. In einem Falle wurde eine Einwanderergruppe einige Wochen in Jaffa erhalten, weil kein Geld für den Transport der Gruppe an ihren Arbeitsplatz vorhanden war, obgleich tatsächlich die Kosten der Erhaltung der Gruppe in Jaffa die des Transportes überstiegen. Die Wirtschaftlichkeit einer solchen finanziellen Geschäftsführung erfordert keinen Kommentar.

Die Organisation der unmittelbaren Versorgung der Einwanderer wird größtenteils der Arbeiterorganisation überlassen, obgleich das Geld von der Zionistischen Organisation beigestellt wird. Die Versorgung ist notwendigerweise improvisiert und armselig. Die Arbeiter sind in Holzbaracken und zum Teil in gemieteten Häusern untergebracht. Sie essen in Küchen, die von der Zionistischen Organisation, gewöhnlich durch die Arbeiterorganisationen, erhalten werden. Die Einwanderer haben in der Regel keine eigenen Mittel und müssen mit Kleidern versehen werden. Wir sind der Meinung, daß in allen Zweigen der Arbeit durch einen fähigen tüchtigen Organisator große Ersparnisse gemacht werden könnten.

Wir haben das höchste Lob für die Arbeiterorganisationen wegen der Art ihrer Hilfeleistung. Ihre Arbeit ist vielversprechend, insbesondere weil man die politischen Differenzen in den Hintergrund geschoben und den lokalen wirtschaftlichen Charakter der Organisationen zur Geltung gebracht hat. Obgleich wir es für wesentlich halten, daß die Arbeiterorganisationen aktiven Anteil an der Organisation eines Einwanderungs- und Arbeitsbureaus nehmen, glauben wir, daß die Arbeit dieses Bureaus derart ist, daß es direkt der zionistischen Exekutive unterstellt sein muß, deren Pflicht es ist, die rasche Aufsaugung aller Einwanderer in das wirtschaftliche Leben des Landes zu sichern. Dieses Einwanderungs- und Arbeitsbureau muß in engster Zusammenarbeit mit der Regierung von Palästina wirken.

Wie wir wiederholt bemerkt haben, ist die Finanzierung der Einwanderung selbst nur von Wert, wenn sie mit dem wirtschaftlichen Leben des Landes in Einklang gebracht ist. Und dies ist der Punkt, wo sich die Politik der Kommission am schwächsten gezeigt hat. Bisher war die Kommission nicht fähig, zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit zu unterscheiden. Sie nimmt keine Rücksicht auf den Unterschied der Kosten für die Organisation zwischen den bei Regierungsarbeiten und anderen produktiven Arbeiten beschäftigten Immigranten und jenen, die von der Kommission selbst mit verhältnismäßig unproduktiver Arbeit beschäftigt werden. Sie würde sich gegen eine wachsende Zahl von Einwanderern nicht wehren, die von ihr Beschäftigung erwarten. Sie sieht nicht, welches Gift ihr System eines zentralisierenden Absolutismus für unsere Arbeit bedeuten und die katastrophalen Konsequenzen, die aus einem Mißerfolg unserer Fonds folgen würden. Sie begreift nicht, daß das, was not tut, nicht patriarchalische Wohltätigkeit ist, sondern Freiheit für die individuellen und genossenschaftlichen Leistungen und Unternehmungen. Sie sieht nicht, daß in Palästina ein mannigfaches und pulsierendes wirtschaftliches Leben geschaffen werden muß.

Es ist natürlich leichter, dieses Problem zu erkennen als seine Lösung zu finden. Aber wir glauben, daß wir nicht daran verzweifeln sollen, die großen allgemeinen Grundlinien zu ziehen.

Das wirtschaftliche Leben in Palästina kann zweckmäßigerweise unter drei Gesichtspunkten behandelt werden:

1. Oeffentliche Arbeiten.
2. Handel und Industrie.
3. Landwirtschaft.

Die Regierung und die Zionistische Organisation müssen direkt oder durch öffentliche gemeinnützige Korporationen die öffentlichen Arbeiten in Angriff nehmen. Auf den verschiedenen Gebieten des Handels und der Industrie können die Regierung und die Zionistische Organisation wenig mehr tun, als günstige Bedingungen zu schaffen. Die wirkliche Organisation von Handels- und Industrieunternehmungen muß in hohem Maße individueller und genossenschaftlicher Anstrengung überlassen werden. Für die landwirtschaftliche Ansiedlung kann der Jüdische Nationalfonds das Land erwerben und die ersten Ameliorationen durchführen, aber die Funktionen der Organisation müssen bestimmt und scharf begrenzt sein.

Aber wie kann dieser individuellen und genossenschaftlichen Anstrengung geholfen werden? Natürlich muß es Fonds geben, welche, obzwar sie unentbehrlich für die Grundlegung eines sich selbst erhaltenden wirtschaftlichen Lebens sind, ihren Spendern keinen Ertrag abwerfen können. Da sind die Bedürfnisse der Einwanderer von ihrer Ankunft bis zu dem Zeitpunkt ihrer Beschäftigung in einer produktiven Unternehmung. Sanierung und ärztlicher Dienst muß beigestellt werden, insoweit nicht die Regierung diese Lasten tragen kann oder will, denn es wäre eine armselige Art von Ersparnis, den Eifer und die Leistungsfähigkeit unserer Pioniere durch Krankheit zerstören zu lassen. Auch von nationalen Fonds für Landerwerb und für die ersten Vorbereitungen für landwirtschaftliche Siedlung kann durch einige Jahre kein entsprechender Ertrag erwartet werden.

Aber für alle Ausgaben à fonds perdu müssen scharfe Grenzen gesetzt und der Geist der Selbsthilfe und Unabhängigkeit muß bei unseren Siedlern entwickelt und in Rechnung gestellt werden. Individuelle und genossenschaftliche Bestrebungen in Palästina können am besten durch Kredit und nicht durch Wohltätigkeit gefördert werden. Kredite aller Arten müssen gewährt werden, um die Siedler instand zu setzen, ihre Leistungsfähigkeit zu erweisen. Es ist unsere Aufgabe, unsere Pioniere dabei zu unterstützen, sich selbst zu helfen. Wenn Kreditmöglichkeiten reichlich geschaffen und ordentlich verwaltet werden, werden die Tatsachen des Lebens in Palästina selbst jene Gebiete bestimmen, auf denen sich individuelle, genossenschaftliche und staatliche Bestrebungen am besten entfalten.

Man kann dem Jischuw auch zu steigender Selbständigkeit helfen, indem kleine Konsumgenossenschaften und die Gründung einer Großeinkaufsgesellschaft gefördert werden. Die Kosten der Lebenshaltung in Palästina sind im Vergleich mit anderen Ländern abnorm hoch. Die Organisation des Imports ist mangelhaft: der private Profit ist in manchen Fällen übermäßig. Eine Großeinkaufsgesellschaft und Konsumgenossenschaften würden der Herabsetzung der Lebenskosten wesentlich dienen. Der Hamaschbir, ein genossenschaftlicher Arbeiterkonsumverein, hat bereits zum Preisabbau beigetragen. Die Großeinkaufsgesellschaft, die zu Beginn durch vom Auslande beigestellte Mittel finanziert werden sollte, sollte allmählich von der palästinensischen Bevölkerung übernommen und auf genossenschaftlicher Grundlage geführt werden.

Die Entwicklung eines gesunden wirtschaftlichen Lebens kann auch durch die Schaffung einer zentralen Landerwerbsstelle gefördert werden. Diese Stelle würde bei richtiger Führung das gegenseitige Ueberbieten verhindern, das die Bodenpreise ohne Verhältnis zu ihrem produktiven Wert abnormal hinauftreibt. Diese Stelle wäre in der Lage, große Komplexe zu erwerben und sie nach Bedürfnissen Einzelner zu parzellieren. Eine Zentralstelle dieser Art könnte auch vorteilhaft Grundstücke von speziellem Wert für die jüdische Kolonisation erwerben. Es ist selbstverständlich, daß eine solche zentrale Landerwerbstelle einen klaren, öffentlichen Charakter haben muß, um das Vertrauen der Regierung und unserer eigenen Leute zu gewinnen. Sie muß in enger Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Nationalfonds wirken, welcher das Recht haben sollte, auf Grund des Ankaufspreises und einer kleinen Komissionsgebühr jedes von der Zentralstelle erworbene Land für eigene Rechnung zu übernehmen. Die Stelle sollte von einem durch die Zionistische Exekutive ernannten Gouverneur geleitet und alle ihre Erträgnisse über einen angemessenen Nutzen hinaus sollten zum Vorteil jüdischer Ansiedlung vorbehalten werden. Wir schlagen vor, die Palestine Land Development Company zu dieser Stelle zu machen, unter der Bedingung, daß ihre Verfassung derart geändert wird, daß sie allen oben erwähnten Erfordernissen entspricht.

Wir gehen nun daran, das Problem der Absorption der Einwanderer im wirtschaftlichen Leben des Landes in seiner Beziehung zu öffentlichen Arbeiten, Handel und Industrie und Landwirtschaft zu betrachten.

Kapitel 3.

Oeffentliche Arbeiten.

Palästina war lange ein vernachlässigtes Land und das Bedürfnis nach öffentlichen Verbesserungsmaßnahmen aller Art ist groß. Der Umfang, bis zu dem öffentliche Arbeiten durchgeführt werden können, wird in hohem Maße von den Einnahmen der Regierung und den Fonds, welche durch die Zionisten für diesen Zweck gesichert werden können, abhängen.

Eine öffentliche Arbeit von höchster Wichtigkeit ist die Entwicklung der Wasserkräfte. Palästina ist ein Land ohne Brennmaterial und die Nutzbarmachung seiner Wasserkräfte ist selbst für ein beschränktes industrielles Leben wesentlich. Ein Projekt für die Entwicklung von Wasserkräften steht jetzt in Beratung. Wenn das Projekt nach einer Untersuchung durch die Regierung und Sachverständige an Ort und Stelle als technisch gesund anerkannt wird, sollte eine Konzession unter Bedingungen, die die Interessen der jüdischen nationalen Heimstätte entsprechend wahren, gesichert werden und gleichzeitig sollten Schritte unternommen werden, um das nötige Kapital aufzubringen. Ein derartiges Projekt würde nicht nur einer großen Zahl von Einwanderern produktive Beschäftigung bei den Arbeiten selbst geben, sondern es würde nach seiner Durchführung das Anwachsen eines industriellen Lebens fördern, das dauernd viele jüdische Hände beschäftigen würde. Hand in Hand mit der Entwicklung von Wasserkräften geht die Bodenbewässerung, die auf eine oder die andere Weise Raum für jüdische Ansiedlung schaffen wird.

Nicht so wichtig für die Zukunft, doch von größerer Bedeutung vom Standpunkt unmittelbarer Verwendung jüdischer Arbeiter sind die jetzt durch die Regierung ausgeführten öffentlichen Arbeiten. Diese bestehen hauptsächlich aus Straßenbau und -herstellung. Bei dieser schweren körperlichen Arbeit sind mehr als 2000 neuangekommene jüdische Arbeiter beschäftigt. Die Hingabe und der Eifer dieser jungen Männer und Frauen sind einfach über jedes Lob erhaben. Sie arbeiten schwer und mit großer Begeisterung für den Aufbau des nationalen Heimes. Sie sind der Stoff, aus dem eine wirkliche Nation gemacht wird.

Die Regierung wäre bereit, eine weit größere Zahl von Einwanderern dieser Art zu beschäftigen, wenn wir das Kapital beistellen könnten, um sie mit der für die Arbeit nötigen Ausrüstung zu versehen. Im Lande gibt es heute ein ausländisches Arbeiterkorps von 5000 Mann, hauptsächlich aus Aegyptern bestehend, das größtenteils an den Eisenbahnen arbeitet. Die Regierung wäre wahrscheinlich bereit, dieses ganze Korps mit der Zeit durch jüdische Arbeiter zu ersetzen. Die palästinensische Regierung kommt anscheinend darauf, daß jüdische Arbeit für Palästina so wichtig ist wie englische Arbeit für England und daß billige Ausländerarbeit in Palästina ein ebenso falsches System wäre wie in Großbritannien. Wir bedauern lebhaft, daß der Vorschlag der Regierung, weitere Arbeiter aufzunehmen, von der Zionistischen Kommission nicht sogleich glatt angenommen werden konnte, weil alle unsere verfügbaren Gelder benötigt wurden, um das größtenteils unproduktive Budget der Kommission zu decken.

Es ist wichtig, daß wir die Frage der derzeitigen Organisation der Arbeiter an den öffentlichen Arbeiten prüfen und die Maßnahmen erforschen, die wir ergreifen können, um den selbständigen Charakter der Unternehmungen zu fördern und soweit als möglich zu sichern. Sicherlich müßte die Arbeit, die diese ausgezeichneten Pioniere leisten, bei richtiger Organisation imstande sein, sie wirtschaftlich frei und unabhängig zu machen.

Die jüdischen Arbeiter haben jetzt Kontrakte mit der Regierung, die durch die Arbeiterorganisationen für die Ausführung bestimmter Arbeiten abgeschlossen worden sind. Die Vergütung beruht auf der geleisteten Arbeit und nicht auf der Arbeitszeit. Solche Kontrakte sind wichtig, denn jüdische Arbeit kann nur dann am besten und wirksamsten verwendet werden, wenn man den Arbeitern das Gefühl der Verantwortlichkeit für das ganze Unternehmen gibt. Unter solchen Umständen glauben wir, daß jüdische Arbeiter sich auf jeden Fall als leistungsfähiger erweisen werden als billige Taglöhner, obgleich die jüdische Arbeit bei einem gewöhnlichen Lohnsystem nicht konkurrenzfähig wäre. Wir hoffen, daß die Regierung diese Tatsachen anerkennen und jüdischen Gruppen immer mehr Arbeit auf Grund von Kontrakten für die Durchführung bestimmter Unternehmungen anbieten und nicht bestrebt sein wird, die jüdische Arbeit auf gewöhnliche Lohnbasis zu setzen. Es ist interessant festzustellen, daß die Regierungsbeamten, mit denen wir sprachen, ihre Zufriedenheit mit der Arbeit der jüdischen Gruppen ausdrückten und uns darauf hinzuweisen versuchten, wie wichtig es sei, den Gruppen als solchen einen noch bestimmteren Charakter zu geben.

Die Arbeiterorganisationen verhandeln nicht nur mit der Regierung über die Kontrakte, sondern sie leiten auch die Lager, Küchen und Feldspitäler und liefern die nötige Bekleidung und Ausrüstung. In manchen Fällen genießen sie die Hilfe der American Medical Unit. Ferner organisieren die Arbeiterkörperschaften die Arbeiter in Gruppen, welche die einzelnen Arbeiten übernehmen und leiten. Man bemüht sich, den Gruppen technische Leiter, Buchhalter und Hebräischlehrer zu liefern. Die Arbeiterorganisationen genießen beträchtliches Ansehen wegen der Tüchtigkeit und des Eifers, die sie bei der Durchführung dieser Arbeit gezeigt haben, und insbesondere wegen der strikten Beschränkung auf ihre wirtschaftlichen Aufgaben, ohne den Versuch zu machen, aus ihren Leistungen politisches Kapital zu schlagen oder zwischen den Einwanderern auf Grund ihrer politischen Gesinnung irgendwelche Unterscheidung zu machen.

Nichtsdestoweniger sind radikale Verbesserungen in der Organisation der Arbeit erforderlich. Die Gruppen sind über den Charakter ihrer Kontrakte nicht voll informiert. Sie verstehen nicht, welcher Teil der kontraktmäßigen Vergütung ihnen direkt bezahlt wird und welcher Teil für ihre Rechnung für die verschiedenen Zwecke ausgegeben wird. Die Arbeit wird jetzt von der Zionist Commission finanziert, die noch weniger als die Arbeitergruppen über den Charakter der von den Arbeiterorganisationen durchgeführten Finanzoperationen informiert ist.

Die Kontrakte werden nicht auf einheitlicher Basis abgeschlossen und dies führt zu beträchtlicher Verwirrung in der Berechnung der Amortisation und der Raten für Bekleidung, Ausrüstung und sonstiges. Der Durchschnittslohn der Arbeiter in den verschiedenen Lagern beträgt 20 bis 30 Piaster pro Tag. Der Durchschnitt wäre beträchtlich niedriger, wenn man für die Tage der Arbeitslosigkeit, die während der Regenzeit unvermeidlich sein wird, entsprechende Abzüge machte. Es ist äußerst wichtig, daß dieser Punkt beim Abschluß künftiger Verträge in Rechnung gezogen wird. Die Verwaltung der verschiedenen Lager stand nicht unter einer zentralen Leitung und die Speisen der verschiedenen Gruppen variieren beträchtlich. Die Kosten der Verpflegung schwanken zum Beispiel in den verschiedenen Lagern zwischen 13 und 23 Piaster pro Tag. Viele der Lager sind vom sanitären Gesichtspunkt schlecht und die hygienischen Bedingungen sind im allgemeinen ungünstig. Das unvermeidliche Ergebnis sind Krankheiten und verminderte Leistungsfähigkeit. In einem Lager waren an einem Tage von dreihundert Arbeitern vierzig auf der Krankenliste.

Die Ausrüstung der Arbeiter ist schlecht und ungenügend. Auf der Straße von Tiberias sind 75 Prozent der Arbeiter mit der minimalen Ausstattung, die aus zwei Paar Unterhosen, zwei Paar Socken, Arbeitshemd und Arbeitshose, einem paar Schuhe und zwei Hemden besteht, nicht vollständig versehen. In einem Lager an der Straße Nazareth-Haifa hatten acht Arbeiter keine Betten und 25 keine Schuhe.

Zum Teil sind die Mängel der Organisation der Arbeit auf schlechte Verwaltung und zum Teil auf ungenügende Mittel zurückzuführen. Die Arbeit wurde ernstlich gehindert durch den Mangel der nötigen Sanitätsvorkehrungen, weil das Budget der American Medical Unit nicht ausreicht, um die Bedürfnisse zu decken und Gelder zur Unterstützung der Medical Unit aus anderen Quellen nicht gefunden wurden. Wir untersuchten nicht die Arbeit der Medical Unit und ihre Bedeutung vom Gesichtspunkt der künftigen Kolonisation. Aber wir können nicht mit der Auffassung übereinstimmen, daß die Zionistische Organisation in der Frage des ärztlichen Dienstes und der Sanierungsmaßnahmen für Kwischim keine Verantwortung hat, wenn die Gelder der Medical Unit nicht ausreichen, um sie zu diesen erforderlichen Leistungen instand zu setzen.

Die Mängel in der Organisation der Arbeit bleiben auch den Arbeitern nicht unbekannt und das Bedürfnis nach höherer Vereinheitlichung der Gruppen soll eben jetzt durch die Bildung eines Bureaus für öffentliche Arbeiten erfüllt werden, an dem alle Arbeiterorganisationen beteiligt sind. Dieses Bureau wird alle Verhandlungen über Verträge mit der Regierung führen und sie dann an die Gruppen verteilen. Es wurden Vereinbarungen getroffen, daß ein Angestellter der „Hadassa“ alle Küchen beaufsichtigen soll. Es ist beabsichtigt, daß die Vergütung auf Grund der verschiedenen Vereinbarungen* mit der Regierung derart standardisiert wird, daß nicht die eine Gruppe mit einem schlechten Kontrakt verkürzt wird, während sich eine andere eines ganz besonders günstigen erfreut. Doch hofft man die Initiative und den Unternehmungsgeist der Gruppen zu erhalten und will kein von den Leistungen unabhängiges uniformes Taglohnsystem einführen. Die jetzt auf Grund der Kontrakte geleistete Ver-

gütung wird nicht die Schaffung großer Reserven durch das Bureau für öffentliche Arbeiten gestatten, obgleich es wünschenswert ist, daß begrenzte Reserven für den Fall gemeinsamer Verbindlichkeiten und für soziale Versicherungszwecke angesammelt werden, soweit es die Bedingungen zulassen. Um den öffentlichen Charakter des Bureaus zu erhalten und die Interessen der ganzen arbeitenden Gemeinschaft als solcher zu wahren, wäre dafür zu sorgen, daß die begrenzten Reserven in keinem Falle in Form von Dividenden an die Mitglieder verteilt werden. Als Beispiel könnte der Grundsatz der Raiffeisenkassen dienen.

Unserer Meinung nach sollte die Ausführung der Kontrakte und die Leitung der Gruppen soweit als möglich den Arbeitern selbst überlassen bleiben. Die Bildung eines zentralen Bureaus würde die Beziehungen zwischen der Zionistischen Organisation und den Gruppen beträchtlich vereinfachen. Es wäre für die Organisation nicht wünschenswert, die Verantwortlichkeit direkter Kontrolle der Verwaltung des Bureaus für öffentliche Arbeiten zu übernehmen. Die Interessen der Organisation sind durch ihre Kontrolle über die von den Gruppen geforderten Kredite genügend gewahrt. Bisher aber hat die Organisation diese Aufsicht über die Finanzen der Gruppen nicht ausgeübt, die sie schon mit Rücksicht auf unsere pekuniären Interessen hätte ausüben müssen. Es wurde ferner nicht darauf gesehen, daß in allen Küchen koschere Verpflegung erhältlich war.

Bisher hat sich die Zionistische Organisation zu wenig um den Charakter der Vorschüsse an die Arbeiter gekümmert und es wurde zwischen Anleihen und Spenden kein klarer Unterschied gemacht. In Zukunft ist beabsichtigt, daß alle von der Organisation geleistete Hilfe auf dem Konto eines von drei Fonds belastet werden soll, je nach dem Charakter der Ausgaben.

I. Einwanderungs- und Arbeitsbudget.

Von diesem Budget sollen alle nicht rückzahlbaren Auslagen geleistet werden. Die Auslagen sollen in zwei Klassen geteilt werden.

a) Einwanderungsbudget.

Unter diesem Titel fallen alle Auslagen für die Einwanderer von ihrer Ankunft bis zu dem Augenblick, wo sie Beschäftigung finden. Da die meisten Einwanderer keine eigenen Mittel besitzen, muß die Organisation alle mit ihrer Ausschiffung verbundenen Kosten tragen. Die Landungsgebühr beträgt 20 Piaster pro Kopf und die übrigen Auslagen für die Ausschiffung der Einwanderer und den Transport ihres Gepäcks belaufen sich auf etwa 15 oder 16 Piaster pro Person. Die Kosten der Unterbringung und Verpflegung der Ankömmlinge im Ankunftshafen, bis sie Beschäftigung finden, schwanken von 18 bis 24 Piaster pro Tag und Person. Die Kosten des Transportes der Arbeiter an den Arbeitsplatz betragen je nachdem 30 bis 100 Piaster. Die Spitalsauslagen für Kranke machen 20 bis 30 Piaster pro Tag und Arbeiter aus und auch die höhere Ziffer genügt häufig nicht.

b) Arbeitsbudget.

Es ist von großer Wichtigkeit, daß die Verwendung jüdischer Arbeiter so weit und so bald als möglich auf eine solche Basis gestellt wird, daß die Arbeiter sich selbst erhalten. Die Arbeiter sollen lernen, finanzielle Hilfe nur auf dem Wege von Anleihen zu suchen, die aus ihren eigenen Löhnen rückgezahlt werden können. Doch könnte man den Arbeitern für eine gewisse Zeit noch eine begrenzte Hilfe für ärztlichen Dienst, Hygiene und hebräischen Unterricht geben.

Die Einwanderungs- und Arbeitsfonds sollten unserer Ansicht nach von unserem Bureau für Einwanderung und Arbeit verwaltet werden. Ein tüchtiger und energischer Leiter muß für das Bureau gefunden werden, der das Vertrauen und die Achtung aller Arbeiter beanspruchen kann.

II. Die Arbeiterbank.

Das Kapital dieser zu schaffenden Einrichtung wird sehr klein sein, aber der Jewish Colonial Trust wird ihr einen Darlehensfonds von 40.000 Pfund zur Verfügung stellen. Die Interessen der Zionistischen Organisation und des Jewish Colonial Trust werden durch Vertretung im Direktorium und durch die Ernennung eines Gouverneurs durch die Zionistische Exekutive mit dem Vetorecht gegen Vorschüsse aus dem Darlehensfonds entsprechend geschützt sein. Der Darlehensfonds wird in Vorzugsaktien konvertiert werden, sobald die Arbeiter gleiche Beträge an gewöhnlichen Aktien zeichnen. Die Vorzugsaktien und die gewöhnlichen Aktien werden im wesentlichen im Direktorium gleich vertreten sein, um aber die Interessen der arbeitenden Gemeinschaft als solcher zu schützen, wird die Hälfte der Stimmen der gewöhnlichen Aktien an Gründeraktien geknüpft werden, die im Besitz repräsentativer palästinensischer Arbeiterorganisationen sein werden.

Die Bank wird hoffentlich nicht von auswärts geführt werden müssen, sondern von den Arbeitern selbst auf Grund von Kooperation und gegenseitiger Verantwortlichkeit, sodaß die Garantie der organisierten Arbeiter Palästinas hinter den Anleihen stehen wird. Vorschüsse sollen nur gegeben werden, wo die Sicherheit von Kapital und Interessen entsprechend gewahrt ist. Es wird beabsichtigt, Vorschüsse gegen Verpfändung von Regierungskontrakten zu geben. Die meisten Darlehen werden kurzfristig sein und dem Zwecke dienen, die Arbeiter mit Umlaufskapital für Werkzeuge und Ausstattung zu versehen.

Wir hätten gerne die Arbeiterbank als solche als eine ausschließliche Arbeiterinstitution gesehen und bloß den Darlehensfonds für ihren Gebrauch beigestellt. Aber mit Rücksicht auf die bereits von der Exekutive den Arbeitern gegebenen Beiträge konnten wir wohl nichts gegen die Subskription von Vorzugsaktien durch den Jewish Colonial Trust haben, wenn die Arbeiter darauf bestanden.

III. Der Arbeiterausrüstungsfonds.

Die Arbeiterbank wird nicht den Arbeitern alle Gelder liefern können, die sie für Kleidung und Ausrüstung brauchen, und ihre Arbeit muß durch einen Arbeiterausrüstungsfonds ergänzt werden. Der Unterschied zwischen beiden kann nicht scharf gezogen werden. Beide sollen als Darlehen verwaltet werden, aber im Falle der Arbeiterbank werden die Vorschüsse in der Regel für einen vergleichsweise kurzen Termin und durch Kontrakte gesichert sein, während im Falle des Ausrüstungsfonds der Termin länger und die Sicherheit hauptsächlich eine persönliche sein wird, außer insofern die Anleihen durch die gegenseitige Verantwortlichkeit der organisierten Gruppen garantiert sind. Die Arbeiter werden auch aufgefordert werden, an der Verwaltung des Ausrüstungsfonds teilzunehmen, der unter der Leitung eines von der Zionistischen Exekutive ernannten Gouverneurs stehen wird.

Wenn diese Fonds richtig verwaltet werden, wird es für die Arbeiter möglich sein, sich bei öffentlichen Arbeiten auf einer Basis zu erhalten, die tatsächlich der Selbständigkeit entspricht. Die Kosten der laufenden Bedürfnisse sollten durch die Schaffung einer öffentlichen Großeinkaufsgesellschaft in Ergänzung der Arbeit des „Hamaschbir" reduziert werden. Man muß alles tun, um den bewunderungswürdigen Geist der Unabhängigkeit und des Selbstvertrauens zu erhalten und zu pflegen, den die Arbeiter nach Palästina mitgebracht haben.

Wir wollen auch daran denken, daß die Gruppen nicht unbegrenzt die Arbeit, die sie jetzt leisten, fortsetzen können. Sie müssen auf dauernde Grundlagen gestellt werden. Sie müssen in die Lage gesetzt werden, einen besseren Unterhalt durch die Anwendung entsprechender Werkzeuge und modernen Maschinen zu erwerben. Sie müssen besser untergebracht und versorgt werden. Die Schwierigkeit und Härte ihrer jetzigen Existenz muß herabgesetzt und ihre Lebenshaltung erhöht werden. Bei all ihrer Arbeit und Hingebung haben jetzt die Gruppen keine Möglichkeit normaler sozialer Entwicklung. Ehe und Familienleben sind ausgeschlossen. Obgleich diejenigen, die bei öffentlichen Arbeiten bleiben, wohl niemals ein leichtes Leben haben werden, muß man ihnen doch die Aussicht auf erträgliche und stabile soziale Bedingungen schaffen.

Man darf aber nicht übersehen, daß öffentliche Arbeiten selbst unter den bestmöglichen Bedingungen nur in geringem Maße zur Schaffung einer dauernden Ansiedlung beitragen können. Die zeitweise Unterbringung einer großen Zahl von Einwanderern beim Straßenbau kann die Katastrophe nur hinausschieben und erschweren, wenn nicht gleichzeitig mit der Durchführung öffentlicher Arbeiten Vorbereitungen für den schrittweisen Uebergang der Arbeiter von den Straßen zur Landwirtschaft und Industrie getroffen werden. Beschäftigung bei öffentlichen Arbeiten kann für den Augenblick das Einwanderungsproblem mildern, sie löst es aber nicht. Es ist klar, daß nur ein Teil der Arbeiter dauernd bei den Straßen bleiben kann. Die Lebensweise und die seelischen Anforderungen sind viel zu schwer, um es lange auszuhalten, wenn nicht wenigstens die Aussicht auf eine Aenderung besteht. Die meisten Arbeiter sind nicht ins Land gekommen, um an Straßen zu arbeiten, und werden dabei keine dauernde Befriedigung finden. Viele haben einen starken Wunsch nach landwirtschaftlicher Betätigung, der nicht übersehen werden darf. Wenn wir nur einen Teil von ihnen in die Landwirtschaft zu bringen vermögen, so wird die Widerstandskraft der Zurückbleibenden außerordentlich gestärkt werden. Es ist unsere klare Pflicht, jetzt landwirtschaftliche Ansiedlung und dauernde produktive Unternehmungen vorzubereiten.

Kapitel 4.

Handel und Industrie.

Ein mannigfaltiges und vielseitiges Handels- und Industrieleben in Palästina kann nicht in der Zionistischen Organisation konzentriert sein. Die lebendigen wirtschaftlichen Kräfte des jüdischen Volkes können nicht durch ein, wenn auch wohlwollendes bürokratisches System in eine feste Schablone gepreßt werden. Die Reichen so gut wie die Armen müssen sich selbst aufmachen, um sich in Erez Israel anzusiedeln und jeder Einzelne von ihnen muß alle seine Kräfte sowohl an Fähigkeit und Energie als auch an Kapital einsetzen. Sie alle müssen mit ihrem Vermögen kommen und dort ihre Kräfte üben, wie sie es in anderen Ländern tun, um Vermögen und wirtschaftliche Wohlfahrt für das Gemeinwesen zu schaffen. Individueller und genossenschaftlicher Bestrebung muß der freieste Spielraum gegeben werden.

Obgleich die Entwicklung des industriellen und kommerziellen Lebens in Palästina von diesen Bestrebungen abhängen muß, so folgt daraus noch nicht, daß die Zionistische Organisation in dieser Entwicklung keine Rolle zu spielen hat. Es ist die Aufgabe der Organisation, günstige wirtschaftliche Bedingungen und Möglichkeiten zu schaffen oder bei ihrer Schaffung zu helfen, welche durch individuelle und genossenschaftliche Unternehmungen ausgenützt werden können. Dies wird umso notwendiger sein, als das Fehlen von Eisen, Kohle und anderen Voraussetzungen die Schaffung großzügiger Industrie in Palästina verzögert.

Ohne Kohle oder Kraft ist keine industrielle Entwicklung in Palästina möglich. Und heute fehlt beides in Palästina. Es ist unstreitig die Aufgabe der Zionistischen Organisation in Zusammenarbeit mit der Regierung, wie wir bereits erklärt haben, Schritte zu unternehmen, die zu einer raschen Entwicklung der Wasserkräfte führen. Die unglückliche Regelung der Nordgrenze macht dieses Problem viel schwieriger als es sein sollte, aber wir müssen nichtsdestoweniger daran gehen.

Kreditmöglichkeiten sind unentbehrlich für den Erfolg von Handel und Industrie. Ohne Kredit wäre der kommerzielle und industrielle Aufbau des nationalen Heimes unmöglich. In der Anglo Palestine Company haben wir einen Anfang gemacht. Mit der neuen Erhöhung ihres eingezahlten Kapitals von Pfund 100.000 und Pfund 300.000 sollte die Bank fähig sein, den Forderungen nach gewöhnlichen kurzfristigen Handelskrediten zu genügen, wenn die nötigen Vorkehrungen getroffen werden, um ihre langfristigen sichergestellten Darlehen auf eine Hypothekenbank zu übertragen. Die Frage fernerer Erweiterung der Anglo Palestine Comapny wird hier nicht behandelt.

Eine Hypothekenbank sollte errichtet werden, um langfristige städtische Kredite auf Grund entsprechender Sicherheit zu ermöglichen. Eine solche Institution würde bei richtiger Führung einen ziemlich sicheren Ertrag bringen. Eine Hypothekenbank ist so innig mit der jüdischen Kolonisation in Palästina verknüpft, daß sie einer gewissen Kontrolle unterworfen sein sollte, entweder durch einen von der Exekutive ernannten Gouverneur oder durch den Jewish Colonial-Trust, falls ihr Status und die Zusammensetzung ihres Direktoriums mit den Vorschlägen des Finanzberatungskomitees übereinstimmt, das im Herbst 1919 unter dem Vorsitze von Sir (damals Mr.) Herbert Samuel tagte. Die Frage, ob eine solche städtische Kreditanstalt mit einer landwirtschaftlichen Landbank verbunden werden kann, erfordert ebenso gründliche Erwägung wie viele andere mit der Ausgabe von Aktien und Schuldscheinen verbundene Fragen. Es sollte ferner ein kleiner Darlehensfonds geschaffen werden, um die Gründung einer Genossenschaftsbank oder von Banken für Handwerker und Kleinindustrielle zu fördern, deren Bedürfnisse durch die Anglo Palestine-Company nicht entsprechend befriedigt werden.

Die Errichtung einer genossenschaftlichen Großeinkaufsgesellschaft würde die Kosten der Rohmaterialien reduzieren und so die Industrie fördern.

Die zentrale Landerwerbsstelle sollte versuchen, passende Grundstücke zu mäßigen Preisen zu erwerben.

Dann kommt die wichtige Frage der Versorgung unserer Leute mit entsprechenden Informationen über die Hilfsquellen des Landes und die Möglichkeiten von Handel und Industrie. Dies ist in hohem Maße die Aufgabe der palästinensischen Regierung, mit welcher die Zionistische Organisation in engem Kontakt stehen muß.

Eine weitere Aufgabe ist die wissenschaftliche Erforschung und technische Erprobung der natürlichen Hilfsquellen und Bedingungen des Landes im Hinblicke auf die Ausarbeitung von Projekten von wirtschaftlichem Wert und besonderer Wichtigkeit für die Entwicklung eines jüdischen Palästina. Diese Arbeit sollte von einer Studiengesellschaft unternommen werden, in deren Leitung es wünschenswert wäre, einen von der Zionistischen Exekutive ernannten Gouverneur zu haben. Eine solche Körperschaft würde sich auf Untersuchungen und Forschungen beschränken und nicht selbst streben, die wirkliche Ausnützung der von ihr ausgearbeiteten Projekte zu organisieren.

Es ist wichtig, daß die Zionistische Organisation selbst nicht direkt an Unternehmungen beteiligt ist, die nicht von öffentlichem Charakter sind. Es ist ferner wichtig, daß ihre Beamten nicht als Direktoren oder sonst aktiv an der Leitung privater Unternehmungen in Palästina beteiligt sind.

Wir dürfen nicht das sehr wichtige Problem der jüdischen Arbeit in Verbindung mit Handel und Industrie vergessen. Es ist wünschenswert, daß soweit als möglich Verträge mit Arbeitergruppen abgeschlossen werden, ebenso wie die Regierung sie jetzt mit den an den öffentlichen Straßen beschäftigten Gruppen abschließt. Die verschiedenen in Verbindung mit der Arbeit an öffentlichen Unternehmungen dargelegten Kreditfonds sollten auch für Arbeiter in anderen Industrien verfügbar sein.

Unter diesen Umständen dürfte eine starke Entwicklung von Handel und Industrie eine der ersten Bedingungen für eine breite jüdische Immigration darstellen. Oeffentliche Arbeiten werden nur zum Teil Arbeit auf dauernder Grundlage liefern. Die landwirtschaftliche Siedlung, die wir jetzt behandeln werden, wird bis zu einem gewissen Grade ein langsamer und kostspieliger Prozeß sein.

Kapitel 5.

Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft ist der Kernpunkt unseres Problems. Es ist wahrscheinlich, daß die Mehrzahl der nach Palästina rückkehrenden Juden keine dauernde Ansiedlungsmöglichkeit auf dem Lande finden und in andere Gebiete des wirtschaftlichen Lebens übergehen wird. Heute ist es nichts Ungewöhnliches, in vielen Agrarländern nicht mehr als ein Drittel der Bevölkerung auf dem Lande zu finden. Aber so lange nicht eine ganz bedeutende Zahl unserer Leute auf dem Lande angesetzt ist und ihre Wurzeln tief in den Boden senkt, wird Palästina nicht jüdisch und ein lebenskräftiges nationales Heim wird nicht geschaffen sein.

Betrachten wir zunächst, inwiefern bisher landwirtschaftliche Arbeit dazu gedient hat, dauernd sich selbst erhaltende Siedlung zu fördern. Es war nicht leicht, das Problem in Palästina von dieser Seite aus anzugehen. Die Zionist Commission war der Meinung, daß alle Arbeit eine nationale Aktivpost sei. Kein Feld, das ein jüdischer Arbeiter betreten hatte, dürfe aufgegeben werden. Die Frage, ob die Arbeit die Möglichkeit unabhängiger Lebensführung für die Siedler biete, war nach ihrer Meinung unerheblich.

Da die Siedlungen des Jüdischen Nationalfonds den wichtigsten Teil der von der Zionistischen Organisation geleisteten landwirtschaftlichen Arbeit bilden, wandten wir diesen besondere Aufmerksamkeit zu.

Die Farmen des Jüdischen Nationalfonds sind die sogenannten strategischen Punkte unserer kolonisatorischen Vorkriegsarbeit. Es könnte freilich nachträglich in Frage gezogen werden, ob die Zerstreuung unserer Siedlungen einen realen strategischen Wert besaß und ob nicht ein System geschlossener und konzentrierter Siedlungen von größerem Werte gewesen wäre.

Unsere Untersuchungen über die derzeitige Tätigkeit dieser Kolonien stießen auf Schwierigkeiten, weil die Rechnungsführung mangelhaft ist. Doch kann die in der folgenden Tabelle nach den uns von der Zionist Commisson gegebenen Ziffern aufgestellte Statistik eine Vorstellung von den Kosten der Ansiedlung in den wichtigsten Farmen des Jüdischen Nationalfonds geben.

Name	Gründungsjahr	Umfang in Dunam	Summe derzeitiger Investitionen	Von 1920 bis 1924 weiter erforderliches Kapital nach Schätzung der Zion. Commission.	Von der Zionist Commission vorgesehene Gesamtinvestition	Neuinvestition in Prozenten der Gesamtinvestition	Schätzungsweise Ansiedlungskosten pro Familie mit Ende 1924
			Pfund	Pfund	Pfund		Pfund
Ben Schemen	1907-9	2194	40000	22000	62000	35%	2100
Huldah	1908	1973	30000	24000	54000	44%	2160
Merchaviah	1910	3524	40000	44250	84250	52%	1700
Gan Schemuel	1909	235	10000	14500	24500	58%	1633
Daganiah	1905	3100	20000	100000	120000	83%	833

Der Unterschied in den Kosten per Familie kann verschiedenen Bedingungen zugeschrieben werden: Differenzen im Landwert zur Zeit des Erwerbes, Bodenqualität, Wasser, Sanierungen, Versuche usw. Wir glauben, daß die Ziffern für Daganiah herabgesetzt werden müssen, weil das als erforderlich geschätzte neue Kapital nicht im Verhältnis zu dem für die anderen Farmen erforderlichen steht.

Man sagt uns, daß die Zionistische Kommission damit rechnet, daß auf das den Kolonien gegebene Arbeitskapital während der ersten fünf Jahre ihres Bestandes ein Defizit von etwa zwanzig Prozent entsteht. Nach den ersten fünf Jahren sollen die Kolonisten zwanzig Prozent Pacht für den Boden und sechs Prozent Zinsen für das investierte Kapital zahlen. Das Defizit während der ersten fünf Jahre ist aber tatsächlich höher als zwanzig Prozent. Es ist unmöglich, hier genau anzugeben, wie groß das Defizit ist, da die jährlichen Ernteeinnahmen nicht klar in Rechnung gestellt sind. Man erklärt, daß das in die Farmen gesteckte Geld, das am Jahresende in Bargeld oder in Ware (Fechsung) vorhanden ist, nicht ins Defizit gerechnet werden soll, aber die Tatsache wird nicht in Rechnung gezogen, daß das Geld von Jahr zu Jahr neu investiert werden muß und niemals wirklich zurückgezahlt werden wird. Nur die Steigerung der Ernte von Jahr zu Jahr kann wirklich als Ertrag ge-

rechnet werden, nicht aber die gesamte Ernte, wie dies jetzt üblich ist.

Mit Rücksicht auf die verschiedenen einigermaßen widersprechenden Erklärungen über die Zukunft der Farmen des Jüdischen Nationalfonds nahmen wir alle Ziffern mit einer gewissen Reserve auf und unsere Prüfung überzeugte uns nicht, daß die vorgelegten Pläne auf einer sorgfältig ausgearbeiteten Politik dauernder Ansiedlung beruhten. Wir glauben nicht, daß diese Pläne vom Jüdischen Nationalfonds ausgeführt werden sollten, der nach unserem Urteil seine Mittel für die Erwerbung von Land und die Vorbereitung des Bodens im Einklange mit der von der Jahreskonferenz im vergangenen Sommer bestätigten Politik vorbehalten muß. Wir waren nicht überzeugt, daß durch die vorgeschlagenen Pläne dauernde Siedlung so gefördert werden würde, daß die Zionistische Organisation zugeben könnte, daß die großen vom Vermögen des Jüdischen Nationalfonds geforderten Summen ausgegeben werden.

Unsere Untersuchungen über die Arbeitsweise der Farmen des Jüdischen Nationalfonds waren besonders lehrreich von einem negativen Standpunkt. Wir kamen zur Ueberzeugung, daß das derzeitige Kolonisationssystem, dessen Beispiel wir in den Farmen des Jüdischen Nationalfonds sahen, schlecht sei und nicht die Basis unserer künftigen Arbeit bilden könne. Die Methode, für die Siedler die volle Ausstattung zu liefern und den Charakter der Siedlung vorwegzunehmen, die in der Vergangenheit durch den Jüdischen Nationalfonds angewendet wurde, ist nach unserem Urteil für ein gesundes Kolonisationsprogramm verhängisvoll.

Es ist vielleicht möglich, mit hohen Kosten ein paar zerstreute Ansiedlungen in Palästina auf der Basis der „full equipment" (volle Ausstattung) zu gründen und zu erhalten. Es ist aber durchaus klar, daß auf dieser Grundlage eine ausgedehnte Kolonisation nicht entwickelt werden kann. Obgleich wir nicht erwarten, daß landwirtschaftliche Ansiedlung von Anbeginn an einen Ertrag bringen wird, so muß sie doch nichtsdestoweniger wirtschaftlich produktiv werden. Eine völlig ausgestattete Farm für eine einzelne Familie beizustellen, würde auf Grund der jetzigen Schätzungen mindestens 2000 Pfund kosten. Wenn man in Betracht zieht, daß die meisten Siedler heute nach Palästina kommen, ohne irgendwelche eigenen Mittel zu besitzen, ist es klar, daß selbst bei weitestgehender Freigebigkeit von seiten unseres Volkes nicht die nötigen Beträge aufzubringen sein werden, um ausgedehnte Ansiedlungen dieses Charakters zu finanzieren. Alle unsere Berechnungen waren bisher auf die Annahme basiert, daß die Siedler irgendwelche eigenen Mittel haben würden und mit ihrem Kapital ebensogut wie mit ihrer Arbeit Sicherheit für einen ziemlich umfangreichen Kredit geben könnten. Der Krieg hat nicht nur unsere früheren Berechnungen überholt, sondern auch die Basis zerstört, auf der sie angestellt worden waren. Die Zionist Commission hat es aber nicht verstanden, ihre Pläne den neuen Bedingungen anzupassen. Während man vor dem Kriege die Ansiedlungskosten für eine Familie auf tausend Pfund schätzte, nimmt die Kommission jetzt einen Betrag von zweitausend Pfund an und während vor dem Kriege damit gerechnet wurde, daß die Siedler mit eigenem Kapital kommen würden, ersetzt die Kommission jetzt dieses Kapital einfach aus nationalen Fonds, ohne zu begreifen, daß sie dadurch die ganze Kreditbasis der früheren Kolonisationspläne ändert und für unsere nationalen Fonds Lasten übernimmt, als ob diese unbegrenzt wären.

Es ist sicher, daß nach dem Kriege großzügige Kolonisation auf der Basis derartiger Berechnungen nicht durchgeführt werden kann. Doch ist es klar, daß wir einen starken jüdischen Bauernstand auf dem Lande anzusiedeln haben. Andere Kolonisationsgesellschaften mögen sich mit der Ansiedlung weniger Familien begnügen und mögen sich auf die Ansiedlung von zehn Familien pro Jahr mit denselben Kosten beschränken, mit denen sie vor dem Krieg zwanzig oder dreißig Familien angesiedelt hatten, als die Preise nur halb so hoch waren wie heute und die Ansiedler etwa ein Drittel des erforderlichen Kapitals selbst beizubringen pflegten; aber wir können dies nicht. Es ist doch eine Tatsache, daß andere Kolonisationsgesellschaften auch verstehen, daß die Kosten landwirtschaftlicher Ansiedlung auf Grundlage des „full equipment" heute unerschwinglich sind. Und es ist höchste Zeit, daß wir die nationalen Konsequenzen des Systems, das wir verfolgt haben, erwägen. Die Mißstände des Systems des „full equipment" unter den heutigen Bedingungen würden nur durch jene Leute verschärft werden, die uns in Palästina erzählten, der Fehler liege nicht am System als solchem, sondern darin, daß das „full equipment" erst im Laufe einiger Jahre und nicht von Anfang an beigestellt wird.

Das System der „full equipment" ist nicht nur schlecht, weil es Summen erfordert, die weit über unsere Mittel hinausgehen. Es ist nicht nur schlecht, weil es nur für wenige und nicht für die vielen Ansiedlungsmöglichkeiten schafft, sondern es ist verderblich, weil es nicht darauf hinzielt, daß die Ansiedler ihre Anwesen für sich selbst und unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit entwickeln. Das System untergräbt ihren Unabhängigkeitssinn und schwächt ihr Selbstvertrauen. Es bietet keine Möglichkeit für eine wirkliche Entwicklung weder der Einzel- noch der Gruppenverantwortlichkeit. Es liefert keine Möglichkeit, die wirkliche Eignung der Ansiedler, ihre Anwesen zu leiten, zu erproben. Es zielt sogar darauf hin, die Selbstachtung zu untergraben.

Die schlechte psychologische Wirkung des Systems kann in vielen Fällen beobachtet werden. Die Ansiedler lernten von der Zionistischen Organisation alles erwarten, nicht nur notwendige Dinge und die Mittel sich selbst zu helfen, sondern ebenso auch Bequemlichkeiten und Luxus. In Nachlath Jehudah zum Beispiel verlangten die Kolonisten gleichzeitig mit den Bedingungen, die ihnen eine ständige Existenz möglich machen sollten, auch ein eigenes Schulhaus, obgleich Rischon in zwanzig Minuten zu Fuß zu erreichen ist und einen Versammlungssaal für ihre 15 Familien, weil es ihnen nicht paßte, in ihren Privathäusern zusammenzukommen. In Daganiah A, das vielleicht unser erfolgreichster Versuch ist, war die Kwuzah aus eigener Initiative in Verhandlungen mit dem Jüdischen Nationalfonds eingetreten, um einen Teil des Bodens und der Gebäude für dauernde Ansiedlung zu übernehmen, als wir sie aber besuchten, weigerten sie sich, die Farm zu übernehmen, wenn sie nicht gemäß den Plänen des landwirtschaftlichen Departements der Zionistischen Kommission voll ausgestattet wäre.

Dem System des „full equipment" ist es ferner nicht gelungen, eine Basis für landwirtschaftliche Kredite zu entwickeln, ohne welche eine dauernde sich selbst erhaltende Kolonisation unmöglich ist. Kredite können nur gegeben werden, wenn Menschen ihren Wert und ihr Verantwortungsgefühl erwiesen haben. Das System des „full equipment" gibt den Ansiedlern nicht die Möglichkeit, ihre Haushaltungsgabe zu zeigen, die der wahre Beweis der Kreditwürdigkeit ist. Die Sicherheit von Anleihen kann nicht nach dem Werte des Besitzes allein beurteilt werden, die Vertrauenswürdigkeit des Schuldners und seine Fähigkeit, mit seinen Mitteln hauszuhalten, sind von gleicher, wenn nicht von größerer Bedeutung. Mit dauernder Ansiedlung kann man nur für jene rechnen, die ihre Fähigkeit und ihr Verantwortungsgefühl beweisen, ihren festen Willen mit einem Minimum an nationalen Mitteln zu beginnen und sich mit einem Maximum an Schwierigkeiten abzufinden. Ein System muß entwickelt werden, das qualifizierte Ansiedler befähigen soll, bescheiden zu beginnen und durch ihre Sparsamkeit und Tüchtigkeit sich das Vertrauen zu erwerben, daß sie auch mit fremden Geldern umgehen können. Das jetzige System des „full equipment" hat keine wirkliche genossenschaftliche Unternehmung hervorgebracht. Es ist kein Versuch gemacht worden, den Gruppen Betriebskapital auf Kreditbasis zu geben, wie dies bei den öffentlichen Arbeiten geschieht. Die Gruppen arbeiten für einen Lohn, der ursprünglich vier ägyptische Pfund pro Monat betrug, dann aber auf siebeneinhalb und acht ägyptische Pfund erhöht wurde. Die Arbeiter können die Produkte der Farmen für ihren eigenen Gebrauch kaufen, deren Preis wurde aber nicht im Verhältnis zu dieser Lohnerhöhung gesteigert. Das System ist in Wirklichkeit nicht die Kooperation von Produzenten, sondern ein verstecktes Lohnsystem, und benachteiligt letzten Endes am schärfsten gerade die Ansiedler, denen wir helfen wollen.

Die von uns so schädlich gefundene Methode, den Charakter der Ansiedlung vorwegzunehmen und den Ansiedlern ihren Entwicklungsmodus vorzuschreiben, ist bis zu einem gewissen Grade nur das Gegenstück zu dem System des „full equipment". Der Charakter fast aller Farmen des Jüdischen Nationalfonds wurde zu früh fixiert. Von allem Anfang wurden die Arbeiter mit dauernden Gebäuden und anderen höchst kostspieligen Dingen beschenkt.

Den Arbeitern wurde wenig Spielraum für die Bestimmung des künftigen Charakters ihrer Arbeit gelassen. Sie wurden im Gegenteil verleitet zu erwarten, daß auf die schweren Anfangsinvestitionen ausgiebige Verbesserungen und die volle Arbeitsausstattung folgen würden. Es war nur natürlich, daß die Arbeiter das von uns ohne Beratung mit ihnen investierte Kapital nicht als Vorschüsse ansehen konnten, die mit der Zeit aus ihren Gewinnen und Ersparnissen zurückgezahlt werden sollten. Das System reduzierte sie zu wechselnden Gruppen von Lohnarbeitern und durchkreuzte ihre Entwicklung zu auf sich selbst vertrauenden und sich selbst erhaltenden Ansiedlern.

Merchawiah ist ein Beispiel des Systems, den Charakter der künftigen Ansiedlung vorwegzunehmen und die Ansiedler jeder wirklichen Wahlfreiheit zu berauben. Es wurden schwere Steinbauten in einem Rechteck errichtet, so daß sie vernünftigerweise nur von einer genossenschaftlich arbeitenden Gruppe benützt werden konnten. Wenn die Mitglieder der ursprünglichen Gruppe nachträglich gewünscht hätten, ihre Anwesen zu teilen und auf Einzelstellen zu arbeiten und zu siedeln, wäre ein sehr großer Teil der ursprünglichen Investition nutzlos geworden. Merchawiah wurde, das muß gesagt werden, erklärtermaßen als ein genossenschaftliches Experiment gegründet und sollte vielleicht aus diesem Grunde nicht kritisiert werden. Aber es scheint klar, daß in Zukunft Experimente, die den Charakter der Ansiedlung vorweg bestimmen, einzelnen Philantropen überlassen werden müssen und nicht zur Grundlage unserer nationalen Kolonisation gemacht werden dürfen.

Auch der Charakter von Einzel- oder Genossenschaftssiedlungen kann nicht mit Sicherheit von Anfang an festgelegt werden. Die Vorbereitung des Bodens durch die Arbeiter beansprucht einige Jahre und diese Arbeit hat wenig oder nichts mit dem Charakter der endgültigen Ansiedlung, die aus ihr erwächst, zu tun. Während der Vorbereitungszeit sollte unter den Arbeitern ein schrittweiser Prozeß stattfinden, der nur die für die landwirtschaftliche Kolonisation am besten geeigneten für dauernde Ansiedlung bestimmt. Der Charakter der endgültigen Siedlung sollte in weitem Maße den durch diesen Ausleseprozeß Gewählten überlassen bleiben.

In der Praxis aber wurde der Siedlungscharakter auf den Farmen des Jüdischen Nationalfonds bestimmt, bevor die Periode der Bodenvorbereitung beendet und bevor die Gruppe, der die wirkliche Arbeit der dauernden Ansiedlung übertragen werden sollte, gegründet war. Natürlich erwartete man, daß die ursprüngliche Gruppe bleiben sollte. Aber in Wirklichkeit waren diese Gruppen nicht konstant, sondern fluktuierten und wechselten beträchtlich. Während des letzten Dezenniums zionistischer Arbeit in Palästina wurde nur bei einer einzigen der ursprünglichen Gruppen die Identität gewahrt.

Die neuen Gruppen waren bereit, die Farmen zu günstigen Bedingungen zu übernehmen, aber die Arbeiter sind, wenn auch ohne Schuld, nicht in der Lage, irgendwelche Garantie für ihr Verbleiben auf der Farm oder für ihre Eignung, für die Verwaltung des wertvollen Besitzes, den man ihnen anvertraut, zu bieten. Die neuen Gruppen, die alles vorbereitet finden, können schwerlich denselben Eifer und Ehrgeiz entwickeln, wie die ursprünglichen Gruppen, für welche die kostspieligen ständigen Gebäude von genossenschaftlichem Charakter errichtet wurden.

Kommt dann die Zeit für endgültige Ansiedlung, dann sind die neuen Gruppen unfähig, die Farmen als etwas durch ihre eigene Arbeit geschaffenes anzusehen, von dem sie sich nicht trennen können. Sie sind geneigt, um die Bedingungen, unter denen sie sich ansiedeln wollen oder nicht ansiedeln wollen, zu feilschen. Selbst in Daganiah, wo die Identität der ursprünglichen Gruppe fast aufrechterhalten wurde, bestand bei den Arbeitern eine Tendenz, auf der Fortführung des Systems des „full equipment" zu bestehen, und sie lehnte ab, von ihr selbst gepflanzte Bäume zu übernehmen, weil die Pflanzungen nichts tragen würden. Sie sahen offenkundig die Farmen als Ganzes nicht als ihre genossenschaftliche Unternehmung an.

Das System des „full equipment" und die Methode, den Charakter der endgültigen Siedlung vorzeitig zu bestimmen, sollte annehmen lassen, daß ein höheres Maß administrativer Kontrolle nötig ist als bei einem System, das auf der erprobten Fähigkeit und dem Verantwortungsgefühl der Gruppen beruht. Wir fanden jedoch die administrative Kontrolle und Beaufsichtigung der Farmen fehlerhaft und ungeeignet. Das Verwaltungssystem im allgemeinen zeigte viele Mängel. Wir waren erstaunt über die Tatsache, daß die Jemeniten, die man aufgefordert hatte, bei der Errichtung neuer Gebäude für die Ansiedlung in Nachlath Jehudah zum Preise von je 350 Pfund zu helfen, zur gleichen Zeit selbst in Hütten elendster Art bei Rischon untergebracht waren. Und dies ließ man weiter zu, während gleichzeitig unsere gesamten jährlichen Ausgaben mehr als 300.000 Pfund betrugen. Es gab dort keine Wasserleitung, obgleich es sicher ist, daß der Jüdische Nationalfonds eine eingerichtet hätte, wenn man die Dinge seinem Hauptbureau mitgeteilt hätte. In Karkur verdarb eine Ernte im Werte von 600 Pfund infolge Mangels an Räumlichkeiten für die Unterbringung. Die Farmen wurden vom landwirtschaftlichen Departement der Kommission aus nur zwei- bis dreimal im Jahre besucht. Mangels einer richtigen Aufsicht entwickelten die Farmen ihre eigene bürokratische Verwaltung. Ihre Bücher enthielten lange Listen von Gläubigern, denen unter einer verantwortlichen Leitung oder bei richtiger administrativer Aufsicht niemals Darlehen gegeben worden wären. Die Gruppen machten auch Schulden beim „Hamaschbir" und anderen Privatparteien, die, wenn überhaupt, nur mit den größten Schwierigkeiten zurückgezahlt werden können. Um die zeitweise Verwendung arabischer Arbeiter zu vermeiden, waren die Gruppen größer als normal nötig und dadurch wurde für sie jede Möglichkeit, auf eigenen Füßen zu stehen, ausgeschlossen. Doch als wir Ben Schemen besuchten, fanden wir ein paar arabische Frauen bei einer Arbeit, die man für ungeeignet für Juden erklärte, obgleich uns schien, daß man den Kindern mit Leichtigkeit hätte beibringen können, diese Arbeit zu leisten. Von seiten der Gruppen beobachteten wir die allgemeine Tendenz, Freiheit von administrativer Kontrolle zu erlangen, noch bevor sie Beweise für ihre Fähigkeit gegeben hatten, das ihnen anvertraute Eigentum zu verwalten. In Merschawiah zum Beispiel, wo der Zeitpunkt der endgültigen Ansiedlung noch nicht erreicht war, arbeitete die neue Gruppe oder, richtiger gesagt, die Taglöhner, denn nur einer von der Gruppe war länger als ein paar Wochen dort, ohne Aufsicht und ohne verantwortliche eigene Organisation auf einem Besitz, in dem annähernd 40.000 Pfund investiert sind. Dieses System ist unserer Meinung nach nur dem Namen nach produktiv-genossenschaftlich. Es führte dazu, daß die Arbeiter gewisse Privilegien beanspruchen, die einem System genossenschaftlicher Produktion eigen sind, bevor sie noch die Verantwortungen übernommen haben, die jedem wirklich genossenschaftlichen Plane zu Grunde liegen. In Hinkunft müssen die Arbeiter entweder einen Verwalter von außen her annehmen oder durch ihre Arbeiterorganisationen ausreichende Garantien für die richtige Verwaltung des nationalen Eigentums geben. Die Fehler der Vergangenheit lagen größtenteils in dem System, das durch zu frühe Festlegung des Siedlungscharakters und zu vollständiger Ausstattung der Farmen die Arbeiter ihrer Unabhängigkeit und ihrer Initiative beraubte und sie zu Taglöhnern reduzierte. Das heißt nicht, daß die Gruppen nicht in den ersten Stadien ausgezeichnet Pionierdienste geleistet haben. Viele haben der Arbeit ihre Gesundheit und ihr Leben geopfert. Das tragische ist, daß jene, die gesät haben, nicht immer ernten.

Ebenso wie die administrative war auch die technische Seite der Nationalfondsfarmen mangelhaft organisiert. Die Gruppen besaßen nicht die nötige Kenntnis der palästinensischen Landwirtschaft. Nach sachverständiger Meinung verstand man nichts vom Fruchtwechsel und wandte ein kostspieliges und unwirtschaftliches System tiefer Pflügung an, bevor man auch nur einen Versuch machte, seinen Wert festzustellen. Trotz der hohen Investitionen und der Anwendung von vermeintlich modernen Methoden hob sich das Niveau der Produktivität sehr langsam und erst im Laufe der Jahre erreichte oder überschritt es das arabische Niveau. Wir begannen mit der Investition von Geld statt mit der Investion von Arbeit.

Nur mit tiefem Bedauern sahen wir uns verpflichtet, den Schluß zu ziehen, daß die Farmen des Jüdischen Nationalfonds, von denen man alle Zionisten gelehrt hatte mit Stolz zu sprechen, vom Standpunkt der künftigen nationalen Kolonisation nur geringen Wert haben. Als erste Experimente in Palästina, wo jüdische Arbeiter unterrichtet wurden, den Boden mit eigenen Händen zu bearbeiten, steht ihre historische Bedeutung fest. Aber als Grundlage unseres künftigen Programms für dauernde und großzügige Kolonisation können sie nicht dienen. Von diesem Standpunkt sind sie hauptsächlich von Wert wegen des Lichtes, das sie auf die Irrtümer werfen, die in Hinkunft vermieden werden müssen.

Wir kommen jetzt zu der Kolonisation der landwirtschaftlichen Arbeit der Zionist Commission, die durch ihr landwirtschaftliches Departement mit Unterstützung ihres technischen Departements eingeleitet wurde. Die Kommission scheint keine genaue Prüfung der Arbeitsweise der Nationalfonds-Farmen angestellt zu haben. Sie nahm als erwiesen an, daß alle bisherigen Arbeiten gut seien und erweitert werden sollten.

Während des Krieges und später wurden verschiedene Kwuzoth geschaffen. Wie alle Arbeiten der Zionistischen Kommission war auch diese Arbeit improvisiert und trug einen Notstandscharakter. Sie erfolgte zum Teil auf Boden der Jca, zum Teil auf Boden privater jüdischer Besitzer, zum Teil auf Boden von Nichtjuden und zu sehr geringem Teil auch auf Boden des Jüdischen Nationalfonds. Die Gruppen arbeiten auf kleinen und weithin verstreuten Bodenstrichen. Ihre Arbeit hat, soweit wir dies feststellen konnten, geringen wirtschaftlichen Wert. Die Gruppen kommen dem selbständigen Charakter nicht einmal nahe. Sie scheinen vom Gesichtspunkt dauernder Ansiedlung aus keine Zukunft zu haben.

Die Zionist Commission hatte bereits beschlossen, die Gemüsebau-Gruppen aufzugeben, weil ihre Produkte keinen Markt fanden. Die Bevölkerung könne, so sagte man, nicht dazu erzogen werden, mehr Gemüse zu essen, aber es ist sehr zweifelhaft, ob die Mitglieder der Gruppe mit gutem Beispiel vorangingen. Wenn die Gemüsebau-Gruppen näher an den Städten konzentriert gewesen wären, würde man wahrscheinlich viel bessere Ergebnisse erzielt haben. In jedem Falle glauben wir, daß der Gemüsebau in Palästina eine Zukunft hat.

Wir fanden, daß die Zionist Commission beträchtliche landwirtschaftliche Arbeit auf Boden des Jüdischen Nationalfonds, der Palestine Land Development Company und von Privatpersonen geleistet hatte, ohne im voraus Vereinbarungen über eine Vergütung für ihre bedeutenden Auslagen zu treffen. Wir versuchen, einige dieser Auslagen ersetzt zu erhalten. Dem Jüdischen Nationalfonds haben wir vorgeschlagen, die auf seinem Boden erwachsenen Kosten, die wirklich als für die Verbesserung des Bodens gemacht anzusehen sind, zu übernehmen, während die Zionist Commission für die zu anderen Zwecken ausgegebenen Fonds verantwortlich sein soll. Da angenommen wird, daß der Jüdische Nationalfonds sich auf den Erwerb von Boden und seine erste Vorbereitung für Ansiedlung beschränken wird, halten wir uns nicht berechtigt, weiter zu gehen. Aber die zum Beispiel in Daganiah B) und C) geleistete Arbeit hat den Charakter von ersten Verbesserungen und so schlugen wir vor, daß sie vom Jüdischen Nationalfonds übernommen werden solle.

Eine Arbeit von großer Auffassung wurde in Dilb begründet. Diese Arbeit, die im Jahre 192 begann, stellte bereits eine Investition von 200 Pfund dar, wovon ein Drittel für die Erwerbung des Landes gedient hatte. Aber die endgültige Ansiedlung von 50 Familien würde nach dem Plan der Zionist Commission mindestens weitere 50.00 Pfund kosten. Wir beschlossen eine genaue Prüfung des Unternehmens. Wir konnten den Vorteil eines Versuchs mit dem Anbau gebirgigen Bodens in der Nähe einer Stadt (Jerusalem) nicht leugnen. Doch hätten wir den Versuch lieber auf bescheidener und weniger kostspieliger Grundlage angestellt gesehen und nicht nach den diskreditierten Grundsätzen des „full equipment". Wir beschlossen daher, die Unternehmung in Dilb zu reduzieren. Wir erklärten uns bereit, die Unternehmung nur bis zu dem nötigen Umfange zu finanzieren, um 20 Familien die Möglichkeit der Niederlassung zu geben. Wir verpflichteten die Zionistische Organisation nicht zur Beistellung einer vollausgestatteten Siedlung. Diese muß durch die Tüchtigkeit und Sparsamkeit der Gruppe selbst mit Hilfe der auf einer produktiven Investition

basis beigestellten angemessenen Kredite geschaffen werden. Wir schlugen vor, innerhalb der nächsten drei Jahre etwa 8000 Pfund beizutragen, wovon 2000 für erste Verbesserungen bestimmt sind (für den Bau von Terrassen), welche eigentlich vom Jüdischen Nationalfonds getragen werden können; aber wir erklärten, daß von der Zionistischen Organisation keine weiteren Beiträge als diese erwartet werden sollten.

Die hauptsächlichste Notstandsarbeit, mit welcher sich das landwirtschaftliche Departement der Zionist Commission beschäftigte, war die Aufforstung. Die Züchtung von Setzlingen und die Pflege der Pflanzungen gaben vielen Arbeitern Beschäftigung. Die Zionist Commission bemühte sich aber niemals, die ungeheuren Kosten der Arbeit und ihren wirklichen Wert als Teil unseres Kolonisationsprogramms zu überprüfen. Die Zionist Commission nahm hier wie anderswo an, daß alle Arbeit gut sei, ohne Rücksicht auf ihre Produktivität und ihren wirtschaftlichen Wert. Die Kommission hat ein ganzes System von Verpflichtungen für das laufende Jahr übernommen und legte uns diese Verträge als fertige Tatsachen vor.

Ein System allgemeiner Aufforstung, wie es die Zionist Commission im Auge hatte, ist sehr kostspielig und größtenteils unproduktiv und leistet wenig oder nichts für die Ansiedlung von Menschen auf dem Boden. Die Kosten für die Pflanzung der Setzlinge allein belaufen sich auf sieben ägyptische Pfund per Dunam, in manchen Fällen bis auf zehn ägyptische Pfund. Die Kosten der Pflege der neuen Pflanzungen sind ebenfalls beträchtlich. In Nachlath Jehudah war es interessant zu beobachten, daß die Gruppen durchaus begriffen, daß ihre Aufforstungsarbeit keine wirtschaftliche Basis und keine Zukunft hatte. Das von dem Landwirtschafts-Departement für die Kommission und den Jüdischen Nationalfonds vorgeschlagene Programm nationaler Aufforstung erforderte für das laufende Jahr einen Aufwand von 50.000 Pfund von seiten der Organisation und von 18.000 Pfund von seiten des Jüdischen Nationalfonds. Dieses System der Aufforstung würde eine Reihe bedeutender und immer wachsender Verbindlichkeiten in den folgenden Jahren nach sich ziehen.

Wenn nicht die Kommission bereits Verpflichtungen für die Erwerbung und Pflanzung von 1,500.000 Setzlingen übernommen hätte, würden wir die Aufforstungsarbeit auf unserem Boden nur für sanitäre Zwecke fortgeführt haben. So schränkten wir die Arbeit der Kommission radikal ein. Wir setzten fest, daß Aufforstung nicht als Teil eines allgemeinen Aufforstungssystems oder als Notstandsarbeit durchgeführt werden solle, sondern nur so weit sie direkt gewissen spezifischen Bedürfnissen unserer Ansiedlungen diente. Wir verschlossen uns andererseits nicht dem großen Vorteil der Aufforstung und wir stellten keine Arbeit ein, die bessere sanitäre und wirtschaftliche Bedingungen in unseren Kolonien zu schaffen geeignet schien.

Aufforstung als System für Palästina kann nicht von der Zionistischen Organisation unternommen werden. Maßnahmen für Waldbau und Schutz zwecks künftiger Holzgewinnung und Wassersammlung können nur in großem Stil durch die Regierung in Palästina durchgeführt werden. Es ist notwendig, die Regierungsautorität einzusetzen, um Vernichtung von Bäumen durch Feuer, Holzsammeln oder Tiere zu verhindern. Aufforstung der Berge, um Erosion zu vermeiden, Humus aufzubauen und das nötige Wasser zu sichern, ist eine Aufgabe der Regierung. Flugsand durch Pflanzung von Bäumen auf den Sanddünen abzuhalten, wäre gleichfalls Pflicht der Regierung. Die Aufforstung von Dünen ist eine schwierige technische Aufgabe und kann nur unternommen werden, wenn bedeutende Geldmittel verfügbar sind.

Wir wollen die große Wichtigkeit der Aufforstung nicht herabsetzen, aber diese Arbeit kann nur von dem Staate geleistet werden, der die Steuerhoheit besitzt. Die Regierung von Palästina hat bereits Aufforstung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben anerkannt. Sie hat ein Aufforstungsbureau errichtet und einen Forstfachmann eingeladen seine Verwaltung zu beaufsichtigen. Sie hat in verschiedenen Teilen des Landes Flächen für Aufforstung vorbehalten und hat die umfangreichen Versuche begonnen, die für die erfolgreiche Durchführung eines umfassenden Systems notwendig sind. Ein Gesetz zum Schutz der bestehenden Wälder wurde erlassen und drei Regierungsinspektoren wurden zu seiner Durchführung bestimmt.

Die Zionistische Organisation kann im Rahmen ihrer Mittel der Regierung und insbesondere jüdischen Landeigentümern durch Information Belehrung über die angemessenen Methoden der Baumpflanzung auf Sümpfen, als Windschirm, für Brennstoffgewinnung und andere Zwecke behilflich sein, aber sie kann offenbar nicht die Arbeit der allgemeinen Aufforstung fortsetzen.

Die bisherige Arbeit der Zionist Commission sowohl wie auch des Jüdischen Nationalfonds war, so mußten wir urteilen, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus in ihren Ergebnissen im weitesten Maße negativ. Auf sie kann keine konstruktive Politik dauernder Kolonisation in großem Maßstabe gebaut werden. Beträchtliche bisher von der Kommission oder dem Jüdischen Nationalfonds geleistete Arbeiten müssen auf eine neue Basis gestellt oder gänzlich liquidiert werden. Die Kolonisationstätigkeit des landwirtschaftlichen Departements der Kommission muß aufgegeben werden. Die Vorbereitung der Kolonisation soll vom Jüdischen Nationalfonds geleistet werden. Endgültige Ansiedlung soll folgen, aber nicht nach dem System des „full equipment". Die Aufgabe des Landwirtschaftsdepartements in Zukunft soll sein, technischen Rat und Beistand und allgemeine Information an gegenwärtige und künftige Ansiedler zu geben. Sie soll auch eine landwirtschaftliche Versuchstätigkeit aufrechterhalten. Der Jüdische Nationalfonds muß seine eigenen Farmen beaufsichtigen und sie müssen im nächsten Jahre zu endgültiger Ansiedlung führen. In allen landwirtschaftlichen Tätigkeiten muß unser Ziel Ansiedlung und produktive Arbeit und nicht Geldvergeudung und Arbeit nach quasi-staatlichen Richtlinien sein. Wir wollen von den Fehlern der Vergangenheit lernen und unser künftiges Ansiedlungssystem auf gesünderen Grundsätzen aufbauen.

In Zukunft müssen wir erhöhte Aufmerksamkeit der richtigen Auswahl der Grundstücke unserer Kolonien vom Gesichtspunkte der Gesundheit und guter wirtschaftlicher Bedingungen schenken. Was für Gründe immer für die Zerstreuung der Siedlungen an sogenannten strategischen Punkten vor dem Kriege bestanden haben mögen, heute bieten sie sicher keinen Anlaß zur Vernachlässigung der Anforderungen der Gesundheit und Produktivität. Die strengste Aufmerksamkeit muß angewendet werden, um weitere Opfer an Leben, Gesundheit und Leistungsfähigkeit infolge schlecht gelegener Ansiedlungen zu verhindern.

Statt weit zerstreuter Kolonisation und strategischen Punkten in kleinem Maßstabe müssen wir einen Versuch machen, unsere Kräfte auf einem großen zusammenhängenden Landstrich zu konzentrieren. Die Vorbereitung des Bodens könnte dann von Einwanderergruppen, die etwa auf dieselbe Art organisiert sind, wie die jetzt beim Straßenbau beschäftigten Gruppen, unternommen werden. Extensive Anbaumethoden, die eine verhältnismäßig kleine Kapitalsinvestition per Arbeiter erfordern, sollten für den Anfang Anwendung finden. Unsere ersten Auslagen sollten auf die Beistellung der nötigen Zelte und Baracken, der Maschinen und des Saatgutes beschränkt werden. Tüchtigen, schwer arbeitenden Pionieren soll so die Möglichkeit gegeben werden, kleine Ersparnisse zu sammeln, die sie instand setzen, sich selbst auszustatten; wenn die Zeit für die definitive Ansiedlung und intensive Kultivierung kommt. Natürlich muß im Anfang alles primitiv sein. Die Siedler sollen nur einen einfachen Schuppen und die minimalste persönliche Ausstattung erhalten. Sie müssen die Bebauung der Anwesen Schritt für Schritt intensivieren. Sie sollen mit einer Kuh und nicht mit einem Stall beginnen. Für lange Zeit werden sie nicht mehr als ein Lohnarbeiter verdienen, aber sie werden ihren Unterhalt durch ihre eigenen Anstrengungen sichern und langsam ihren eigenen Besitz und ihre Farm erwerben.

Man soll sich nicht bemühen, den Charakter der Farm vorweg zu bestimmen. Die Pioniere, die sich bis zur endgültigen Ansiedlung durchgearbeitet haben, sollen selbst zwischen genossenschaftlicher und Einzelarbeit entscheiden. Die Pioniere, die sich mit solchem Eifer und solcher Hingabe dem Wegebau gewidmet haben, der wenig Aussichten für dauernde Ansiedlung für viele von ihnen bot, werden sich dieser landwirtschaftlichen Arbeit mit größter Begeisterung zuwenden. Wenn sie wissen, daß sie dauernd auf dem Lande siedeln und ihre eigenen Bauernstellen erwerben werden, werden sie selbst mit einer mageren Existenz zufrieden sein. Sie werden glücklich sein, sich durch äußerste Anstrengung und Sparsamkeit nationalen Kredites würdig zu zeigen.

Ein System konzentrierter Ansiedlung auf extensiver Basis kann nur dort durchgeführt werden, wo große Strecken zusammenhängenden unbesetzten Landes vorhanden sind. Der einzige Landstrich dieser Art, der jetzt in Westpalästina verfügbar ist, ist der Negew im Süden und er ist vielleicht für unsere erste Anstrengung der geeignetste. Es ist bedauerlich, daß in diesem Gebiete bisher keine Versuche angestellt wurden. Weiters ist Transjordanien das versprechungsreichste Gebiet für Ansiedlung auf extensiver Basis. Wir halten es für die Pflicht der britischen Regierung, in Zusammenarbeit mit uns die rasche Oeffnung Ostpalästinas für diese jüdische Kolonisation und Siedlungsarbeit zu sichern.

Wie wünschen nicht so verstanden zu werden, als empfehlen wir die Kultivierung ausgedehnter Strecken unter Ausschluß aller anderen Siedlungsformen. Diese extensive Entwicklung kann nur ein Teil unserer Arbeit sein. Unser Kolonisationsprogramm darf nicht einseitig sein. Es muß pragmatisch sein. Es muß den neuen und wechselnden Erfordernissen Palästinas angepaßt sein. Man muß sich nur bestreben, der jüdischen Kolonisation als Ganzes einen selbständigeren Charakter zu geben. Lebensmittel für die vergrößerte jüdische Bevölkerung in den Städten sollen durch die Ansiedler im Lande erzeugt werden. Daher dürfen intensive Kultur und Anbau von Marktgemüse keineswegs vernachlässigt werden.

Alle diese Fragen erfordern Versuche. In der Vergangenheit waren unsere Versuche vor allem gerichtet auf die soziale Form der Kolonisation (Kleinsiedlungen, Arbeiter- und Genossenschaftssiedlungen); technische Erforschungsarbeit fand wenig Aufmerksamkeit. Die Errichtung von Versuchsstationen ist eine Aufgabe der Regierung. Doch müssen wir die Arbeit der Regierung ergänzen, um unsere besonderen Bedürfnisse zu befriedigen. Wir gaben unsere Zustimmung zur Verwendung von 3600 Pfund während dieses Jahres für Versuche und wünschten ferner, Versuche mit Trockenkultur im Negew womöglich noch in diesem Jahre zu sehen. Wir glauben, daß diese technische und Versuchsarbeit bei richtiger Organisation und Leitung die Basis gesunder Zusammenarbeit zwischen uns und der Regierung und anderen Institutionen in Palästina, wie der Ica, abgeben kann.

Aber unsere Pflicht mit Bezug auf die Kolonisation und Ansiedlung endet nicht bei der Erteilung technischen Rates und Beistandes. Obgleich wir dem System des „full equipment" widersprechen, begünstigen wir die Gewährung jeder vernünftigen Erleichterung an diejenigen Siedler, die sich als tüchtig und verläßlich erwiesen haben, um sie instand zu setzen, ihre Farmen auf eigene Verantwortung auszustatten. Ein umfassendes System landwirtschaftlicher Kredite ist für jeden gesunden Kolonisationsplan erforderlich. Den erprobten Pionieren, den Verantwortlichkeitssinn bei der Führung ihrer Arbeiten zeigen, muß man helfen, sich selbst zu helfen.

Die Errichtung einer Landbank für langfristige landwirtschaftliche Kredite ist für die landwirtschaftliche Kolonisation unentbehrlich. Unsere nationale Kolonisation ist so abhängig von dieser Institution, daß wir es für nötig halten, daß die Institution unter Leitung der Zionistischen Exekutive stehe, falls nicht beschlossen werden sollte, daß die Aktion der Landbank durch den Jewish Colonial Trust gezeichnet werden sollen. In diesem Falle wäre der Status des Trust zu bestimmen und sein Direktorium im Einklang mit dem Vorschlag des Beratungskomitees für Finanzen, wie oben erwähnt, zu rekonstituieren. Mit der Organisation der Landbank ist eine Anzahl schwieriger technischer Probleme verknüpft, die wir hier nicht zu erörtern haben. Die Bank sollte die gesicherten langfristigen Forderungen der Anglo Palestine Company zu angemessenem Preise übernehmen.

Die erforderlichen kurzfristigen Kredite für Kolonisten sollten durch kleine genossenschaftliche Banken beigestellt werden, welche die Kolonisten mit unserer Hilfe zu schaffen, angeleitet werden sollen. Kurzfristige Kredite sind von großer Bedeutung. Da es an ihnen fehlt, wird heute Getreide vorzeitig zu niedrigeren Preisen verkauft und bringt 20 bis 25 Prozent weniger, als wenn man es ohne unangebrachte Eile verkaufen würde. Es ist möglich, daß die Anglo Palestine Company auch dieses Geschäft übernehmen könnte, und zwar entweder direkt oder durch die Genossenschaftsbanken.

Aber es werden Fälle kommen, wo die Genossenschaftsbanken nicht den Eindruck haben werden, daß die Sicherheit für ein Darlehen genügt und wo sich doch vom Standpunkt der nationalen Kolonisation der Ansiedler als ausreichend verantwortlich und verläßlich gezeigt hat, um einen Vorschuß zu rechtfertigen. Mit Rücksicht auf die besonderen Schwierigkeiten landwirtschaftlicher Kolonisation in Palästina glauben wir, daß für solche Fälle ein landwirtschaftlicher Ausrüstungsfonds unter Leitung eines Sachverständigen, von der Exekutive ernannten Gouverneurs gebildet werden soll. Da die Sicherung nicht so ist, daß sie eine Rückzahlung mit Sicherheit erwarten läßt, soll das Geld für diesen Fonds à fonds perdu aufgebracht werden. Aber wir wollen betonen, daß alle Vorschüsse aus diesem Fonds als rückzahlbare Darlehen verwaltet werden müssen. Dieser landwirtschaftliche Ausrüstungsfonds soll die Arbeit der Genossenschaftsbank etwa in gleicher Weise ergänzen wie der Arbeiterausrüstungsfonds die Arbeit der Arbeiterbank ergänzt.

Kapitel 6.

Erziehung.

Die Neubelebung des Hebräischen als einer lebenden Sprache in Palästina und seine fortschreitende Entwicklung im pulsierenden Leben des Jischuw hängt im höchsten Maße von den hebräischen Schulen ab. Der Erfolg des Kampfes um die Anerkennung des Hebräischen, der einen so großen Fortschritt in der Entwicklung des zionistischen Ideals bedeutet, ist hauptsächlich jenen zu verdanken, die seit Jahrzehnten mit großem Eifer und Selbstaufopferung im Dienste der Schulen arbeiteten.

Ganz gleich, von wem sie gegründet und welche Aufgaben ihnen gesetzt wurden, wurden die jüdischen Schulen als solche durch die Bemühungen der Lehrer und des nationalbewußten Jischuw instand gesetzt, für die Wiederbelebung der nationalen Sprache zu wirken. Es waren dies hingebungsvolle Arbeiter, die als der entscheidende Sprachenkampf auszufechten war, mit Hilfe der Zionistischen Organisation den Weg bahnten, in dem sie unter Führung des Erziehungskomitees (Waad hachinuch) der palästinensischen Judenheit Schulen bildeten, und so wurde Hebräisch in kurzer Zeit die Sprache der jüdischen Schulen in Palästina.

Die Zionistische Organisation konnte im ersten Jahre den großen Teil der für diese Schulen benötigten Gelder auf Grund eines heftigen und — dank dem Sprachenstreite — populären Appells aufbringen. Sie konnte als Ergebnis ihrer Sammlungen, für diesen Zweck 97.000 Franken überweisen, wovon 20.000 Franken von den Chowewe Zion beigestellt wurden. Der Jischuw hatte beim Waad hachinuch sein eigenes Finanzkomitee, das inner- und außerhalb Palästinas 43.000 Franken sammelte.

Der Jischuw nahm einen entsprechend aktiven Anteil an der Aufstellung des Budgets für das erste Jahr und es ist fraglos, daß der Jischuw ebenso wie die Zionistische Organisation bei normalem Ablauf der Dinge nach dem ersten Jahre vor der schwierigen Aufgabe gestanden hätte, die Schulen auf eine sichere und dauernde Grundlage zu stellen, so daß sie nicht von den ungewissen Schwankungen freiwilliger Spenden gänzlich abhängig geblieben wären.

Das erste Schuljahr war kaum geschlossen, als der Weltkrieg ausbrach. Die dauernde Organisation der hebräischen Erziehung in Palästina schien damals nicht in Frage zu kommen. Die Mittel der Zionistischen Organisation wuchsen aber rasch dank dem politischen Erfolg der zionistischen Idee, und da diese für andere konstruktive Aufgaben nicht verwendet wurden oder werden konnten, erhielten die Schulen den Löwenanteil. Die Wirkung dieses unerwarteten Geldstromes vor Feststellung von Plänen für dauernde Verwaltung des Schulsystems veranlaßte diejenigen, welche die Schulen leiteten, zur Einleitung eines hastig und schlecht durchdachten Systems eiliger Expansion, welches nicht nur in der Eröffnung neuer Schulen, sondern auch in der Uebernahme so ziemlich der ganzen finanziellen Verantwortlichkeit für die Schulen, die früher von anderen Gesellschaften erhalten wurden, unter der Bedingung, daß Hebräisch die Unterrichtssprache werde, Ausdruck fand.

Das Schulbudget wuchs dementsprechend gewaltig, bevor noch irgend eine Einwanderung begonnen hatte. 1917/1918 betrug das Gesamtbudget Pfund 20.186, im Schuljahr 1918/1919 Pfd. 75.923, im Schuljahre 1919/1920 Pfund 107.335. Zu diesem Budget trugen die Palästinenser im Schuljahr 1918/1919 7041 Pfund und im Schuljahr 1919/1920 Pfund 9254 bei. Das für 1920/1921 vorbereitete Budget beläuft sich auf 120.000 Pfund, wozu die Zionistische Organisation anschlaggemäß Pfund 100.000 beitragen sollte. So wurde die Erziehung die stärkste einzelne Ausgabspost der Zionistischen Organisation in Palästina. Mehr als ein Drittel des gesamten zionistischen Budgets wurde für Schulen aufgewendet, anderthalb mal so viel wie für landwirtschaftliche Ansiedlungen.

Bisher hat die palästinensische Regierung für jüdische Erziehungszwecke nichts geleistet. Als die Frage zuerst zur Beratung kam, bestand eine gewisse Neigung, Regierungsleistungen für die hebräischen Schulen auszuschließen, weil diese Schulen privaten Charakter hätten. Vor kurzem erst beschloß die Verwaltung jedoch, für die hebräische Schulen eine jährliche Subvention von 2000 Pfund zu gewähren. Obgleich dieser Beitrag kaum dem entspricht, was die jüdische Bevölkerung gemäß ihrer Zahl von dem allgemeinen Erziehungsbudget der Regierung zu fordern berechtigt ist und zu klein ist, um einen nennenswerten praktischen Wert zu haben, ist doch die Anerkennung des öffentlichen Charakters der hebräischen Schulen als eine Prinzipienfrage von großer Bedeutung.

Die Verwaltung des Schulsystems untersteht derzeit einem von der Zionist Commission ernannten Schuldirektor. Das Schulbudget wird von dem Waad hachinuch vorbereitet, der jetzt aus neun Personen besteht und zwar aus drei Vertretern der palästinensischen Judenheit, drei Vertretern der Zionist Commission und dreien der Lehrerorganisation. Die oberste Kontrolle des Budgets liegt aber jetzt bei der Zionist Commission.

Nach dem Bericht der Zionist Commission gab es in den Schulen 11.843 Schüler und 602 Lehrer. 484 Lehrer waren hauptberuflich beschäftigt, während 118 teils von der Schulverwaltung und teils von anderen Institutionen beschäftigt waren.

In den 11.843 Schülern sind 2974 Zöglinge der Kindergärten inbegriffen: 588 Erwachsene in Abendkursen; 1334 Kinder in den von uns in Damaskus, Sidon und Beirut mit einem Aufwand von mehr als Pfund ägypt. 5000 pro Jahr erhaltenen Schulen und Kindergärten und 347 Frauen und Mädchen in den Nähschulen, die neben dem hebräischen Erziehungswerk auf Kosten des Joint Distribution Committe erhalten werden. Diese Ziffern umfassen auch die Schüler in den von uns in Jerusalem, Jaffa und Haifa mit einem Aufwand von mehr als Pfund ägypt. 1800 pro Jahr erhaltenen Musikschulen, obgleich die meisten dieser Schüler auch in andere Schulen gehen. Daher beläuft sich die wirkliche Zahl der Schüler in den Schulen in Palästina wahrscheinlich auf nicht mehr als 9400.

Es war nicht unsere Aufgabe, den kulturellen Wert unserer Erziehungarbeit zu untersuchen. Wir hatten nur mit der finanziellen und Verwaltungsorganisation des Schulsystems und mit den Funktionen zu tun, die unsere Schulen in dem allgemeinen Plane des Aufbaus Palästina zu erfüllen haben. Es war unsere Aufgabe zu prüfen, wie die Bedürfnisse der Schulen am besten mit den an die Zionistische Organisation gestellten Forderungen, konstruktive Kolonisation zu fördern und großzügige Einwanderung binnen kurzer Zeit möglich zu machen, vereinbart werden könnten. Wir hatten zu prüfen, ob die Schulen nach dem derzeitigen Stande auf gesunder Verwaltungsbasis und auf sicherer wirtschaftlicher Grundlage stünden und ob die Zionistische Organisation als solche in der Lage sei, dauernd über ein Drittel ihres Budgets für Erziehung auszugeben. Wir hatten zu prüfen, inwiefern die Schulen geeignet seien, die neue Generation dazu zu erziehen, ihren Anteil am Aufbau der nationalen Heimstätte zu nehmen, inwiefern das Schulsystem den praktischen Bedürfnissen des modernen palästinensischen Lebens angemessen sei. Wir hatten zu prüfen, ob der Jischuw nicht nur für die finanzielle, sondern auch für die praktische Organisation der Schularbeit genügend Verantwortung trug, ob die palästinensischen Eltern in die Ausbildung ihrer eigenen Kinder auch entsprechend hineinzureden haben.

Bei all unseren Erwägungen übersahen wir niemals den gewaltigen nationalen Wert, den unsere Schulen bei der Hebräisierung von Erez Israel hatten. Wir stellten niemals die Rolle in Frage, die ein starkes nationales Schulsystem in Palästina für die hebräische Renaissance spielen soll. Aber nichtsdestoweniger scheuten wir uns nicht zu prüfen, ob unsere Schulen auf gesunder und sicherer Grundlage stehen oder ob sie bei ihrer derzeitigen Verwaltung eine unnötige Last für die Zionistische Organisation bedeuten.

Wir müssen gestehen, daß wir das Schulsystem nicht in all seinen Teilen für sekrosankt ansahen und daß wir es auch nicht für unrecht hielten zu erwägen, ob nicht im wohlverstandenen Interesse unserer Sache Ersparnisse und selbst Reduktionen durchgeführt werden könnten. Wenn wir junge, kühne jüdische Pionniere — Männer und Frauen — sahen, die aus weiter Ferne gekommen waren, bei Tage mit großem Eifer und Begeisterung an den Straßen arbeiteten und nachts unter Zelten auf bloßer Erde schliefen, und wenn wir begriffen, daß wir nicht genügend Mittel hatten, um sie auch nur mit den primitivsten Wohnungen zu versorgen, obgleich die feuchte Jahreszeit nahte, konnten wir nicht glauben, daß die Erhaltung von drei Musikschulen und anderer Zweigen des Schulbudgets mehr im nationalen Interesse sei als die Sicherung der Gesundheit und des Wohlbefindens dieser jungen Männer und Frauen.

Wir überzeugten uns ferner, daß Aenderungen in der Verwaltung eingeführt werden können, die nicht nur beträchtliche Ersparnisse bedeuten sondern ebenso den Charakter der Arbeit verbessern würden. Die Schulen sind selbst in den Städten klein und demnach gibt es unnötig viel Parallelklassen. Die oberen Klassen in Jerusalem und anderen Städten haben in manchen Fällen nur zehn Schüler und können leicht und mit Vorteil verschmolzen werden. Die sachverständigen Beobachter sind einig darin, daß die Gründung zentraler Schulen in den wichtigeren Städten bedeutende Ersparnisse mit sich bringen würden. Auch die höheren Schulen könnten vorteilhafterweise vereinigt werden. Jetzt besteht ein Gymnasium in Jaffa, eines in Jerusalem und eine Hochschule in Haifa. In Jerusalem gibt es zwei Lehrerseminare, ein allgemeines und eines des Misrachi, und ein Lehrerinnenseminar in Jaffa.

Bei einem Budget von Pfund 125.000 wurden eigentlich keine Bibliotheken geschaffen. Abgesehen von einem Mathematik-Lehrgang und einem hebräischen Elementarlehrbuch wurden keinerlei Schulbücher geschaffen, obgleich sie die Aufgabe sowohl der Lehrer als auch der Schüler sehr vereinfacht und erleichtert hätten. Die Lehrer sind gezwungen, ihre Vorträge auf europäische Schulbücher zu gründen, mit denen sie vertraut sind. So lernt man aus Büchern, ohne sie zu haben. Die Vorbereitung der Unterrichtsstunden ist wegen des Mangels an Büchern unnötig mühsam. In der Klasse müssen sich die Lehrer eng an ihre Notizen halten, da sie fürchten, die Kinder könnten in ihren Heften nicht alles wesentliche festhalten. Dadurch werden die Vorträge gezwungen und langweilig, der Lehrbetrieb wird für Lehrer und Schüler gleich schwierig und die Individualität beider wird erstickt. Die Entwicklung von Bibliotheken und Schulbüchern wäre nicht nur eine finanzielle Ersparnis, sondern auch vom ausgesprochen erzieherischen Gesichtspunkt ein bedeutender Fortschritt.

Es ist sehr zu bedauern, daß während der letzten Jahre, obgleich die Zionistische Organisation einen so unverhältnismäßig großen Teil ihrer Mittel Erziehungszwecken widmen konnte, das Schulsystem nicht auf dauernde und wirtschaftliche Basis gestellt wurde. Aber selbst wenn die vorgeschlagenen Verbesserungen und Ersparnisse durchgeführt würden, könnte die Organisation unserer Meinung nach mit Rücksicht auf die gebieterische Forderung nach wachsender Einwanderung und konstruktiver Siedlung den Großteil der finanziellen Lasten unserer Erziehungsarbeit nicht dauernd tragen. Das wird offenbar wenn man beachtet, daß wenn die Einwanderung steigt, das für Erziehungszwecke erforderliche Budget notwendigermaßen gleichfalls steigen wird. Wenn die Organisation weiterhin der Erziehung denselben Anteil an ihrem Budget einräumen soll wie bisher, so wären für andere als für Schulzwecke keine Gelder verfügbar und die Möglichkeit technischer Fortbildung und Universitätserziehung wäre gänzlich ausgeschlossen.

Ebenso scheint es uns sehr bedauerlich, daß während der Zeit, in der die Organisation tatsächlich das ganze Erziehungsbudget trug, so wenig getan wurde, um die Schulen den praktischen Bedürfnissen des palästinensischen Lebens anzupassen. Außer Nähen und Spitzenarbeiten für Mädchen gab es kaum irgendwelchen Unterricht praktischer Natur, der die Kinder an den Boden fesseln und sie instand setzen konnte, ihren Unterhalt im Lande zu erwerben. Die Kinder wurden größtenteils geistigen Interessen zugewendet, die mit den wirtschaftlichen Erfordernissen des palästinensischen Lebens nichts zu tun haben. Es gab keine technische Erziehung, keinen Handarbeitsunterricht und eigentlich auch keinen Unterricht für die Arbeiten in den Farmen. Das ganze Erziehungssystem scheint oberflächlich nach europäischen Mustern gemodelt zu sein und die besten Schüler lernen, lieber eine Universitätslaufbahn im Auslande zu suchen als einen nützlichen Anteil am Aufbau des jüdischen nationalen Heimes zu erstreben. Es ist ferner ein System, bei dem die palästinensischen Eltern fühlen, daß ihnen jeder Einfluß auf das Leben ihrer Kinder genommen wird und von dem sie höchst unbefriedigt sind.

Vielleicht ist es dieser Empfindung zuzuschreiben, daß es in einem gewissen Maße gelungen ist, den Jischuw zu reichlicheren Leistungen für die Schulen zu veranlassen. Jedenfalls ist eine feststehende Tatsache bei dem bestehenden Schulsystem der geringe Beitrag, den der Jischuw für die Erhaltung seiner eigenen Schulen leistet. Kein wohlinformierter Zionist erwartet, daß die hebräischen Schulen im Handumdrehen von auswärtiger Unterstützung unabhängig gemacht werden können, und keiner würde auch die Gewährung eines begrenzten Maßes von Hilfeleistung für eine gewisse Zeit hinaus ablehnen. Aber jeder wird zugeben, daß der Jischuw, soweit es im Rahmen seiner nationalen Mittel möglich ist, weitestgehende Verantwortung für die Erhaltung seiner Schulen übernehmen soll.

Der heutige Jischuw kann eine viel größere finanzielle Verantwortung für das Schulbudget übernehmen als es der Fall ist. Nehmen wir zum Beispiel den Fall von Petach Tikwah. Petach Tikwah wurde 1878 gegründet und ist heute die größte jüdische Kolonie in Palästina. Ihre Bevölkerung beziffert sich auf 3300. Sie hat 15.000 Dunam Land an Orangengärten und Trockenpflanzungen unter Anbau. Ihr Schulbudget für 1919/20 betrug Pfund ägypt. 5000. Dazu steuerten die Ansiedler von Petach Tikwah nur Pfund 134 außer dem freien Gebrauch ihres Schulhauses bei. Aehnlich ist der Fall von Rechoboth. 1890 gegründet, hat diese Kolonie eine Bevölkerung von 1000 Seelen und eine Anbaufläche von Trockenpflanzungen und Orangengärten von 1100 Dunam. Ihr Schulbudget für 1919/20 war Pfund 1644, wozu die Gemeinde Rechoboth nur Pfund 300 beitrug. Ebenso betrugen in Rischon le Zion, der ältesten 1882 gegründeten jüdischen Kolonie, die heute eine Bevölkerung von 1500 Seelen und eine angebaute Fläche von 19.000 Dunam hat und die größten Weinkellereien in der Welt besitzt, die Kosten der Schulen 1919/20 2711 Pfund, wozu die Kolonisten 450 Pfund beitrugen.

Daß die palästinensische Bevölkerung eine so unverhältnismäßig kleine Last trägt, kann verschiedenen Ursachen zugeschrieben werden. Zum Teil ist es der Schwäche der Schulverwaltung bei der Eintreibung von Schulgeldern und Gemeindebeiträgen zu verdanken, zum Teil der Tatsache, daß die wohlhabenden Kolonisten nicht einen angemessenen Teil der Erziehungskosten tragen, weil die lokalen Schuleinnahmen aus Schulgeldern stammen, nicht aber aus Beiträgen der Mitglieder der jüdischen Gemeinde im Verhältnis zu ihrem Besitz. Zum Teil kann man es auch einem Mangel an Verantwortungsgefühl zuschreiben, das durch das Gefühl erzeugt wird, daß das reiche Ausland die Rechnung bezahlt und daß die Schulen außerhalb des Einflusses der palästinensischen Eltern und ihnen gleichgültig sind.

Nach sorgfältiger Untersuchung kamen wir zu der Ansicht, daß die Zionistische Organisation dem Jischuw einen schlechten Dienst erweisen würde, wenn sie die patriarchalische Rolle, die sie bisher mit Bezug auf die Erziehung in Palästina spielte, auch weiter behalten würde. Es ist für die Organisation notwendig, sich auf ihre Aufgabe der Kolonisation und Ansiedlung zu konzentrieren. Die Juden Palästinas sollen angeleitet werden, nicht nur einen größeren Anteil an der finanziellen Last, sondern an der wirklichen Verwaltung der Schulen zu übernehmen als bisher. So versuchten wir den Weg zu finden, um das Erziehungssystem zu stärken und zu stabilisieren und es den Bedürfnissen des Landes anzupassen, gleichzeitig aber den Einfluß und die Verantwortung der Bevölkerung deutlicher zu machen.

Eine Kombination verschiedener Umstände und Erwägungen führte uns zu dem Beschlusse, daß die Schulen dem Waad haleumi, dem ständigen Organ der Assefath haniwcharim (der gewählten jüdischen Versammlung) anvertraut werden sollen. Dies würde unserer Meinung nach die beste Garantie für die Erhaltung des nationalen Charakters unserer hebräischen Schulen bedeuten. Unsere Meinung, daß der Waad haleumi die richtige Körperschaft sei, die Verantwortung für die Erziehungsarbeit zu übernehmen, wurde durch die erste Aussprache, die wir mit seiner Exekutive hatten, bestärkt.

Wir waren gefaßt darauf, Widerstände gegen die Reorganisations-Kommission in Palästina zu finden. Das Land war gegen die Exekutive der Zionistischen Organisation aufgereizt worden. Diese Stimmung war durch die einseitigen Berichte über die Jahreskonferenz in London noch verschärft worden. Man sagte, die Reorganisations-Kommission würde nicht aus eigenem handeln, sondern im voraus durch Instruktionen aus Amerika gebunden sein; die Kommission komme nur um zu zerstören und mit den nationalen Errungenschaften aufzuräumen. Gerüchte gingen um, es würden Beamte entlassen, Kwuzoth aufgelöst, die Einwanderung gänzlich eingestellt und finanzielle Kontrolle eingeführt werden.

Wir müssen aber gestehen, daß die Gegnerschaft, gegen die Reorganisations-Kommission, die sich bei unserer ersten Zusammenkunft mit der Exekutive des Waad haleumi zeigte, alle unsere Erwartungen übertraf. Man wetteiferte uns zu beleidigen, soviel man nur konnte. Man schien zu glauben, daß die Zionistische Organisation nichts ohne die Zustimmung des Waad haleumi tun könne. Trotz unserer Bemühungen, die Diskussion wieder auf die Frage zu bringen, mit der wir uns ausschließlich zu befassen hatten — die Maßnahmen in der augenblicklichen Finanzkrise — gelang es uns nur von allen Seiten die emphatische Erklärung zu erlangen, daß die palästinensischen Juden die Sammlung der nötigen Fonds besser durchgeführt haben würden.

Unsere Zusammenkunft mit der Exekutive des Waad haleumi überzeugte uns, daß es höchst falsch sei, daß eine Körperschaft wie der Waad haleumi, die mit so großer Heftigkeit darüber sprach, was in zionistischen Angelegenheiten geschehen oder nicht geschehen solle, keinen wichtigen Anteil an unserer Arbeit und überhaupt keine finanzielle Verantwortlichkeit hat. Der Waad haleumi muß eine Aufgabe zu lösen und eine Verantwortung zu tragen haben und wir sehen keine größere und angemessenere Aufgabe und Verantwortlichkeit für ihn, als die Leitung der hebräischen Schulen.

Wir formulierten unsere Vorschläge wie folgt:

1. Der Waad haleumi in Zusammenarbeit mit dem Waad hachinuch und lokalen Subkomitees soll das Schulsystem übernehmen.

2. Mit Billigung der Zionistischen Exekutive soll ein hebräischer Schulverein in Palästina durch den Waad haleumi gegründet werden. dieser Verein soll seine Mittel hauptsächlich durch feste jährliche Mitgliedsbeiträge in der ganzen Welt aufbringen. Die Methode der Organisation und Propaganda für diesen Fonds soll mit der Zionistischen Organisation derart vereinbart werden, daß Störungen der Arbeit des Keren Hajessod vermieden werden. Komitees, Logen und andere jüdische Institutionen, die an der Wiederbelebung der hebräischen Sprache interessiert sind, sollen angegangen werden. Beträchtliche Summen können zweifellos auf diesem Wege aufgebracht werden, ohne daß durch die Aufbringung die Arbeiten der Zionistischen Organisation gestört oder geschädigt werden.

Dieser Verein würde ein starkes Band zwischen dem Jischuw und den Juden und jüdischen Gemeinden in der ganzen Welt bilden. Sein Ruf soll auch dorthin dringen, wohin die Zionistische Organisation nicht reicht. Es soll wachsende Begeisterung für die Wiederbelebung des Hebräischen erwecken.

Durch die festen Mitgliedsbeiträge dieses Vereines wäre es möglich, für die Schulen stabile jährliche Einkünfte zu sichern, die jedenfalls schwankenden Einnahmen aus Spenden oder unsicheren Subventionen der Zionistischen Organisation vorzuziehen wären. Denn nur durch feste Jahresbeiträge kann eine finanzielle Basis geschaffen werden, die es möglich machen würde, Fonds für die Errichtung von Schulgebäuden zu schaffen, die als Ersatz für die gesundheitswidrigen Gebäude, die heute zu sehr hohen Preisen gemietet sind, so dringend nötig sind. Die Errichtung dieser neuen Gebäude würde die Verschmelzung einer Anzahl der kleineren Schulen zulassen und eine beträchtliche Ermäßigung der administrativen Kosten möglich machen.

3. Im Zusammenhang mit der Vereinbarung würde die Zionistische Organisation für das laufende Jahr eine monatliche Subvention für Erziehungsarbeit in der Höhe von 7941 Pfund gewähren; abgesehen von ihrer Verpflichtung in der Höhe von 8431 £ für Gehaltserhöhungen pro Oktober, November und Dezember 1920. Diese Subvention würde durch eine Erhöhung der Schuleinnahmen nicht beeinflußt. Im September 1921 soll die Subvention um mindestens 50 Prozent herabgesetzt und in den folgenden Jahren sollen weitere Herabsetzungen durchgeführt werden. Die Organisation soll das Recht behalten, an ihre Subvention Bedingungen zu knüpfen, die die Bedürfnisse technischer und handwerklicher Erziehung betreffen. Die Höhe der Subvention für die nächstfolgenden Jahre soll vor dem April 1921 bestimmt werden.

Wir erklären dem Waad haleumi, daß die Zionistische Organisation keine Verpflichtung und Verantwortung über diese zugesagten Subventionen hinaus übernehmen könne. Wir betonen besonders, daß wir den Lehrern gegenüber nach Ablauf ihrer jetzigen Verträge frei von Verpflichtungen sein wollten und daß unser Erziehungsdepartement mit dem 30. September 1921 aufhören würde zu bestehen, gleichgültig ob der von uns vorgeschlagene hebräische Schulverein in Palästina gegründet wäre oder nicht.

Diese Vorschläge wurden der Exekutive des Waad haleumi vorgelegt, der zu keiner Entscheidung kommen konnte, ohne die Frage einer Plenarsitzung des Waad haleumi vorzulegen. Plötzlich schien die Exekutive des Waad haleumi ihre Haltung zu ändern; die Schwäche des Waad haleumi und sein unbestimmter Charakter wurden als Gründe gegen unsere Vorschläge ins Treffen geführt. Man war bestrebt, die Entscheidung hinauszuschieben. Demnach hatten wir zu erklären, daß die Vorschläge das Maximum an Subventionen darstellen, die gewährt werden würden.

Wir sind fest überzeugt, daß unsere Arbeit nur dadurch auf eine gesunde und sichere Basis gestellt werden kann, daß die Schulen dem Jischuw anvertraut und ein besonderer hebräischer Schulverein in Palästina gegründet wird. Wenn dieser Weg nicht eingeschlagen wird, so wird ein immer wachsender Teil zionistischer Gelder verwendet werden müssen, um die Erziehungsbedürfnisse des bestehenden Jischuw zu befriedigen, und im gleichen Verhältnis wird Einwanderung und Ansiedlung verzögert werden.

Kapitel 7.

Die Struktur der Zionistischen Organisation und ihre Institutionen in Palästina.

Es ist jetzt vielleicht zweckmäßig, den Aufbau der Arbeit der Zionistischen Organisation in Palästina einschließlich der von ihr geschaffenen Institutionen, die am Aufbau eines jüdischen Palästina mitarbeiten sollen, zusammenzufassen.

I. Auflassung der Zionist Commission.

Die Zionist Commission als solche hat sich überlebt. Mit der Errichtung einer Zivilverwaltung, deren Aufgabe es ist, unter dem Mandat des Völkerbundes an der Errichtung der jüdischen Heimstätte mitzuwirken, war ihre Arbeit beendet. Für die neuen konstruktiven Aufgaben hat sich die Kommission als unfähig und ungeeignet gezeigt.

Bis zu einem sehr hohen Grade muß die Arbeit der Kommission gänzlich liquidiert werden. Trotz der auf Drängen der Londoner Exekutive im vergangenen Herbst durchgeführten Herabsetzung des Beamtenstandes hat die Kommission noch viel zu viel Beamte. Die Vielheit ihrer Departements und die Desorganisation ihrer inneren Leitung darf zweckmäßigerweise nicht in einen neuen Verwaltungsapparat übertragen werden. Der Mangel finanzieller Kontrolle und ihre Vernachlässigung budgetmäßiger Methoden würde jeder Organisation verhängnisvoll werden.

Die Arbeit der Kommission, soweit sie von der Zionistischen Exekutive übernommen wird, muß vereinfacht und besser geregelt werden. Die administrative Selbständigkeit der verschiedenen Departements muß fallen und ein zentrales Buchhaltungssystem muß eingeführt werden. Der Schatzmeister muß der Exekutive direkt verantwortlich dafür sein, daß alle Ausgaben innerhalb der Grenzen des Budgets und für die darin spezifizierten Zwecke gemacht werden. Das technische, statistische, juristische, allgemeine und das Landdepartement sowie das Bureau in Kairo sind sofort aufzulassen; das Erziehungsdepartement im September 1921.

Während die Kommission derzeit zu viel Beamte mit zu geringen Gehältern hat, besteht Bedarf an Leuten von geschulter Intelligenz und technischer Geschicklichkeit.

II. Ein kleines Exekutivsekretariat.

Unserer Meinung nach muß die Arbeit der Zionistischen Organisation in Palästina der Zionistischen Exekutive direkt unterstehen, die an der Leitung und Regelung unserer palästinensischer Arbeit aktiv teilnehmen muß. Die Fortdauer einer gesonderten Körperschaft gleich der Kommission in irgend einer Form würde zu unerwünschter Verwischung der Verantwortlichkeit führen. Der Schatzmeister in Palästina muß für alle Auslagen der Exekutive und niemand sonst verantwortlich sein. Die Arbeit der Exekutive soll in einem kleinen Exekutivsekretariat konzentriert und von ihm geregelt werden. Diesem Sekretariat sollte so viel als möglich von der jetzt in London geleisteten Arbeit einschließlich der Arbeit der Presse, Propaganda und Organisation übertragen werden.

Die Arbeit des Exekutivsekretariats würde umfassen:

a) Einwanderungs- und Arbeitsbureau,
b) landwirtschaftliche Versuchstätigkeit einschließlich technischen Rates und Beistandes für Ansiedler,
c) Information und Presse,
d) Organisation und Propaganda (d. i. innere Beziehungen der Zionistischen Exekutive zu den Landes- und Sonderverbänden).

III. Wirtschaftliche Institutionen.

Es ist unzulässig, produktive und unproduktive Auslagen zu vermengen wie dies bisher üblich war. Die Zionistische Organisation ist nicht in der Lage, sich direkt auf großzügige wirtschaftliche Tätigkeiten einzulassen; ihre Aufgabe ist die Leitung, Regelung und Kontrolle dieser Tätigkeiten. Institutionen in angemessener Form und unter geeigneter Kontrolle müssen mit der wirklichen Durchführung unserer wirtschaftlichen Aufgaben betraut werden. Die Institutionen, die uns von höchster Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufbau zu sein scheinen, sind die folgenden:

a) Allgemeine Kreditbank: Anglo Palestine Company,
b) Städtische Hypothekenbank,
c) Ländliche Hypothekenbank,
d) Landwirtschaftliche Genossenschaftsbanken,
e) Landwirtschaftlicher Ausrüstungsfonds,
f) Darlehensfonds für Handwerker und kleine Industrielle,
g) Arbeiterbank,
h) Arbeiterausrüstungsfonds,
i) Großeinkaufsgenossenschaft,
j) Zentrale Landerwerbsstelle,
k) Jüdischer Nationalfonds (das Hauptbureau soll vom Haag nach Palästina verlegt werden),
l) Studiengesellschaft.

Jede dieser Institutionen soll eine klare und gesonderte Einheit bilden. Es soll in jedem Falle angemessene zionistische Kontrolle der Geschäftsführung und zionistische Vertretung im Direktorium jeder Institution bestehen. Die Gouverneure sollen ausschließlich nach ihren Fähigkeiten für

ihre besonderen Aufgaben gewählt werden. Die Bestimmung grundsätzlicher Richtlinien verbleibt der Exekutive und nicht den Gouverneuren. Demgemäß sollen politische Erwägungen die Ernennung der Gouverneure nicht beeinflußen dürfen.

Die von der Zionistischen Exekutive für die verschiedenen Institutionen ernannten Gouverneure sollen eine Beratungskörperschaft bilden. Die in Palästina wohnenden Mitglieder der Zionistischen Exekutive sollen an deren Verhandlungen ex officio teilnehmen. Die Mitglieder der Beratungskörperschaft sollen einander über ihre gemeinsamen Fragen beraten und der Exekutive in wirtschaftlichen Fragen zur Seite stehen. Für die Leitung ihrer Aemter bleiben sie der Exekutive direkt verantwortlich.

Kein noch so gesunder Plan kann von selbst funktionieren. Es wird konstruktive Fähigkeit nötig sein, um unsere Vorschläge durchzuführen, und allgemeines Vertrauen, um sie zu beleben. Wir waren bestrebt, die Probleme der Zionistischen Organisation in Palästina und die Wege, auf denen ihre Lösung angebahnt werden könnte, anzudeuten. Das hier dargelegte Programm soll nur dann befolgt werden, wenn jene, die es durchzuführen haben, ihm vertrauen und zu seiner Unterstützung die durchgebildete Intelligenz und den guten Willen mitbringen, die nötig sind, ihm Leben und Wert zu geben.

Beilage.

Budgetaufstellung für Palästina.

Bei ihrer Ankunft erhielt die Reorganisations-Kommission eine Aufstellung vorgelegt, die zeigte, daß während des Monates Oktober ein Betrag von £ ägypt. 9580.— über die Eingänge und über die Bewilligungen von London hinaus ausgegeben worden waren. Das Defizit war aus anvertrauten Fonds gedeckt worden, insbesondere aus Nationalfondsgeldern.

Diese Defizite sollten von London übernommen werden, ebenso wie die früheren Defizite im August 1920 von London übernommenen oder gedeckt worden waren. Dies sei notwendig, um eine mehr oder weniger klare Rechnungslage in Palästina herzustellen.

Für den Monat November legte uns die Zionist Commission ein Budget von £ ägypt. 34.739.— zuzüglich £ ägypt. 5500.— als Teilabstattung für das Oktoberdefizit vor. Es kam jedoch bald zutage, daß der Geldbedarf tatsächlich höher war als der Voranschlag. In der Ziffer von £ ägypt. 34.739.— befand sich ein Posten für Erziehung von £ ägypt. 9500.—. Aber das von dem Erziehungs-Departement vorgelegte Gesamtbudget für November belief sich auf £ ägypt. 11.079.—. Das für die Einwanderung vorgeschlagene Budget von £ ägypt. 3000.— war offenkundig unter den Bedürfnissen auf Grundlage der Annahmen der Kommission selbst. Es enthielt zum Beispiel keinen Anschlag für Proviant, die im Immigrationsbudget vorgesehene Zahl der Einwanderer war niedriger als die der Immigranten, die als bereits unterwegs avisiert waren und die Zeit, für die veranschlagt war, daß sie erhalten werden müßten, war kürzer als die bisherige Erfahrung gelehrt hatte. Tatsächlich wurde der Betrag von £ ägypt. 3000.— dann im November weit überschritten.

Die Erörterung ergab bald die Tatsache, daß ein richtiges System für die Aufstellung des Budgets nicht üblich war. Die sogenannten Budgets bestanden bloß aus den für jeden Monat veranschlagten Barauslagen. Es gab keine richtige Aufstellung für die Kapitalsunkosten und Verbindlichkeiten wurden überhaupt nicht angeführt. Das Monatsbudget für Erziehung zum Beispiel wurde dem Betrage gleichgesetzt, der von Monat zu Monat für Gehälter und sonstige Auslagen zu bezahlen war, man berücksichtigte aber keine Verzinsung des angelegten Kapitals, und auf Grund dieser Unterlassung wurde es unter anderem später begreiflich, wieso das Erziehungsdepartement annahm, daß die Exekutive in London ein viel größeres Budget bewilligt hatte als wirklich der Fall war. Aehnlich war die Lage im landwirtschaftlichen Departement, wie der Text unseres Berichtes zeigt. Die in London autorisierten Budgets für die verschiedenen Departements wurden in Jerusalem unbeachtet gelassen. Als Illustration hiefür mag die Tatsache erwähnt werden, daß, obgleich seit einiger Zeit von London £ ägypt. 1000.— monatlich für Universitätszwecke überwiesen waren, dieser Betrag für andere Zwecke verwendet und gleichzeitig Auslagen für die Universität der Zionistischen Organisation in London zur Last geschrieben wurden, als ob für diesen Zweck nichts zugewiesen worden war.

Darlehen wurden immer ohne Rücksicht auf das Budget gegeben. Dasselbe gilt für die Bezahlung von Schulden und es schien die Vorstellung zu herrschen, daß Verpflichtungen von Zeit zu Zeit eingegangen werden und, wenn der Zahlungstermin kam, als Schulden behandelt werden könnten, die außer dem genehmigten Budget zu bezahlen seien. Die Kommission kaufte Materialien, ohne sie zu budgetieren. So hatte man ohne Genehmigung von London zum Beispiel eine Anleihe bei der ägyptischen Föderation aufgenommen, um Röhren zu kaufen, die man nicht benötigte; für diese Röhren mußte man Spesen bezahlen und man erzählte der Reorganisationskommission, daß der Ankauf durchgeführt wurde, weil es eine besonders günstige Gelegenheit gewesen sei, die man nicht hätte vorübergehen lassen dürfen. Doch fand sich für die Röhren keine Verwendung und als der Auftrag gegeben wurde, sie zu verkaufen, war kein Käufer zu finden und es war bisher nicht möglich, die Röhren zu verkaufen, obgleich die Anleihe inzwischen hätte zurückgezahlt werden sollen und das Geld für andere Zwecke sehr dringend benötigt wird.

Im November war die Reorganisations-Kommission nicht in der Lage mehr zu tun, als den Maximalbetrag des Budgets zu fixieren und kleinere Aenderungen in den Voranschlägen der Zionist Commission vorzunehmen. Vom Dezember ab strebte sie aber, das Budget möglichst im Detail zu bestimmen. Sie hielt sich an die Hauptrichtlinie, daß unproduktive Ausgaben so weit als möglich ausgeschaltet und Auslagen für bestehende Unternehmungen auf das nötigste Minimum reduziert werden sollten, um alle verfügbaren Mittel auf die konstruktive Arbeit dauernder Ansiedlung zu konzentrieren. Doch gab es in allen Fällen feste rechtliche Verpflichtungen und daher mußte die Reorganisationskommission höhere Auslagen bewilligen als sie sonst getan hätte.

Das von der Reorganisations-Kommission festgesetzte Erziehungsbudget ist bloß ein Kassabudget. Das heißt, es sieht bloß vor, daß ein Betrag von £ ägypt. 7941.— monatlich nach Palästina überwiesen werden soll. Diese Ziffer wurde festgestellt, indem zu dem früher von London bewilligten Betrag die Zuschläge kamen, die von der Exekutive unmittelbar nach der Jahreskonferenz bewilligt wurden; ein Teil der veranschlagten Steigerung der Schulgelder wurde bei der Feststellung der Summe in Rechnung gezogen. Das Erziehungsdepartement hatte Verpflichtungen über diese Ziffer hinaus in der irrigen Meinung eingegangen, daß von der Exekutive ein höherer Betrag bewilligt worden war. Daher wurde vereinbart, daß das Erziehungsdepartement, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, das Recht haben sollte, alle erhöhten Schulgelder und überhaupt gesammelte Gelder zu verwenden, es wurde aber angekündigt, daß die Beiträge aus Quellen der Zionistischen Organisation auf die Gesamtsumme von £ ägypt. 7941.— monatlich begrenzt würden. Außer dem laufenden Budget bestand eine Schuld an die Lehrer von £ ägypt 429.— auf Grund von Gehaltsabzügen für einen Pensionsfonds. Dieser Pensionsfonds wurde ein Jahr vorher auf Grundlage von Gehaltsabzügen errichtet. Die Zionist Commission hatte versprochen, einen gleichen Betrag aus zionistischen Fonds beizusteuern. Die Abzüge von den Lehrergehältern wurden auch tatsächlich vorgenommen. Das so erhaltene Geld wurde aber nicht nach vereinbarungsgemäß zur Seite gelegt, sondern für andere Zwecke verwendet. Daher war es erforderlich, daß wir außer dem ordentlichen Schulbudget noch £ ägypt 429.— vorsahen. Für die letzten drei Monate des Jahres war ferner den Lehrern von der Londoner Exekutive eine Gehaltserhöhung bestimmt versprochen worden und mit Rücksicht auf diese Zusage wurde vereinbart, diesen Betrag für die Lehrer in sechs Monatsraten ab April 1921 zuzuweisen.

Für das mit dem 1. Tischri 5682 beginnende Jahr wurde der Höchstbeitrag aus unserem Budget mit £ ägypt. 4108 monatlich festgesetzt, wie im Text des Berichtes dargelegt. Wir erklärten, daß dieser Betrag an Bedingungen geknüpft sei, die eine bessere Schulverwaltung sichern. Und um jedes Mißverständnis zu vermeiden, sei wiederholt, daß der Betrag von £ ägypt. 4108.— monatlich nicht als die Gesamtausgabe für Erziehungszwecke zu betrachten ist, sondern nur als unser Beitrag hiefür.

Das Landwirtschaftsbudget war eigentlich nicht im einzelnen ausgearbeitet, obgleich die der Jahreskonferenz vorgelegten Vorschläge, die eine Ausgabe von £ ägypt. 536.370 plus £ äg. 130.000 für je 1000 neue Einwanderer forderten, als Voranschlag betrachtet wurden. Trotz wiederholter Aufforderungen von London, detaillierte Budgets innerhalb der Grenzen unserer Mittel aufzustellen, sowohl für das Landwirtschaftsdeparement als auch für die andern, wurden der Exekutive keine Aufstellungen übermittelt. Doch informierte man die Reorganisations-Kommission, daß man infolge der durch die ständigen Defizite verursachten Unsicherheit genötigt sein würde, von Monat zu Monat ein neues Budget auszuarbeiten. Es ist klar, daß dieser Vorgang jede landwirtschaftliche Arbeit lahmlegen muß, aber die Schuld daran liegt nicht in London, sondern in Jerusalem, wo dauernd mehr ausgegeben als eingenommen wurde.

Das landwirtschaftliche Departement erklärte genau so wie jedes andere, daß das vorgelegte Budget das Minimum darstelle, das nicht mehr herabgesetzt werden könne. Die Reorganisations-Kommission nahm als Regel für ihr Vorgehen an, daß unsere landwirtschaftliche Siedlungsarbeit so weit als möglich auf Böden konzentriert werden sollte, die dem jüdischen Volk gehören. Daher hielt sie ohne wesentliche Aenderungen das für die sechs Nationalfonds-Farmen vorgeschlagene Budget aufrecht, obgleich es der Reorganisations-Kommission klar war, daß der ganze Plan und die Methoden, die sich in diesem Budget verkörperten, einen radikalen Wandel nach dem im Bericht selbst dargelegten Richtlinien erforderten. Aber es war unmöglich, diese durchgreifenden Aenderungen mit einem Male durchzuführen. Unter diesen Umständen wurde als Bedingung festgesetzt, daß der ganze Arbeitsplan für diese Farmen revidiert und für das nächste Jahr neue Vereinbarungen gemacht werden sollten. Alle rechtlichen Verpflichtungen wurden auch in diesem Falle voll berücksichtigt. Für das übrige wurden Reduktionen im wesentlichen nach folgenden Richtlinien durchgeführt:

a) Viele Gruppen arbeiteten auf privaten und in manchen Fällen auf nichtjüdischen Privatböden. Es wurde in jedem Falle geprüft, ob für die Fortsetzung der Ausgaben heute Gründe bestünden und wo dies wünschenswert schien, wurden Ausgaben in beschränktem Maßstabe und für begrenzte Zeit unter bestimmten Bedingungen bewilligt.

Im Falle von En Ganim und Akko hatten die Gruppen eigenes Geld investiert und daher schien es richtig, auch weiter einen bestimmten Beitrag in der erklärten Absicht zu leisten, daß durch diese Ausgabe die Gruppen nach dem Ende des Jahres selbständig werden würden. Wir hielten es für möglich, die in Jaffa arbeitenden Gruppen durch einen beschränkten Beitrag und durch Verschmelzung mit der Gruppe in En Ganim wirtschaftlich selbständig zu machen. Aus diesen Gründen wurde eine weitere Ausgabe für diese Gruppen sanktioniert. Im Falle der drei Gruppen in Ajeleth Haschachar, Machanajim und Birjeh wurde gleichfalls eine weitere Ausgabe sanktioniert, um die Gruppen instand zu setzen, mit der Jca zu einer Vereinbarung für die Zukunft zu kommen, der das Land gehört, auf dem sie arbeiten. In Tireh endete die Pacht mit Ende des Jahres und daher wurde der Beitrag bis zum Ablauf der Pacht bewilligt. Im Falle von Kalandiah (Eigentum der Palestine Land Development Company), wo derzeit keine Möglichkeit für eine dauernde selbständige Existenz für Ansidler ist, weil das Land in viele kleine Parzellen zerfällt, sollte die Subventionen ab Ende Februar eingestellt werden.

b) In mehreren Fällen hielten wir es für möglich, Dritte zu finden, von denen man verlangen konnte, die bisher von der Zionistischen Organisation getragenen Auslagen zu übernehmen. Dies gilt für Daganiah B und C, Nachlath Jehudah und die Terrassierung in Dilb. Diese Auslagen wurden vorbehaltlich der Genehmigung des Direktoriums vom Jüdischen Nationalfonds übernommen. Im Falle von Tel Adas wurde der Beitrag der Zionistischen Organisation in Form einer Anleihe an die Palestine Land Development Company fortgesetzt, zu deren Vorteil die Arbeit geleistet wurde. Die Auslagen für die Aufforstung in En Chaj wurden fortgesetzt unter der Bedingung, daß sie von der rumänischen Achusah Tikwath Israel ersetzt würden.

c) In vielen Fällen, besonders bezüglich der Aufforstung, wurden Auslagen begonnen, die zu Ende zu führen unmöglich oder nicht wünschenswert war und es wurde beschlossen, die Arbeit auf einmal einzustellen, bevor weitere Verluste entstünden.

Aus denselben wurden gewisse Arbeiten eingestellt, die unter Umständen wünschenswert wären, die von uns aber im Augenblick nicht geleistet werden können, wie die Tierarzneischulen und Kochschulen.

d) Dilb war ein großzügiges Experiment, bei dem der Grundsatz des „full equipment" angewendet werden sollte. Die Reorganisations-Kommission reduzierte den Umfang des Experimentes und sprach sich gegen die Anwendung des Systems des „full equipment" aus. Die bestehende Arbeit für die jetzige Gruppe wurde weiterzuführen beschlossen und ein Beitrag sanktioniert, der die Ansiedlung der bestehenden Gruppe auf Grund von im voraus festgestellten Kosten ermöglichen sollte. Auf Grund dieser Kosten sollten die Siedler gebrauchsfertiges Land und eine beschränkte Ausstattung erhalten, nicht aber Häuser, Ställe und dergleichen bekommen.

Man sieht, daß das Landwirtschaftsbudget wesentlich reduziert wurde. Es soll aber betont werden, daß die im beigeschlossenen Entwurf aufgestellten Zahlen von zwei Gesichtspunkten aus unvollständig sind. Zunächst muß eine einmalige Auslage von etwa £ ägypt. 2000.— hinzugefügt werden für die Ueberführung einer Anzahl von Arbeiterimmigranten von der Aufforstungsarbeit (hauptsächlich auf Privatböden) in Kwischim und andere Arbeiten. Zweitens werden die Ziffern mit Jahresende zweifellos in Zusammenhang mit der Vorbereitung von Arbeiten für das nächste Wirtschaftsjahr wesentlich wachsen, doch hängt dies von der Ausführung der im Berichte selbst angedeuteten Pläne ab. Es wird vielleicht möglich sein, zum Teil gewisse Ernteerträge gegen diese Ausgabenpost zu balanzieren, aber zweifellos werden doch weitere Ausgaben erforderlich sein. Bezüglich Dilb soll noch hinzugefügt werden, daß wir jetzt vom Landwirtschaftsdepartement informiert werden, daß sich gewisse Fehler eingeschlichen haben, obgleich wir alle Ziffern in Palästina mit diesem Departement berieten. Die Sache steht noch in Verhandlung.

Mit Rücksicht darauf, daß im Falle von dreizehn Gruppen endgültig bestimmt wurde, die Ausgaben mit Ende dieser Saison einzustellen, wird ersichtlich, daß die früher übernommenen Verpflichtungen liquidiert werden, um den Beginn neuer Bemühungen auf landwirtschaftlichem Gebiete zu ermöglichen. Der Weg zu diesen neuen Bestrebungen soll in hohem Maße durch die Arbeit der Versuchsstation gewiesen werden, für die eine bedeutende Zuwendung unter Zusage der Möglichkeit weiterer Erhöhungen erfolgte, wenn im Laufe des Jahres die Arbeit im Süden begonnen werden kann.

Wir haben aber nicht die Absicht, unsere landwirtschaftlichen Bestrebungen auf den durch die Budgetziffern angedeuteten Rahmen zu beschränken, die (mit den angedeuteten Ausnahmen) bloß als Liquidation der früheren Bestrebungen anzusehen sind. Das wirkliche Programm und Budget für konstruktive Landwirtschafts- und Kolonisationssiedlung soll nach den in unserem Bericht selbst angedeuteten Richtlinien ausgearbeitet werden und insbesondere wird man sich um die Organisation des landwirtschaftlichen Ausrüstungsfonds bemühen müssen. Doch wird nicht beabsichtigt, bei nächstbester Gelegenheit eine theoretische Anhäufung von Ziffern vorzulegen, die weit über die verfügbaren Mittel hinausgehen.

Das technische Departement sollte bis Ende Jänner finanziert werden, um begonnene Arbeiten zu beenden und dann aufgelassen werden. Das Departement als solches wird mit Ende Jänner 1921 aufhören zu existieren. Dieser Beschluß wurde gefaßt, da es der Reorganisations-Kommission scheint, die Arbeit könne im wesentlichen zweckmäßiger durchgeführt werden, wenn für die verschiedenen vorgesehenen Zwecke besondere Institutionen geschaffen werden. Die begrenzten, uns zur Verfügung stehenden Mittel waren auch ein Faktor, der stark für diesen Beschluß sprach.

Alle Subventionen werden eingestellt. Sie waren bereits auf Grund der Initiative der Londoner Exekutive stark reduziert worden. Während der Monate Dezember und Jänner wurden noch Beträge von je £ ägypt. 200.— als letzte Beiträge für den Mischpath Haschalom vorgesehen.

Für die Universitätsbibliothek wird ein Betrag von £ ägypt. 125.— monatlich bewilligt.

Die Verwaltungsauslagen einschließlich der Gehälter (die bisher in einer Post vereinigt waren, obgleich einzelne eigentlich dazu gehörige Posten in den Budgets der verschiedenen Departements angeführt waren, wodurch ein klarer Ueberblick der Gesamtkosten unmöglich wurde), werden in Hinkunft unter folgende Posten aufgeteilt:

1. Erziehung, 2. Landwirtschaft, 3. Einwanderung, 4. Finanzen, 5. Presse und nur der Rest (der größtenteils Auslagen in Verbindung mit dem Exekutivsekretariat umfaßt) wird als 6. allgemeine Verwaltung bezeichnet. Der Gesamtbetrag von je £ ägypt. 2600.— in der Aufstellung für Dezember und Jänner (der später auf £ ägypt. 2000.— und dann noch weiter reduziert wird), sollte eigentlich auf diese sechs Posten verteilt werden, aber die Einzelheiten waren von der Zionist Commission noch nicht ausgearbeitet worden.

Die Reorganisations-Kommission möchte diese Gelegenheit benützen, um zu betonen, wie erstaunt sie über die niedrigen Gehälter der Departements-Chefs mit vielleicht zwei oder drei Ausnahmen war. Die Höhe der Gehälter, besonders der verantwortlicheren Beamten ist äußerst gering und dies spricht laut für die persönliche Uninteressiertheit des Beamtenstabes. Wenn die Verwaltungsausgaben nichtsdestoweniger viel zu hoch sind, so liegt der Fehler nicht in den zu hohen Gehältern, sondern in der zu hohen Zahl der in einem schlecht organisierten Amt arbeitenden Beamten. Der überraschende Mangel an Ordnung besteht in der Angelegenheit der Rechnungslegung, worüber bereits im Berichte selbst referiert wurde. Trotz der dringenden Aufforderungen der Exekutive seit August 1920 konnte die Zionist Commission der Exekutive noch keine kompletten Ziffern über Aktiva und Passiva oder über Einnahmen und Ausgaben der Kommission als ganzes vorlegen, weil keine zentrale Buchführung besteht. Die Rechnungslegung ist nun in einem Departement vereinigt und es besteht die Hoffnung, daß komplette und richtige Ziffern bald zu haben sein werden, aber es werden noch einige Monate vergehen müssen, bevor der bisherige Mangel eines Systems völlig behoben ist.

Es wurde vereinbart, daß alle Einnahmen beim Schatzmeister eingezahlt werden müssen und daß der Schatzmeister allein berechtigt ist, Zahlungen zu leisten, sowie daß von der Kommission eingegangene Verpflichtungen vom Schatzmeister gegengezeichnet sein müssen, um Geltung zu erhalten. Der Schatzmeister ist beauftragt, eine komplette Buchführung aller Transaktionen und aller eingegangenen Verpflichtungen anzulegen, so daß es in Zukunft jeden Augenblick möglich sein soll, die Finanzlage der Kommission festzustellen. Der Schatzmeister wurde der Exekutive gegenüber verantwortlich gemacht darauf zu sehen, daß die Budgets nicht überschritten werden und man sich an beschlossene Verfügungen hält. Dritten gehörige Gelder und für bestimmte Zwecke zugewiesene Beträge hat der Schatzmeister von allen andern Geldern gesondert zu halten. Anvertraute Gelder werden dadurch geschützt sein. Alle Einnahmen in Palästina einschließlich Darlehensrückzahlungen und anderen Posten müssen, wenn sie nicht von der Londoner Exekutive für einen bestimmten Zweck zugewiesen sind, zu ihrer Verfügung gestellt und von dem Betrag in Abzug gebracht werden, der von London für das Budget überwiesen werden soll.

Der Schatzmeister wurde angewiesen, ein zentrales Buchhaltungsdepartement einzurichten und zu leiten, für eine Kontrolle der Rechnungen und nach Liquidierung sowie der Kontrakte und für die Anlegung der nötigen Statistiken Vorkehrungen zu treffen. Personal-Angelegenheiten wurden dem Schatzmeister unterstellt.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Beamten und der Departements vor und nach der Neuordnung durch die Reorganisations-Kommission·

Amtseinteilung der Zionist. Commission.

(Alle Ziffern sind approximativ).

Departement	früher			jetzt		
	Zahl der Beamten	Gehälter	Durchschnittsgehalt	Zahl der Beamten	Gehälter	Durchschnittsgehalt
Sekretariat (samt Chauffeuren und Dienern)	20	237	11.8	20	240	12
Finanzen (samt Buchhaltung, Materialverwaltung und Kontrolle)	24	379	15.8	42	712	17
Statistik	3	70	23.3	gehört jetzt zum Finanzdep.		
Erziehung	9	168	18.6	5	100	20
Landwirtschaft	19	488	25.6	6	239	40
Land-	6	157	26	Departements aufgelassen		
Rechts-	6	167	28			
Technisches	13	305	23.4			
Presse	4	55	14	4	55	14
Einwanderung (samt Haifa)	11	177	16	10	166	16.6
Kairo	1	38	38	Departement aufgelassen		
	116	L. Äg 2240	L. Äg. 19.3	87	L. Äg. 1512	L. Äg. 17.4

Anmerkung: Auf beiden Seiten sind die Beamten für das Hilfsdepartement (Joint Distribution Committee) mitgezählt, obgleich das Joint Distribution Committee für die Gehälter aufkommt.

Die Herabsetzung der Zahl der Beamten des Landwirtschafts- und Erziehungs-Departements ist größtenteils der Übertragung ihrer Verwaltungsagenden auf das Finanzdepartement zuzuschreiben.

Es zeigt sich, daß neunzehn Beamte mit monatlichen Gehältern von £ ägypt. 5000.— pro Jahr entlassen wurden. Ferner wurden zehn Beamte mit einem Gesamtgehalt von £ ägyp. 313 monatlich zur Palästina Land Development Company transferiert, wodurch das Budget der Zionistischen Kommission um eine bisher von ihm getragene Last von ungefähr £ ägyp. 3750.— pro Jahr erleichtert wurde. Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß der Schatzmeister beauftragt wurde, Beamte zu entlassen, die durch die Verschmelzung der verschiedenen Buchhaltungsabteilungen erspart werden können, die Einzelentscheidung wurde aber ihm überlassen und soll in Kraft treten, sobald die Verschmelzung voll durchgeführt ist. Hieraus folgt, daß an Gehältern allein eine Ersparnis von £ ägypt. 9000.— bis 10.000.— pro Jahr erzielt wurde.

Für unvorhergesehene Ausgaben wurde ein Betrag von £ ägypt. 300.— monatlich bewilligt. Der Schatzmeister soll auf Grund dieser Post nicht das Recht haben, Ausgaben zu machen, bevor er nicht für die früheren Ausgaben der Exekutive ausreichend Rechenschaft abgelegt hat. Es mußte aber dieser Betrag bewilligt werden mit Rücksicht auf die im übrigen streng fixierten Ausgaben — eine Strenge, die durch die Erfahrungen der Vergangenheit notwendig wurde.

Außerdem wurde ein Betrag von £ 4000.— zur Deckung gewisser früher eingegangenen Schulden einschließlich des Novemberdefizites für den Monat Dezember bewilligt. In diesem Zusammenhang mag darauf hingewiesen werden, daß die Summe von £ ägypt. 173.403.—, die sich als Gesamtbudget für die zehn Monate bis 30. September 1921 ergibt, keineswegs die Gesamtheit der vorgesehenen Auslagen darstellt. Es muß noch hinzugefügt werden:

a) die Gesamtausgaben für den Immigrations- und Ausrüstungsfonds ab Ende Jänner;

b) ein Nachtrag für Landwirtschaft, wie oben angedeutet;

c) die auf London übertragenen Verpflichtungen aus den im laufenden Jahre und früher in Palästina aufgelaufenen Defizten — heute liegt eine große Zahl von Anleihen, die auf Grund dieser Verbindlichkeiten aufgenommen wurde, vor und ist nur zum Teil gedeckt;

d) nach all diesem müssen die Ausgaben in London zugeschlagen werden, von denen ein Teil direkt für Palästina und die Gesamtheit natürlich indirekt für Palästina erfolgt.

Man sieht, daß das Budget für Einwanderung nur für die Monate Dezember und Jänner festgesetzt wurde. In diesen beiden Monaten wurden je £ ägypt. 4000.— für das Immigrations- und Arbeitsbudget angesetzt (das heißt für unproduktive Auslagen für Immigranten, bis sie Arbeit finden, einerseits und andererseits für eine gewisse beschränkte Aushilfe an Arbeitergruppen für Sanierung und hebräischen Unterricht). Weiters je £ ägypt. 4000.— wurden für den Arbeiterausrüstungsfonds für produktive rückzahlbare Anleihen an die Straßenbaugruppen eingesetzt (die weiteren durch die Arbeiterbank verfügbaren Beträge erscheinen natürlich nicht in unserem Budget).

Der Betrag der Auslagen für Einwanderung wurde absichtlich nicht über den Jänner hinaus festgesetzt. Dies konnte nicht geschehen, so lange wir nicht wußten, wieviel Geld wir zur Verfügung haben würden. Es ist zu beachten, daß die für die Einwanderung im Dezember und Jänner eingesetzten Beträge höher waren als die jemals früher aus unserem Budget zugewiesenen Quoten und wir beabsichtigen diesen Teil des Budgets (und später auch das für Landwirtschaft) so weit zu erhöhen, als das bei unseren Mitteln möglich ist, um den höchstmöglichen Betrag für Einwanderung und Ansiedlung freizumacher.

Nach Prüfung wird daher klar werden, daß im Budget im großen Ganzen drei Kategorien von Ausgaben zu unterscheiden sind:

1. Erziehung ist eine Post für sich. Während des laufenden Jahres ist unser Beitrag, abgesehen von der Bezahlung feststehender Verpflichtungen, ein Barbeitrag zum Budget. Für das nächste Jahr sind ganz neue Vereinbarungen zu treffen und unser Beitrag wurde auf das Maximum von £ ägypt. 4108.— monatlich festgesetzt.

2. Dann kommen alle anderen Titel, technisches Departement, Landwirtschaft, Versuchsstation, Universitätsbibliothek, Unterstützungen, Verwaltung, unvorhergesehene Ausgaben und alte Schulden. Diese Ausgaben wurden mit Rücksicht auf begonnene Arbeiten bewilligt, die in den meisten Fällen liquidiert werden, in einigen Fällen aber (insbesondere aber im Falle der landwirtschaftlichen Versuchsstationen und möglicherweise der Universitätsbibliothek) als Kern einer größeren Ausgabe in Zukunft anzusehen sind. Diese Ziffern sind in keiner Kategorie zusammengezogen, weil sie fest bestimmt sind und so niedrig angesetzt sind, als dies mit der zu leistenden Arbeit vereinbar ist.

Um die Sache ganz klar zu machen, wurde das Landwirtschaftbudget (einschließlch Versuchsstationen) in seiner Aufstellung niedergelegt, die beigeschlossen ist und folgendes zeigt: Die Auslagen gruppieren sich in drei Unterabteilungen. Die erste Unterabteilung enthält Ausgabeposten, für die im kommenden Jahr neue Pläne aufgestellt werden müssen und wo der Betrag für das nächste Jahr noch nicht angegeben werden kann. Die zweite Unterabteilung enthält Posten, für die die Auslagen im nächsten Jahre gänzlich eingestellt werden. Eine endgiltige Ziffer für Ausgaben im nächsten Jahre kann natürlich noch nicht gegeben werden.

3. Die letzte Kategorie der Auslagen sind die für die Einwanderung, bestehend aus dem Einwanderungs- und Arbeitsbudget und dem Ausrüstungsfonds. Dieser Teil des Budgets wurde von der Reorganisationskommission nur bis Ende Jänner festgesetzt. Ihre Absicht war, für die ersten beiden Kategorien ein strenges Budget aufzustellen, um für die dritte Kategorie so viel als möglich freizumachen, die am Ende des Jahres auch die Vorbereitung für landwirtschaftliche Arbeiten des folgenden Jahres umfassen muß.

Es zeigt sich, daß der streng festgesetzte Teil des Budgets auf £ ägypt. 12.585.— im September 1921 reduziert ist. Wir möchten in ganz groben Ziffern andeuten, was dadurch erzielt ist. Die gesamten Auslagen in Palästina beliefen sich im vergangenen Oktober auf £ ägypt. 31.700.—, im vergangenen November auf £ ägypt. 30.000.—. Wenn man dazu den Betrag von £ ägypt. 6480.— nimmt, der im Dezember gezahlt wurde, aber schon früher hätte gezahlt werden sollen, ergibt sich für Oktober und November ein monatlicher Gesamtverbrauch von £ ägypt. 33.500.—. Hievon waren schätzungsweise £ ägypt. 8500.— monatlich für Einwanderung verfügbar. Wenn wir auch weiterhin £ ägypt. 33.500 pro Monat ausgeben können (was auch ungefähr die Gesamtüberweisung nach Palästina im August und September war), dann würden auf Grund unseres Budgets für Einwanderung und konstruktive Ansiedlung folgende Beträge verfügbar sein:

im Dezember . .	£ 12.100.
im Jänner . . .	„ 13.000.—
im Februar . . .	„ 18.400.—
im März . . .	„ 19.300.—
im April . . .	„ 19.000.—
im Mai . . .	„ 19.300.—
im Juni . . .	„ 19.400.—
im Juli . . .	„ 20.300.—
im August . .	„ 20.800.—
im September . .	„ 21.000.—

So haben wir versucht, den Weg für konstruktive Ansiedlung in der Zukunft zu bahnen.

Anhang A.

Palästina-Budget für die zehn Monate Dezember 1920 bis September 1921.

	Dez.	Jänner	Feber	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Summe für 10 Monate
Erziehung	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	
Lehrer-Pensions Fond	429										88252
Lehrer-Gehalts-Erhöhung					1402	1402	1402	1402	1402	1402	
Technisches Departement	2662	2663									5325
Landwirtschaft	6655	6322	4421	3536	2672	2332	2224	1687	1251	1116	
Versuchsstation	500	400	300	300	300	300	300	200	200	200	35216
Universitäts-bibliothek	125	125	125	125	125	125	125	125	125	125	1250
Subvention Mischpath Haschalom	200	200									400
Verwaltung	2600	2600	2000	2000	1800	1800	1800	1500	1500	1500	19100
Unvorhergesehene Ausgaben	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	3000
Alte Schulden	4860										4860
Summe	26282	20551	15087	14202	14540	14200	14092	13155	12719	12585	157403
Einwanderung und Arbeit	4000	4000	Summe unbestimmt. Alle verfügbaren Beträge sind für konstruktive Einwanderung und Ansiedlung zu verwenden.								8000
Ausrüstungs-Fond	4000	4000									8000
	34282	28551									173403*)

*) Diese Summe enthält nicht: die Ausgaben für Einwanderung und Ausrüstungsfond ab 1. Feber für landwirtschaftliche Arbeit im Süden, für alte Defizite und die Auslagen in London.

Anhang B.

Übersicht der Maßnahmen der Reorg. Komm. betreffs des Landwirtschafts-Budgets.

	Durchschnittliche monatl. Auslagen Dez. 1920 bis Sept. 1921 L. E.	Summe L. E.	Weisung für das folgende Jahr
Unterabteilung A Versuchsstation	300		Zu erweitern für die Arbeit im Süden
Kinereth, Daganiah A, Merchawja, Ben Schemen, Hulda, Gan Schmuel	694		Entscheidung im Laufe des Jahres. In einigen Fällen ist mit endgültiger Vereinbarung zwecks Ansiedlung zurechnen
Verbesserung der Lage der Jemeniten	105		Wahrscheinlich fortzusetzen.
Organisation und Inspektion	250	1349	Fortzusetzen. Die Kosten sind jetzt zu hoch, aber bei wachsender Arbeit wäre eine Erhöhung gerechtfertigt.
Unterabteilung B Aufforderung: Dilb und Kinereth (einschließlich Verträgen über 420.000 Setzlinge)	296		Die Erhaltung der Pflanzungen wird im zweiten Jahre nur einen Bruchteil der Kosten des ersten Jahres erfordern.
Dilb	480	776	Für 1921/22 sind durchschnittlich L. E. 167 bewilligt, wovon der J. N. F. einen Teil trägt.
Unterabteilung C Beer Tovia, Ain Chai, Karkur	297		Keine weiteren Beiträge der Zion. Org., anderweitige Vereinbarungen sind zu treffen.
Ajeleth Haschachar, Maschanajim, Birjab	459		Kein weiterer Beitrag aus Mitteln der Zion. Org. Es ist zu versuchen, die Ica zur Fortsetzung der Arbeit zu veranlassen.
Tel Adas und Calandia (P. L. D. C.)	135		Kein weiterer Beitrag aus Mitteln der Zion. Org. Vielleicht führt der Besitzer einzelne Arbeiten fort.
Ain Chai (Tikwath Israel)	79		Desgleichen.
Jaffa, Ain Janim	60		Werden selbständig.
Akko, Talpijoth, Tireh	133		Aufzulassen.
Tierarznei- und Kochschulen, Museum und dergl.	103		Aufzulassen.
Schulden (für Aufforstung)	130		Durch Abzahlung geregelt.
Kosten für Liquidierung von Gruppen	204	1600	Desgleichen.
Insgesamt L. E.		3725	

III.

Entgegnung Dr. Ruppin's.

Auf den Bericht der Reorganisations-Kommission.

Zionistische Kommission.

Jerusalem, 25. April 1921.

An die

Zionistische Exekutive,

London.

Ich erhielt Ihre Briefe vom 21. und 29. März sowie vom 5. April, betreffend den Bericht der Reorganisationskommission. Ich bin zu meinem größten Bedauern aus Mangel an Zeit nicht imstande, eine ausführliche Erwiderung darauf zu schreiben. Ich will jedoch Ihrem Wunsche entsprechen und Ihnen einige kurze Bemerkungen zu dem Berichte senden.

Es ist sehr leicht zu kritisieren; es ist sehr schwer, es besser zu machen. Ich bin selbst weit davon entfernt, alles gutzuheißen, was seit dem Beginn der Tätigkeit der Zionist Commission in Palästina getan worden ist. Sie wissen, daß sofort nach meinem Eintreffen in Palästina [illegible] Jahre 1920 auf die Mängel in der hiesigen A[illegible]beit aufmerksam gemacht habe und daß ich [illegible] wiederholten Malen ersucht habe, mich von m[illegible]ner Tätigkeit in der Zionist Commission zu e[illegible]binden. Nur mit großem Widerstreben habe [illegible] mich auf das Ersuchen der Exekutive und [illegible] Reorganisationskommission bereit erklärt, vorl[illegible]fig noch weiter in der Zionist Commission zu v[illegible]bleiben. Ich glaube für mich hiernach in Anspr[illegible]nehmen zu können, daß ich der Tätigkeit der Z[illegible]nist Commission mit völliger Objektivität geg[illegible]überstehe.

Der Bericht der Reorganisationskommi[illegible] befaßt sich in seinem ersten Teile insbesond[illegible] mit der landwirtschaftlichen Kolonisation [illegible] leidet hier an dem schweren Fehler, daß er [illegible] Tätigkeit des Palästina-Amtes bis zum Ausbr[illegible]

des Weltkrieges, dann die Tätigkeit des Palästina-Amtes während des Weltkrieges und die Tätigkeit der Zionist Commission seit der englischen Okkupation in einen Topf wirft. Dadurch wird die ganze Darstellung verzerrt. Denn in den drei oben angegebenen Perioden waren nicht nur die Personen, welche die Arbeit leiteten, verschieden, sondern auch die Ziele der Arbeit waren durchaus verschiedene.

1. Ich übernehme die volle Verantwortung für das, was in der Zeit vom Beginn des Palästina-Amtes (1908) bis zu Ende des Jahres 1914 in Palästina auf kolonisatorischem Gebiete geschehen ist. Vergegenwärtigen wir uns einmal die finanzielle Lage in dieser Zeit. Die zionistische Organisation hatte in dieser Zeit nur minimale Einnahmen aus Schekeleingängen und konnte für das Kolonisationswerk in Palästina überhaupt nichts ausgeben. Sie konnte mit Mühe und Not die minimalen Ausgaben für das Palästina-Amt selbst, die im Jahre 1908/09 einschließlich aller Gehälter 1000 Pfund und in den späteren Jahren etwa 2000 Pfund betrugen, aufbringen. Der Jüdische Nationalfonds, dessen Reineinnahme in diesen Jahren durchschnittlich nur 10.000—20.000 Pfund betrugen, konnte nicht daran denken, mit diesen Beträgen irgendwelche Kolonisation zu treiben (Denn auch vor dem Kriege waren zur Einrichtung eines Kolonisten nicht viel weniger als 1000 Pfund erforderlich.) Außer dem Nationalfonds gab es nur noch die Palestine Land Development Co., die mit ihrem Aktienkapital von kaum 10.000 Pfund auf dem Gebiete des Bodenkaufs Außerordentliches leistete, aber natürlich nicht imstande war, Kolonisation im eigentlichen Sinne des Wortes zu betreiben. Die Parole dieser ganzen Periode von 1908—14 war deshalb auch nicht „Kolonisation“, sondern „Vorbereitung zur Kolonisation“, und zwar Vorbereitung eines geeigneten Ansiedlermaterials und Vorbereitung von geeigneten landwirtschaftlichen Methoden. Zu diesem Zwecke hat das Palästina-Amt damals 4 Farmbetriebe ins Leben gerufen, nämlich Ben Schemen und Huldah, die zur Einführung einer modernen Milchwirtschaft und zu Pflanzungen (Oelbaumspende) dienten und die beiden Farmen Daganjah und Kinereth, auf denen die ersten Versuche mit Arbeitergenossenschaften gemacht wurden. Ich bemerke dazu, daß der Boden für keine dieser Farmen vom Palästina-Amt ausgesucht wurde, sondern daß das Palästina-Amt bei seiner Begründung diese Böden bereits im Besitze des Nationalfonds vorfand, ohne daß der Nationalfonds wußte, was er mit diesen Ländereien anfangen sollte. Hätte das Palästina-Amt die Möglichkeit gehabt, selbst den Boden für die ersten Farmbetriebe auszusuchen, so würde es wahrscheinlich anderen Boden dafür ausgewählt haben. Aber es war damals sowohl aus Mangel an Mitteln, sowie aus der Notwendigkeit heraus, die bereits vorhandenen Nationalfondsböden, deren Brachliegenlassen überall als eine Schande empfunden wurde, zu bearbeiten, unmöglich, neue Böden zu kaufen und die alten Böden einfach preiszugeben. Außer diesen 4 Farmen ist in der Zeit von 1908—14 nur noch die Farm Merchawjah gegründet worden, für deren Gründung, wie ich ja hier nicht im einzelnen auszuführen brauche, die noch auf Herzl zurückgehende Verbindung der zionistischen Organisation mit den Siedlungsideen Franz Oppenheimers verantwortlich ist. Bei dem Aufbau dieser Farmbetriebe ist in keiner Weise freigebig vorgegangen worden. In Ben Schemen haben wir die alten Belkindschen Häuser übernommen. In Huldah haben wir ein einziges Arbeiterhaus gebaut, das noch nicht 1000 Pfund kostete und zu dem erst später noch zwei andere Arbeiterhäuser hinzugebaut wurden. Ebenso ist in Kinereth und Daganjah nur das Allernotwendigste an Gebäuden zur Unterbringung der Arbeiter und des lebenden und toten Inventars gebaut worden. Wenn in Merchawjah die Gebäude mit etwas größerem Aufwand gebaut sind, so beruht dies darauf, daß man hier dem Wunsche Oppenheimers Rechnung tragen mußte, aus Merchawjah das Modell für viele andere ähnliche Betriebe zu machen und deshalb von vornherein alles aufs beste einzurichten. Die gesamten Ausgaben für diese 5 Farmbetriebe einschließlich der Gebäude in der Zeit von 1908 bis 1914 betrugen:

Ben Schemen	23532 Pfund
Huldah	13859 „
Daganjah	11598 „
Merchawjah	23844 „
Kinereth	7757 „
	80390 Pfund

In dieser Summe sind auch die Ausgaben für die Pflanzungen der Oelbaumspende in Ben-Schemen und Huldah eingeschlossen, die diesen Farmbetrieben nicht direkt belastet werden können. Es bleibt dann als Gesamtausgabe für die 5 Farmen ein Gesamtbetrag von etwa 60.000 Pfund übrig. Wenn man bedenkt, daß auf diesen Farmen im Laufe dieser Zeit mehrere hundert Arbeiter mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut gemacht wurden und daß die Farmen zum ersten Mal den Beweis erbracht haben, daß landwirtschaftliche Betriebe ausschließlich mit jüdischer Arbeit geführt werden können, und daß ferner diese Farmen für Hunderte und Tausende von jüdischen Arbeitern, die nach Palästina kamen, ein Ziel und eine Hoffnung bedeuteten, so wird man, ganz abgesehen von dem außerordentlichen propagandistischen Werte dieser Farmen für die Spenden des Jüdischen Nationalfonds sagen müssen, daß dieses Geld durchaus richtig angewendet war. Jedenfalls sind die Kritiker bis zum heutigen Tage jeden Beweis dafür schuldig geblieben, daß mit einem solchen Betrage mehr für die Kolonisation Palästinas hätte geschehen können. Hätte man, wie es die Reorganisationskommission nach ihrem Berichte für zweckmäßig zu halten scheint, dieses Geld nach Muster der Jca-Kolonien zur Ansiedlung von Kolonisten verwendet, so hätte man dafür, sage und schreibe, sechzig Kolonisten ansiedeln können. Wie kläglich hätte die zionistische Organisation damit dagestanden! Und wie wenig wäre man sicher gewesen, daß diese 60 Kolonisten wirklich ohne weitere Nachschüsse sich erhalten können! Haben doch die meisten Jca-Kolonisten bis zum heutigen Tage nicht aufgehört von der Administration Vorschüsse und Darlehen zu fordern!

Außer diesen 5 Farmbetrieben hat die zionistische Organisation beziehungsweise der Jüdische Nationalfonds in den Jahren 1908—1914 auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Kolonisation nur noch den Bau von Häusern für einige Dutzend landwirtschaftlicher Arbeiter und für die Jemeniten unternommen, die durch die Propaganda des Palästina-Amtes nach Palästina übersiedelten. Die hiefür aufgewandten Beträge (1000 bis 2000 Franken für ein Haus) sind minimal, die Erfolge durchaus befriedigend. Ich resümiere also: Nichts ist falscher als für die Periode von 1908—1914 der zionistischen Organisation den Vorwurf zu machen, daß sie zu viel Geld ausgegeben oder dieses Geld schlecht angewendet hat. Ich vertrete vielmehr mit größter Entschiedenheit die Behauptung, daß das ausgegebene Geld für das damals einzig mögliche Ziel, nämlich für die Vorbereitung der Kolonisation in denkbar bester Weise angewendet worden ist, und daß man der zionistischen Organisation nicht den Vorwurf machen kann, daß sie zu viel, sondern höchstens den, daß sie zu wenig auf diesem Gebiete getan hat.

2. In der zweiten Periode, der Periode des Weltkrieges, konnte von einer freien Tätigkeit in Palästina keine Rede mehr sein. Alle Bestrebungen waren darauf gerichtet, das Bestehende von einem Tage zum anderen zu fristen und der Not des Tages abzuhelfen. Auf diesem Boden erwuchs damals in Palästina das Bestreben, für diejenigen, welche durch den Krieg erwerblos geworden waren, an Stelle von Unterstützungen Arbeit zu geben. Hier lag es natürlich am nächsten, an landwirtschaftliche Arbeit zu denken, weil Boden für solche Arbeiten verfügbar war und man aus der Arbeit dasjenige zu erzielen hoffte, was damals am notwendigsten war, nämlich Lebensmittel. Auf dieser Grundlage erwuchsen dann die Gruppen, welche auf jüdischem Boden Ackerbau oder Gemüsebau betrieben. Es war von vornherein klar, daß diese Arbeiten nur als Notstandsarbeiten berechtigt waren und daß sie mit der Wiederkehr normaler Zeiten keine Berechtigung mehr hatten. Die meisten von ihnen sind deshalb auch nach Beendigung des Krieges verschwunden. Allerdings war es nicht leicht, in allen Fällen diese Gruppen sofort aufzulösen, weil die Arbeiter sich nur schwer von der ihnen liebgewordenen Arbeit trennten und alle Anstrengungen machten, um weiter bei dieser Arbeit zu bleiben. Dieses Streben ist an sich durchaus erfreulich und es wäre das beste gewesen, wenn man diese Arbeiter hätte kolonisieren können. Zwar war dies aus Mangel an Mitteln nicht sofort möglich, man hoffte aber, daß in kurzer Zeit die Mittel verfügbar werden und dann die Arbeiter in der Landwirtschaft würden verbleiben können. Es mag sein, daß man aus diesem Grunde, um nicht die Arbeiter von der Landwirtschaft zu entfernen, einige landwirtschaftliche Gruppen aufrecht erhalten hat, obwohl sich dies ökonomisch nicht rechtfertigen ließ. Ich möchte hieber betonen, daß ich, obwohl ich vor dem Kriege der Hauptverfechter der landwirtschaftlichen Kwuzoth gewesen bin, nach meiner Rückkehr im Jahre 1920 sofort darauf hingewiesen habe, daß die während des Krieges entstandenen Kwuzoth zum allergrößten Teile ökonomisch nicht richtig fundiert sind und deshalb aufgelöst werden müssen. Tatsächlich sind auch, wie ich schon oben erwähnte, die meisten dieser Gruppen bereits wieder verschwunden.

3. Was die kolonisatorische Tätigkeit der Zionist Commission anbetrifft, so muß ich sagen, daß die zionistische Kommission im Anfange bis zu ihrer Verschmelzung mit dem Palästina-Amte Ende 1919 überhaupt keine kolonisatorischen Pläne verfolgte. Die Kommission hatte einen ausgesprochen politischen Charakter und ordnete alle anderen Interessen den politischen unter. Es kam hinzu, daß die englische Militärverwaltung, wie zur Genüge bekannt ist, der jüdischen Kolonisation durchaus kein Wohlwollen entgegenbrachte und daß sowohl hiedurch als auch infolge des Verbotes, Grundstücke zu erwerben, überhaupt keine vernünftige kolonisatorische Tätigkeit möglich war.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich gleich hier bei dieser Gelegenheit, daß es überhaupt falsch ist, die Zionist Commission als eine Einheit zu betrachten. Durch den fortgesetzten Wechsel der Personen innerhalb der Zionist Commission gab es überhaupt keine Kontinuität in ihrer Arbeit und es ist absolut ungerecht, die jetzigen Mitglieder der Zionist Commission, die, wie z. B. ich, erst spät in die Kommission eintreten und nur mit größtem Widerstreben in der Kommission verblieben sind, für das verantwortlich zu machen, was vor ihrem Eintritt in die Kommission geschehen ist. Diese mangelnde Kontinuität in der Zionist Commission ist nicht verwunderlich, sie ist nur ein Spiegelbild dessen, daß in der Zionist Organisation überhaupt seit mehreren Jahren keine einheitliche Auffassung über unsere Aufgaben in Palästina besteht. Wie der Zufall es gerade wollte, wurden bald Vertreter dieser, bald Vertreter einer anderen Anschauung in die Zionist Commission entsandt und es kann bei dieser Heterogenität und Zufälligkeit in der Zusammensetzung der Zionist Commission höchstens Wunder nehmen, daß die Arbeit in Palästina nicht viel mehr gelitten hat, als es tatsächlich der Fall gewesen ist, und daß das Erworbene im großen und ganzen erhalten geblieben ist.

Nach diesem kurzen geschichtlichen Ueberblick über die Kolonisationstätigkeit in Palästina möchte ich gleich zu dem Vorschlage übergehen, den die Reorganisationskommission macht, und wodurch sie anstelle des jetzigen Systems ein neues System setzen will. Sie will die Idee des „full equipment“ der zukünftigen Ansiedler aufgeben und will an dessen Stelle ein System setzen, wonach die Ansiedler im bescheidensten Maße anfangen und erst allmählich aus ihren eigenen Ersparnissen sich ihre Wirtschaften aufbauen sollen. Ich möchte hiezu zunächst bemerken, daß, wie ich das oben ausgeführt habe, das von der Kommission so hart getadelte System des „full equipment“ in der zionistischen Tätigkeit überhaupt noch nie in Anwendung gekommen ist. Das war gerade das System der Jca-Kolonisation, die jedem Kolonisten außer Boden und Gebäuden noch einen Kredit zur Anschaffung des Inventars gewährte. Das System des „full equipment“ ist, soweit es sich um die Zionist Organisation handelte, bisher nur in der Idee, nämlich in den Vorschlägen vorhanden, welche das Kolonisationsdepartement der Zionist Commission für die Zukunft aufgestellt hat. Ich bin durchaus nicht ein Anhänger des „full equipment“, aber ich bin noch viel weiter davon entfernt, zu glauben, daß das von der Reorganisationskommission als Gegensatz zum „full equipment“ angepriesene Schema ohne weiteres ausführbar ist.

Es ist ohne weiteres als richtig anzunehmen, daß es für unsere Kolonisation außerordentlich wichtig wäre, wenn jeder Ansiedler die für seine Wirtschaft nötigen Anschaffungen und Ausgaben wenigstens zu einem Teile aus eigenen Mitteln bestreiten könnte. Dann würde der Ansiedler erstens viel fester an seine Wirtschaft gebunden und im Interesse der Erhaltung seines Kapitals zu den größten Anstrengungen und Entbehrungen gezwungen sein, und zweitens würde das Risiko für das von zionistischen Institutionen hergegebene Kapital sich erheblich verringern, da ein Verlust in erster Linie den Ansiedler selbst treffen würde. Leider stehen wir aber vor der Tatsache, daß wir geeignete Ansiedler mit eigenem Kapital nicht zur Verfügung haben.

Schon vor dem Kriege schieden sich die Juden, welche Kolonisten sein wollten, in zwei Klassen: erstens in solche mit Mitteln, aber ohne landwirtschaftliche Erfahrung und ohne den Willen und die Kraft zu harter Arbeit, und zweitens in solche, welche in Palästina Erfahrung als Arbeiter und Kraft zu landwirtschaftlicher Arbeit erworben, aber keine Mittel hatten. Es hat sich damals herausgestellt, daß diejenigen mit Mitteln, aber ohne landwirtschaftliche Erfahrung und ohne Willen und Fähigkeit zu körperlicher Arbeit für die landwirtschaftliche Kolonisation noch weit weniger brauchbar waren, als die Ansiedler ohne Mittel, aber mit landwirtschaftlicher Erfahrung. Junge Leute, welche Mittel und zugleich landwirtschaftliche Erfahrung und Fähigkeit zu körperlicher Arbeit haben, sind jetzt, nachdem der Krieg die osteuropäischen Juden finanziell ruiniert hat, noch viel weniger vorhanden, als vor dem Kriege. Jedenfalls steht die Tatsache einwandfrei fest, daß die mehreren Hundert landwirtschaftlichen Arbeiter in Palästina, welche infolge ihrer Erfahrung und ihres langjährigen Aufenthaltes in Palästina das beste vorhandene Ansiedlungselement darstellen, keine irgendwie nennenswerten Mittel besitzen. Es ist auch ausgeschlossen, daß sie bei den hiesigen Lohnverhältnissen sich in absehbarer Zeit irgendwelche Ersparnisse zurücklegen können. Ich glaube, es ist überflüssig, auf das Lohnproblem in Palästina näher einzugehen. Es ist zur Genüge bekannt, ein wie gefährlicher Konkurrent der genügsame und seit vielen Generationen in der Landwirtschaft erfahrene Fellache für den jüdischen Arbeiter ist und wie der jüdische Arbeiter die größten Schwierigkeiten hat, um in Konkurrenz mit dem Araber auch nur das Minimum dessen als Lohn zu erhalten, was er zu seiner Existenz bedarf. Es ist möglich, daß wenn in Palästina späterhin die Landwirtschaft nicht mehr den primitiven Charakter hat, den sie heute trägt, sondern zu verbesserten Arbeitsmethoden übergeht, für die der Fellache nicht so gut geeignet sein wird, daß dann der jüdische Arbeiter einen Vorsprung gewinnen und gewisse Ersparnisse wird machen können. Vorläufig gibt es aber keinen anderen Ausweg, als entweder ganz auf Kolonisation zu verzichten oder die hier vorhandenen Arbeiter anzusiedeln, trotzdem sie keine eigenen Mittel besitzen, und alles, was zu ihrer Ansiedlung nötig ist, fast bis auf den letzten Pfennig von zionistischen Organisationen bekommen müssen. Ich weiß sehr wohl, daß diese Tatsache für die jüdische Kolonisation in Palästina sehr unangenehm ist und erschwerend wirkt. Man kommt aber um diese Schwierigkeit nicht dadurch herum, daß man diese Tatsache übersieht und sich in der Phantasie Kandidaten für die Ansiedlung vorzaubert, die außer palästinensischer landwirtschaftlicher Erfahrung und dem Willen zu eigener Arbeit auch noch eigene Mittel besitzen.

So viel ist also klar: die Ansiedler werden im Beginn ihrer Ansiedlung alles zur Siedlung Nötige von zionistischen Institutionen bekommen müssen. Es taucht nun die Frage auf, was alles als zur Ansiedlung nötig zu betrachten ist. Darüber, daß der Boden, der den Ansiedlern übergeben wird, vorher assaniert sein muß, daß Arbeitsgeräte und Vieh zur Bearbeitung des Bodens vorhanden sein müssen, darüber kann, scheint mir, kein Zweifel entstehen. Ueber diesen Bedarf hinaus ist bisher keine der zionistischen Farmen versorgt worden. Es bleibt also eigentlich nur die Frage der Gebäude für Menschen und Vieh und Geräte. Ich kann mir vorstellen, daß man für die Menschen in der ersten Zeit auf feste Gebäude verzichten und sie in Zelten unterbringen kann. In der Tat besteht in der hiesigen Arbeiterschaft eine starke Tendenz dahin, zur Verbilligung der Siedlungskosten auf den Bau von Häusern zu verzichten. Ich bin nicht dagegen, daß man hiermit einen Versuch macht. Ich kann aber die Zweifel nicht unterdrücken, ob nicht die Unterbringung der Arbeiter, insbesondere wenn es sich dabei um Familien handelt, in Zelten Gefahren für die Gesundheit mit sich bringen wird, welche das Gelingen der ganzen Siedlung vereiteln. Aber gesetzt den Fall, daß man auf diese Weise das Kapital für menschliche Wohnungen spart und darauf hofft, daß der Enthusiasmus der Arbeiter ihnen über die Unbilden der schlechten Unterkunft hinweghilft, so kann man jedenfalls mit dem Vieh und den Arbeitsgeräten nicht in dieser Weise verfahren. Hier müssen gute Unterkunftsräume von vornherein gebaut werden, wenn man nicht diesen Mangel mit baldigem Untergang des lebenden und toten Inventars bezahlen will.

Ich resümiere also: Wenn die Kommission mit solchem Nachdruck gegen das System des full equipment ankämpft, ist das insofern ein Kampf gegen Windmühlenflügel, als das System des full equipment bisher noch nirgends in der Zionistischen Organisation in Anwendung gekommen ist. Und was den Gegenvorschlag anbetrifft, dem Arbeiter nur das Minimum dessen zu geben, was er am Anfang braucht und ihm das Uebrige aus seinen eigenen Ersparnissen hinzufügen zu lassen, so ist dieser Vorschlag durchaus richtig, wenn man unter dem Minimum alles das versteht, was der Ansiedler nötig hat, um seine Wirtschaft von Anfang an mit Aussicht auf Erfolg zu betreiben. Dann ist der Vorschlag aber nicht neu, denn auch in den weitestgehenden Vorschlägen des Kolonisationsdepartements, die die Kosten einer Familienansiedlung mit 1200 £ berechnen, ist immer nur mit diesem Minimum gerechnet worden. Eine Ersparnis in den Ansiedlungskosten könnte, wie oben erwähnt, nur dann erzielt werden, wenn man an Stelle fester Wohnungen für die Ansiedler sich auf ihre Unterbringung in Zelten beschränkt und diese Möglichkeit ist eine Probe wert. Sie ist aber weit davon entfernt, als ein Allheilmittel für die Probleme der landwirtschaftlichen Kolonisation angepriesen zu werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhange noch folgendes erwähnen: Die Reorganisationskommission gibt in ihrem Berichte zu verstehen, daß es wahrscheinlich für die Kolonisation besser gewesen wäre, wenn das Palästina-Amt nach dem Muster der Jca-Kolonien in Galiläa einzelne Familien kolonisiert hätte. Ich bin der Ansicht, daß die Kolonien der Jca in Galiläa, deren Wert ich durchaus nicht herabsetzen will, in keiner Weise ein Vorbild für unsere Kolonisation darstellen, weil in ihnen, mit Ausnahme der Kolonie Kinereth, wo infolge der Nähe unserer Farmen das Prinzip der eigenen Arbeit durchgedrungen ist, das Prinzip der arabischen Arbeit vorherrscht und weil sie auch ökonomisch mit ihrem Getreidebau durchaus noch nicht konsolidiert sind. Dennoch wäre das Palästina-Amt vielleicht im Beginne seiner Tätigkeit den Weg der Jca gegangen, wenn es die Mittel dafür zur Verfügung gehabt hätte. Aber diese Mittel waren damals nicht vorhanden. Der Jüdische Nationalfonds war damals die einzige zionistische Institution, die überhaupt über Mittel zur Kolonisation verfügte. Aber seine Einnahmen waren damals außerordentlich gering und ihre Benützung für Palästina wurde durch die Reserveklausel und durch das Bestreben erschwert, das Geld des JNF. nur für Bodenkäufe und nicht für Siedlungskosten auszugeben. Aus diesem Grunde war z. B. die Palestine Land Development Co. trotz ihres geringen Kapitals gezwungen, die Bewirtschaftung der Farmen Kinereth und Daganjah auf ihre Rechnung zu nehmen, da der Nationalfonds die Mittel dazu nicht hergab. Es ist eine sehr leichte Sache a tergo, wenn man von den jetzt viel reicher fließenden Einnahmen der Zionistischen Organisation ausgeht, zu sagen, dies und jenes hätte anders gemacht werden sollen. Man muß sich aber vergegenwärtigen, daß dieser andere Weg, eben wegen des Mangels an Mitteln überhaupt nicht gangbar war. Das Palästina-Amt hatte damals nur die Wahl, entweder überhaupt nichts zu tun oder durch den Betrieb von Farmen, der wenigstens nicht wie die Kolonisation der Jca besondere Gebäude für jede Familie erfordert, einen billigen Weg der Kolonisation zu gehen. Es mag in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die Gruppe in Deganjah jahrelang in elenden arabischen Hütten wohnte, bevor das jetzige Wohnhaus erbaut wurde und daß ebenso in Kinereth, Huldah und Benschemen das in Gebäuden investierte Kapital auf das mindeste Maß beschränkt wurde.

Die beste Rechtfertigung für die Tätigkeit des Palästina-Amtes liegt übrigens darin, daß wie eine sachverständige Schätzung ergeben wird, alles Geld, das vonseiten des JNF. und der sonstigen zionistischen Institute in landwirtschaftliche Betriebe hineingesteckt worden ist, heute (ohne Berücksichtigung der Wertsteigerung des Bodens) voll erhalten ist und daß der Boden der Farmen, wie er bisher durch die Arbeitergenossenschaften bearbeitet wurde, jederzeit in Kolonien von Einzelsiedlern mit geringen Ko-

sten umgewandelt werden kann. Die Vorschläge zu dieser Umwandlung sind von der Kolonisations-Abteilung der Zionist Commission bekanntlich schon der vorigen Jahreskonferenz unterbreitet worden. Sicherlich werden die Kolonien, die auf dem vorbereiteten Boden der Farmen entstehen, weit besser prosperieren, als alle früheren Kolonien, die auf nicht vorbereitetem Boden begründet wurden.

So viel über die landwirtschaftliche Kolonisation. Was die übrigen Vorschläge der Reorganisationskommission auf wirtschaftlichem Gebiete anbetrifft, so vermisse ich in dem Berichte jede Erwähnung der Tatsache, daß die meisten dieser Vorschläge nicht von der Reorganisationskommission konzipiert sind, sondern, daß es die Vorschläge sind, welche ich der Reorganisationskommission gemacht habe. Ich finde es nicht richtig, daß die Reorganisationskommisson in ihrem Berichte gegen die Zionist Commission polemisiert und die Tätigkeit dieser Kommission als absolut wertlos hinstellt, ohne zu erwähnen, daß die meisten positiven Vorschläge, die sie selbst vorbringt, gerade von mir, also aus der Mitte der Zionistkommission stammen. Ich erwähne hievon:

a) Die Trennung aller produktiven wirtschaftlichen Arbeit von der Zionistkommission und ihre Zuteilung an besondere selbständige Gesellschaften (in wiederholten Berichten nach London von mir betont und hier der Reorganisationskommission auseinandergesetzt);

b) die Errichtung einer Großeinkaufsgenossenschaft (Seite 22 des Berichtes), ein Vorschlag, den ich im vorigen Jahre Herrn Simon gesandt und ausführlich begründet habe;

c) die Errichtung einer Central Land Purchasing Agency (Seite 22), die ich schon vor einem Jahre schriftlich und jetzt der Reorganisationskommission gegenüber mündlich ausführlich begründet und wobei ich die Ausgestaltung der Palästine Land Developement Co. zu einem solchen Institute vorgeschlagen habe, mit all den Details, welche die Reorganisationskommission dafür gibt;

d) The Workers Bank (Seite 30) entspringt, wie Sie wissen, ganz und gar einem Vorschlage, den ich an der letzten Jahreskonferenz und in vielen Artikeln vertreten habe und der ja jetzt im wesentlichen bereits verwirklicht worden ist;

e) The Workers Equipment Fund (Seite 31) ist dem Namen und der Sache nach genau der Vorschlag, den ich hier der Reorganisationskommission gemacht habe;

f) die Notwendigkeit einer Mortgage Bank (Seite 35) ist von mir sofort, als ich vor einem Jahre nach Palästina kam, in einem Exposee der Exekutive in London und Amerika auseinandergesetzt worden;

g) die Notwendigkeit genossenschaftlicher Darlehenskassen für Handwerker und kleine Industrielle ist von mir seit der Publikation des neuen Genossenschaftsgesetzes in einem Referat im Waad Lenin und in mehreren Artikeln in der hiesigen Presse vertreten worden.

Ich brauche wohl nicht zu bemerken, daß ich das vorstehende nicht erwähne, um mich damit zu brüsten, sondern lediglich um zu zeigen, daß der ganze Ton, auf den der Bericht der Reorganisationskommission gestimmt ist, falsch ist. Der Bericht klingt ungefähr darauf hinaus: „Von hier ab und heute beginnt eine neue Epoche in der Palästina-Arbeit, und das ist unser Verdienst.“ Demgegenüber ist es nötig festzustellen, daß die Reorganisationskommission in ihrem Berichte keine einzige schöpferische eigene Idee bringt. Sie ist stark in der Betonung des Unzulänglichen und der Schwierigkeiten in unserer Arbeit; sie ist steril, soweit sie aus eigenem Vorschläge zur Verbesserung der jetzigen Arbeit machen soll. Ich halte der Reorganisationskommission zugute, daß sie unter dem Eindruck der schlechten Finanzlage sich verpflichtet fühlte, hier Ersparnisse zu machen und unter diesem Gesichtswinkel geneigt war, jede Ausgabe mißgünstig und kritisch zu betrachten. Ich habe hiefür durchaus Verständnis und habe der Kommission deshalb hier in ihrem Bestreben zu sparen, nach besten Kräften beigestanden. Aber der Bericht verschiebt diesen Gesichtspunkt ganz und gar. Er läßt jedes liebevolle Verständnis für die Arbeit, die unter schwierigsten Verhältnissen hier geleistet ist, vermissen und gefällt sich in einer Kritik, deren Hochmut nur dann berechtigt wäre, wenn die Reorganisationskommission wirklich aus eigenem neue positive Wege der Arbeit gewiesen hätte. Das ist aber, wie oben erwähnt, durchaus nicht der Fall.

Hochachtungsvoll

(Gez.) A. Ruppin.

IV.

Erwiderung von M. Ussischkin

auf den Bericht der Reorganisations-Kommission.

Herr M. M. Ussischkin antwortet auf den Bericht der Reorganisationskommission in einem Interview, das in „New Maccabean“ (New York) am 1. Juni 1921 erschien und in Uebersetzung folgendermaßen lautet:

Meine Antwort auf die Beschuldigungen der sogenannten Reorganisationskommission muß ich natürlich hier in New York entwerfen, wo alle nötigen Materialien und Ziffern unzugänglich sind. Ich sah den Bericht nicht vor meiner Abreise aus Palästina. Ich bin überzeugt, daß meine Kollegen in Jerusalem auf Grund von Ziffern antworten werden. Meine jetzige Antwort beruht auf allgemeinen Grundsätzen und auf den Tatsachen, die mir mein Gedächtnis liefert.

Es muß beachtet werden, daß der Bericht der Reorganisationskommission die Tätigkeit der Zionistischen Kommission während verschiedener Perioden ihres Bestehens behandelt. Ich kann natürlich für die von meinen Amtsvorgängern geleistete Arbeit keine Verantwortung übernehmen. Meine unmittelbaren Vorgänger waren die Amerikaner Prof. Friedenwald und Robert Szold. Für ihre Arbeit kann ich nicht einstehen.

Ich muß vorweg erklären, daß ich nur auf die Behauptungen des Berichtes zu antworten gedenke, die als tatsächliche Behauptungen hingestellt sind. Mit Meinungen und Gefühlen kann ich mich nicht abgeben.

Der Bericht im allgemeinen.

Der Bericht der Reorganisationskommission ist keine objektive Darstellung der Arbeit der Zionist Commission in Palästina. Er ist eher ein von einer bestimmten Gruppe von Menschen gegen gewisse Arbeiten in Palästina und die Träger dieser Arbeiten gerichtetes politisches Pamphlet.

Wenn der Bericht irgendwelche Worte der Anerkennung oder Billigung unter seinen zahlreichen Beschuldigungen enthielte, könnte er den Eindruck eines unparteiischen Berichtes machen. Seine absolute Verurteilung aller Leistungen von Menschen, die doch große Leistungen in der Vergangenheit auf dem Felde dieser Arbeit als ihr Verdienst buchen können, beweist, daß der Bericht ungerecht ist; daß die Kommission von vornherein beschlossen hatte, zu einem bestimmten Urteil zu gelangen.

Alle Theorien und Pläne, die Justice Brandeis und einige amerikanische Delegierte bei der Londoner Konferenz vertraten, werden in diesem Berichte ohne jede Abänderung vorgebracht und alle Tatsachen wurden für den Zweck der Verteidigung dieser Theorien sorgfältig ausgewählt. Das macht den Bericht notwendigerweise zu einem bloßen politischen Pamphlet statt einer ernsten Erörterung der Kolonisation in Palästina.

Ich glaube, daß weder ich, der ich die Entwicklung der Kolonisation in Palästina seit 40 Jahren verfolgt habe, der ich mit den verschiedenen Phasen der Arbeit vertraut bin, der ich Palästina viele Male besucht und die letzten eineinhalb Jahre in Palästina gelebt habe; noch mein Freund Ruppin, der seit zwölf Jahren dort arbeitet, der große praktische und theoretische Kenntnisse der palästinensischen Kolonisation besitzt; noch die Mitglieder des Waad Haleumi (Jüdischer Nationalrat), die als Vertreter von etwa 80 Prozent der jüdischen Bevölkerung Palästinas gewählt sind und alle Gruppen des jüdischen Lebens von links bis rechts umfassen; noch auch die anderen Leiter der Palästinaarbeit, die seit vielen Jahren dort leben, die von Justice Brandeis von oben herab diktierten Urteile als wahr hinnehmen können, von ihm, der vierzehn Tage in Palästina war und keinen Begriff von den wirklichen Kolonisationsbedingungen hat, ebensowenig wie die Urteile der Reorganisationskommission, die so kurze Zeit in Palästina war und von deren Mitgliedern eines nicht einmal mit der jüdischen Bevölkerung der Kolonien sprechen konnte. Herr Szold spricht weder Hebräisch noch Jiddisch noch Deutsch.

Allgemeiner Wert der Arbeit der Zionist Commission.

Während der Zeit meiner Amtsführung, in den fünfzehn Monaten von Oktober 1919 bis Jänner 1921 wurde nur etwa ein Drittel der im Bericht erwähnten Summe von 1,300.000 Pfund ausgegeben. Die Reorganisationskommission behauptet in Bausch und Bogen, die geleistete Arbeit sei wertlos gewesen. Was soll man auf diese Pauschalbeschuldigung antworten? Wir können nur sagen, daß ohne diese Arbeit alles, was wir in Palästina haben, heute vernichtet wäre. Mittels dieser Arbeit wurden die Genossenschaften erhalten und entwickelt, Häuser in einigen Kolonien gebaut, einige Häuser in Jerusalem repariert, wurden etwa zehntausend neue Einwanderer in die Lage versetzt, Arbeit zu finden und sich größtenteils im Lande fest niederzulassen usw. usw. All diese Leistungen zeigen, daß der Jischuw in einer Zeit, wo er ohne die Arbeit der Zionist Commission tatsächlich vernichtet worden wäre, ausgedehnt und gestärkt wurde. Und es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß diese ganze Arbeit während einer Periode geleistet wurde, wo die Kosten der Lebenshaltung außerordentlich hoch waren.

Angesichts all dessen ist offenkundig, wie voreingenommen und wertlos die Behauptung des Berichtes ist, es „sei nicht leicht zu sehen, wie die Möglichkeiten der Einwanderung und dauernden Ansiedlung durch die Tätigkeit der Kommission erhöht wurden.“ Diese Behauptung ist ein Schluß auf Grund falscher und unbegründeter Prämissen.

Die Aufgabe der Zionist Commission.

Die Reorganisationskommission erhebt gegen die Zionist Commission die folgende „Anklage“:

„Die Kommission maßte sich die Funktionen eines Staates an und begann sich selbst als eine Regierung anzusehen. Sie glaubte, alle jüdische Arbeit und Tätigkeit in Palästina müsse in ihr konzentriert und von ihr durchgeführt werden. Sie wurde der vielseitige Wohltäter der jüdischen Bevölkerung und man lehrte den Jischuw, die Erfüllung all seiner Wünsche von der Kommission zu erwarten.“

Diese Behauptung ist richtig und diesen Standpunkt der Kommission werden meine Kollegen, der Waad Haleumi und ich vertreten. Die amerikanischen Zionistenführer glauben, daß alle politische Arbeit in und für Palästina bereits getan ist; daß wir bloß an der Kolonisationsarbeit mitzuhelfen haben. Wir betrachten folgendes als offenkundig: Wir sind nur eine kleine Minderheit in Palästina. Die Zionistische Organisation muß Vertreter in Palästina haben, die alles dort für das Fortschreiten der jüdischen Kolonisation geschehene beaufsichtigen. Die britische Regierung kann sich nicht auf die Juden beschränken. Sie muß die Interessen der ganzen Bevölkerung wahrnehmen, von der 85 Prozent Araber sind. Immer, selbst unter den besten Bedingungen, wird unsere schwache Minorität zu leiden haben, wenn keine starke, wohlgerüstete Vertretung besteht, um die jüdischen Interessen zu verteidigen.

Glücklicherweise haben wir Sir Herbert Samuel als High Commissioner in Palästina, aber er ist nicht allein. Es gibt zahlreiche kleinere Beamte und in gewissen Bezirken sind viele von ihnen unseren politischen Interessen abgeneigt. Nebenbei: wo sind die Garantien dafür, daß Sir Herbert Samuel immer High Commissioner von Palästina sein und daß er nicht durch einen Mann von ganz anderer Haltung uns gegenüber ersetzt wird? Diese Forderung, die Arbeit der Kommission auf ein Minimum zu reduzieren, ist von gefährlichster Kurzsichtigkeit.

Voriges Jahr war General Bols, der Verwaltungschef, ein ausgesprochener Judenfeind und seine Ansichten trafen mit denen der amerikanischen Zionistenführer überein. Unmittelbar nach dem arabischen Ueberfall schrieb er als erster nach London, um die Abschaffung der Zionist Commission zu verlangen, die er als einen „Staat im Staate“ ansah.

Ich bin daher für die Konzentrierung des politischen und sozialen Lebens des Landes in der Zionist Commission, nicht aber des wirtschaftlichen Lebens; was die Anklage betrifft, die Bevölkerung erwarte von der Kommission die Erfüllung all ihrer Wünsche, so ist dies zum Teil richtig, aber dafür sind nicht die Mitglieder der heutigen Kommission verantwortlich, die erst seit November 1919 besteht, sondern die frühere, von Dr. Friedenwald und Herrn Szold geleitete Kommission. Der letztere hatte die wirtschaftliche Arbeit im Ressort. Meine Mitarbeiter und ich hatten einen schweren Kampf um die Beseitigung dieser Tendenzen aus der Tätigkeit der Kommission auszufechten.

Produktive und unproduktive Arbeit.

Die Herren von der Reorganisationskommission wiederholen immer wieder die Beschuldigung, die Zionist Commission habe sich unfähig gezeigt, zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit zu unterscheiden. „Ob die Arbeit, die sie unternimmt“, sagt der Bericht, „produktiv oder unproduktiv ist, ist für die Kommission nur eine Frage untergeordneter Bedeutung.“ Die Behauptung ist gänzlich falsch. Es ist zum Beispiel außer Frage, daß die Regierungsarbeiten, bei denen viele unserer Chaluzim beschäftigt sind, produktiv sind. Bezüglich jenes Teiles unserer Einwanderer, die bei Arbeiten auf unsere eigene Rechnung eingestellt sind, ist die Frage der Produktivität oder Unproduktiv schwerer zu beantworten. Wenn Arbeiter mit Terrassenbau oder Aufforstung beschäftigt sind oder Tel Awiw eine Anleihe für Straßenbau erhält, so handelt es sich um Arbeiten, die keine unmittelbaren Erträgnisse abwerfen, denn es müssen Jahre vergehen, bevor diese Investitionen, insbesondere jene für Aufforstung, einen Ertrag bringen können. Diese Arbeiten sind für den Augenblick unproduktiv, aber produktiv für die Zukunft.

Was die Aufforstung anlangt, so halten wir sie für sehr wichtig und nicht nur aus sanitären Gründen. Diese Arbeit ist so hoch produktiv, weil 85 Prozent der ausgegebenen Gelder in die Tasche des jüdischen Arbeiters fließen und nur ein kleiner Teil für Materialien usw. abgeht. Es ist eine Arbeit, die für den Anfang keine so großen Summen erfordert wie Kolonisation und Industrie. Es ist eine Arbeit, die der für Landwirtschaft nicht vorgebildete Chaluz sogleich beginnen und in wenigen Tagen erlernen kann. Der einzige Nachteil ist, daß sie nicht sofort, sondern erst nach vielen Jahren Ertrag bringt. Das bedeutet aber nicht, daß sie unproduktiv ist. Diese Arbeit wird natürlich durch Privatunternehmer nicht ins Werk gesetzt werden. Sie wird nur von der Gemeinschaft im Großen geleistet werden. In unserem Falle muß sie von der Zionistischen Weltorganisation getan werden.

Natürlich gibt es noch andere gute und notwendige und dabei unmittelbar produktive Arbeiten. Da ist die Arbeit der Kolonisation, des Landerwerbs, des Häuserbaus, der Beschaffung von Bedarfsartikeln und Lebensmitteln und der Ansiedlung von Einwanderern. Aber für diese Arbeiten braucht man sehr große Geldmittel — Mittel, die wir niemals zur Verfügung hatten. Daher ist die Behauptung, wir hätten uns nicht darum gekümmert, ob die Arbeit produktiv oder unproduktiv sei, leeres Phrasengewäsche.

Dasselbe gilt von einer großen Zahl anderer Behauptungen, von denen der Bericht wimmelt. Eine Behauptung wie „sie (die Zionist Commission) sieht nicht die Notwendigkeit der Schaffung eines mannigfaltigen und pulsierenden wirtschaftlichen Lebens in Palästina“ — ist voll Poesie, aber völlig grundlos und kann nur mit kategorischer Negierung beantwortet werden.

Sollen wir unsere Vorposten zurückziehen?

„Die Zionist Commission“, sagt der Bericht, „war der Meinung, jede Arbeit sei eine nationale Aktivpost. Kein Feld, das ein jüdischer Arbeiter betreten hatte, dürfe aufgegeben werden. Die Frage, ob die Arbeit die Möglichkeit unabhängiger Lebensführung für die Siedler biete, sei nach dieser Auffassung unerheblich.“

Diese Behauptung ist ganz richtig. Ich bin der Ansicht, daß der kleinste Posten, der mit den unbefriedigendsten Bedingungen ringt, einmal besetzt, weiter gehalten werden soll und daß wir kein Recht haben, ihn aufzugeben. Kein Fußbreit in Palästina ist für uns bedeutungslos, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, und wenn nicht für die unmittelbare Gegenwart, so für die Zukunft. Nach der Auffassung der Herren von der Reorganisationskommission hätten wir längst Metullah aufgegeben, das aus verschiedenen Gründen immer in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen war. Und doch brachte uns Metullah, nach fünfundzwanzig Jahren des Kampfes, die den Baron Edmund Rothschild gewaltige Summen und die Kolonisten (bei Fehden mit den Nachbarn) viele Menschenleben kosteten, die wichtigsten Erfolge. In dem Streit zwischen England und Frankreich über die Nordgrenze erhielten wir einen großen Teil Obergaliläas nur, weil die jüdische Kolonie Metullah dort lag. Baron Edmund Rothschild ist sicher ein ebenso guter Finanzmann wie die Mitglieder der Reorganisationskommission und doch war sein System anders. Seit dreißig Jahren hält er Böden, die er jenseits des Jordans besitzt, fest, wo es nicht möglich war zu kolonisieren. Man machte ihm oft den Vorwurf, diese Besitzungen gegen solche, die zu sofortiger Kolonisierung geeignet sind, auszutauschen, aber er lehnte immer ab und sagte immer: „Ich will keinen jüdischen Posten, selbst nicht unter den schlimmsten Bedingungen, aufgeben.“ Das ist die Auffassung eines Staatsmannes, der in die Zukunft sieht, nicht die eines kleinlichen Krämers, der nur seine Tageslosung zählen kann.

Wir lagen in Jerusalem im Streite mit der Reorganisations-Kommission wegen eines solchen Postens, Kalendiah, zehn Kilometer nördlich von Jerusalem an der Straße nach Nablus. Sie fanden die Position wirtschaftlich sehr schwach und ohne Zukunft. Sie verlangten ihre Auflassung. Ich sagte ihnen: „Nicht ich habe Kalendiah gegründet. Ich fand es vor, als ich hierherkam, doch weiß ich: es ist der einzige Posten, den wir in dieser Gegend besitzen. Und wenn er wirtschaftlich schwach ist, so sollten wir mehr Geld und mehr Arbeit hineinstecken, damit er wirtschaftlich gesund wird. Wir sind nicht gekommen zu zerstören, sondern aufzubauen.“ Ich erhielt diesen Posten und hoffe, er wird bleiben und sich entwickeln.

Solche Beispiele könnte man vervielfachen. Sie bedeuten einen völligen Gegensatz in der Auffassung zwischen uns und den Herren der Reorganisations-Kommission. Wenn wir uns nur von wirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen wollten, müßten wir Palästina überhaupt aufgeben. Man kann anderswo bessere wirtschaftliche Möglichkeiten finden. Natürlich sollen wir, wenn wir an eine neue Ansiedlung in Palästina schreiten, zuerst ihre wirtschaftlichen Aussichten erwägen. Wenn aber etwas bereits geschaffen ist, soll es gekräftigt und entwickelt, nicht aber im Stich gelassen werden.

Unser Budget-Entwurf.

Der Bericht führt eingehend die Beschuldigung aus, wir hätten bei der Aufstellung unseres Budgets nicht mit der „wirklichen Lage“, mit „den Grenzen unserer Mittel“ gerechnet. Diese Beschuldigung enthüllt wieder einen fundamentalen Gegensatz der Anschauung zwischen uns und den Herren der Reparations-Kommission.

Das Budget, das wir für die Londoner Konferenz vorbereiteten, wurde nach dem Beschluß von San Remo entworfen. Es stellte das Ergebnis zweimonatiger, sorgsamer Arbeit in Fühlungnahme mit den Leitern der verschiedenen Departements und mit angemessener Berücksichtigung aller Umstände dar. Wir legten ein Budget von £ 4,000.000.— vor. Wir vertrauten darauf, daß die Londoner Konferenz nach dem Beschluß von San Remo und der gewaltigen Begeisterung, die er in der gesamten jüdischen Welt hervorgerufen hatte, einen Weg finden würde, diese Begeisterung in Taten umzusetzen und vom jüdischen Volke die großen Mittel zu erlangen, die unsere hohe Aufgabe erforderte.

Unglücklicherweise fanden wir in London, daß die amerikanischen Zionistenführer ganz andere Ansichten hatten. Wir fanden Leute, die nicht an die Bereitwilligkeit der Juden glaubten, die nötigen Summen herzugeben. Wir fanden Leute, die selbst keine Begeisterung hatten und daher bei andern keine Begeisterung hervorrufen konnten. Das von uns vorgelegte Budget kam für sie gar nicht in Frage. Sie konnten nicht einmal ihr eigenes kleines Budget aufbringen. Wenn die amerikanischen Zionisten nicht mehr als 6000 Pfund monatlich geben konnten — später wurden es gar nur 2500 monatlich — dann hatte es natürlich keinen Zweck, etwas zu versuchen. Ebensogut konnten wir die Bude sperren und alle Hoffnung aufgeben.

Hier in Amerika sehe ich aber, wie richtig unsere erste Einschätzung der Möglichkeiten war. Und wenn die Amerikaner aus London mit Glauben und Begeisterung zurückgekommen wären, mit großen Forderungen an das jüdische Volk, wenn die Zeit für die Arbeit der Geldaufbringung ausgenützt worden wäre, statt für Disputationen mit London und Jerusalem, wäre das von uns vorgelegte Budget gedeckt worden. Ich behaupte, daß die Mitglieder der Reorganisationskommission bei

den Methoden, die sie anwenden, kein Recht hatten, auch nur ihr Budget von £ 15.000 monatlich aufzustellen, denn mit ihren Methoden hätten sie nicht einmal diesen Betrag aufgebracht.

Das richtige Budget auf Grund ihrer Methoden ist Null. In Palästina bekam die Reorganisations-Kommission den Uebernamen „Liquidationskommission."

Die Forderungen des Lebens und tote Formeln.

Es wird uns vorgeworfen, daß wir zwischen den verschiedenen Fonds keinen Unterschied machten und Gelder für Dinge verwendeten, für die sie nicht bestimmt waren. Ich sehe dies als den wichtigsten Teil der Anklage an. Ich weiß, daß über die Verwendung dieser Fonds zahlreiche Legenden in Umlauf gesetzt worden. Daher halte ich es für notwendig, in dieser Frage auf die Einzelheiten einzugehen.

Alle Summen, die an die Zion. Comm. in Palästina gelangten, sowohl von London als auch aus Amerika vom Joint Distribution Comittee, vom Jüdischen Nationalfonds in Haag und aus andren Ländern für verschiedene Zwecke, gehen unter dem Namen der Zionist Commission an die Anglo Palestine Bank. Diese Gelder werden von den Bankstellen weder auf meine Unterschrift, noch auf die von Dr. Ruppin und Dr. Eder ausgefolgt, sondern nur auf Grund der Unterschriften des Schatzmeisters, Herrn Van Friesland, eines Mannes von außerordentlicher Verläßlichkeit (was auch von den Mitgliedern der Reorganisations-Kommission anerkannt wurde) und des Oberbuchhalters, Herrn Braude. Alle für verschiedene Zwecke einlangenden Summen werden als gesonderte Konti geführt. Jeden Monatsersten sendet der Schatzmeister genaue Abrechnungen nach London und New York. Da die Buchhaltung hebräisch geführt wird und wir die Abrechnungen englisch schicken müssen, brauchen wir für diese Arbeit natürlich besondere Beamte und haben damit Auslagen.

Unter normalen Bedingungen, wenn die Gelder entsprechend den bewilligten Budgets rechtzeitig einlangen und wenn keine fallweisen sonstigen Ausgaben nötig sind, darf kein Fonds mit einem anderen vermengt werden. Aber leider ist das nicht immer der Fall. Sehr häufig erhalten wir nicht rechtzeitig die für das Budget bewilligten Gelder. Die Palästinenser sind sehr arm — die Lehrer, die Arbeiter, die Beamten können nicht hungrig arbeiten. Und manchmal gab es außerordentliche Situationen, wo Ausgaben keinen Augenblick aufgeschoben werden konnten. Ich erinnere an einen bestimmten Fall — den Ueberfall auf die Kolonien in Ober- und Untergaliläa, als es notwendig war, einige Hundert junge Leute hinzusenden, Pferde, Waffen, Vorräte usw. zu kaufen und als unsere Telegramme um Beistellung von Mitteln für außerordentliche Ausgaben unbeantwortet blieben.

Als der Ueberfall in Jerusalem im vorigen Jahr stattfand und wir außerordentliche Ausgaben hatten — als im vergangenen Winter ein Schiff mit 700 hungernden Einwanderern unerwartet eintraf und weder Wohnung noch Nahrung vorhanden war; und eine Reihe weniger wichtiger aber häufiger Vorfälle dieser Art trat ein, da mußten die Mitglieder der Zionist Commission, die keine toten Automaten sind, die Mittel sichern, um der Situation gerecht zu werden, selbst wenn noch keine Gelder aus England oder Amerika einlangten.

Die Forderungen des Augenblickes, die dringenden Notwendigkeiten, können nicht wegen lauter Formalitäten warten und so wurde es für uns von Zeit zu Zeit notwendig, bei anderen Fonds für kurze Zeit Anleihen zu machen, um die unmittelbaren Bedürfnisse zu decken. Es gab Fälle, wo das Joint Distribution Committee oder die American Medical Unit ihre Gelder nicht rechtzeitig erhielten. Natürlich konnten sie die Armenverpflegung und die Behandlung der Kranken nicht einstellen, weil das Geld nicht da war. So borgten sie von der Zionist Commission, natürlich borgte die Zionist Commission häufigen vom Joint Distribution Committee . . . Sobald unsere Gelder kamen, bezahlten wir unsere Schulden.

Gelegentlich mußte man Geld von der Anglo Palestine Bank borgen, aber die Bank gewährte der Zionist Commission keinen Kredit und mit Recht. Die Zionist Commission hat während der Zeit, in der sie unter Leitung von Dr. Friedenwald und Herrn Szold stand, von der Anglo-Palestinebank 200.000 Dollar geliehen. Die Commission brauchte dieses Geld, aber die Schuld ist nie bezahlt worden. Als ich nach Palästina kam und diese Schuld vorfand, sagte ich dem Direktor der Anglo-Palestinebank: „Die neue Commission wird diese Schuld aus unseren Mitteln nicht bezahlen können. Sie müssen direkt mit der zionistischen Organisation in London und Amerika über diese Frage verhandeln." Ich erhebe gegen Herrn Szold wegen dieser großen Schuld keine Anklage. Es war sicher große Not und es gab wahrscheinlich keinen anderen Ausweg. Ich klage eher jene an, die ihm gesendet hatten und ihm nicht genügend Geld für seine Arbeit gaben. Das zeigt, daß die Mitglieder der früheren Commission keine toten Bürokraten waren, sondern die Bedürfnisse des Landes in Erwägung zogen. Aber es ist kaum richtig, wenn sie jetzt andere wegen kleinerer Sünden anklagen, nachdem sie selbst größere begangen haben.

Ich will hier eine Tatsache erwähnen, die in Amerika lang und breit erörtert wurde. Als ich Ende Juni 1920 von Palästina zur Londoner Konferenz kam, gab mir der Schatzmeister eine genaue Aufstellung unserer Finanzlage mit, der zu entnehmen war, daß die Zionist Commission damals den Joint Distribution Comittee 10.000 £ schuldete. Ich übergab die Aufstellung in London dem Schatzmeister, Herrn Boris Goldberg, und dem Vorsitzenden des Finanzkomitees der Konferenz, Herrn Fromensohn. Die Ursache dieser Anleihe war klar. Wir hatten kein Geld aus London erhalten, als plötzlich die starke Einwanderung nach Palästina begann.

Anfangs August kam ich von London nach Karlsbad zur Hilfskonferenz und erhielt dort ein Telegramm aus London, wonach Herr Justice Brandeis, der damals in London war, ein Telegramm von dem Vertreter des Joint Distribution Committee in Jerusalem, Dr. Pool, erhalten habe, die Zionist Commission schulde dem Joint Distribution Committee 30.000 £ und er verlange sofortige Bezahlung. Das Telegramm verlangte von mir eine Erklärung über die Frage. Ich antwortete, ich könnte eine genaue Erklärung weder in London noch in Karlsbad über etwas geben, was in Palästina vorgegangen sei; mein Bericht habe klar gezeigt, daß wir 10.000 £ entliehen hatten, über die weiteren 20.000 £ würden Dr. Ruppin, Dr. Eder und der Schatzmeister zweifellos die nötigen Aufklärungen geben; ich zweifelte nicht, daß alle geschehenen Auslagen notwendig gewesen seien, allem Anscheine nach sei Geld nicht rechtzeitig angekommen und ich sei bereit, die Verantwortung für alle Handlungen meiner Amtskollegen mitzutragen.

Die amerikanischen Zionisten haben über diesen Vorfall viel geredet, teils anständig und teils anders. Später wurde er aufgeklärt. Während des Monates Juli, als alle mit der unglückseligen Londoner Konferenz beschäftigt waren, sandte man keine entsprechenden Gelder für das Budget nach Palästina. Außerdem langten im Juli und August 1500 Einwanderer an und meine Amtskollegen hielten es für besser, die nötigen Gelder für kurze Zeit zu borgen, als zuzulassen, daß die Ankömmlinge in den Straßen von Jaffa Hungers sterben. Endlich sammelten die zionistischen Organisationen in London und Amerika mit großer Mühe das Geld und bezahlten dem Joint Distribution Committee den Betrag.

Unter solchen Bedingungen haben wir in Palästina gearbeitet. Meine Kollegen und ich hielten diese Anleihen für abnormal, aber um sie überflüssig zu machen, ist es nötig, daß die Organisationen in London und Amerika das für das Budget bewilligte Geld rechtzeitig senden.

Eine andere Illustration: Es gab Zeiten, wo es uns absolut unmöglich war, auch nur einen Pfennig aus Amerika oder England zu bekommen und die Not der Chaluzim schrecklich war. Da borgten Dr. Ruppin, der Schatzmeister und ich selbst Geld bei der Bank unter unserer persönlichen Verantwortung und Garantie. Eine solche Anleihe von 3000 £ erfolgte, als die Reorganisations-Kommission gerade in Palästina war, und einer der Garanten war kein anderer als das Mitglied der Commission, Herr Julius Simon. Als er in Palästina war, sah er, daß das Leben stärker ist als tote Formen.

Nein, die Schuld für diese abnormale Finanzgebarung in Palästina liegt nicht in Palästina, sondern in Washington und New York, denn die Washingtoner und New Yorker hatten die größten Möglichkeiten, Geld für Palästina aufzubringen: und doch wurden im vergangenen Jahre nur 25.000 Dollar monatlich und zuletzt nur 10.000 Dollar monatlich für den Aufbau Palästinas von dieser reichen jüdischen Bevölkerung von 4 Millionen in Amerika überwiesen. Hier ist die Ursache für alle Unregelmäßigkeiten der Geschäftsführung in Palästina. Die Zionist Commission wäre glücklich, sich an alle Vorschriften zu halten, und wenn wir manchmal von ihnen abweichen, weil wir dazu gezwungen sind, so leiden wir am schwersten darunter und es kommt nicht ihnen zu, uns einen Vorwurf zu machen.

Wie Defizite entstehen.

„Manchmal", sagte der Bericht," werden Defizite fast bewußt geschaffen." Das Wort „fast" beantwortet schon diese Beschuldigung. Es ist lächerlich zu sagen, daß Defizite bewußt geschaffen werden, wenn dies bedeuten soll, daß sie mit Absicht und verantwortungslos geschaffen werden. Es sind Defizite entstanden und werden weiter entstehen, wenn die Bedürfnisse weit größer sind als die verfügbaren Mittel. Palästina ist ein lebendes Wesen, nicht eine tote Institution. Und wenn Einwanderer in größerer Zahl ankommen als erwartet und wenn unvorhergesehene Umstände entstehen, wie die arabischen Ueberfälle, dann wird es immer Defizite geben, besonders wenn die Budgets so klein sind und selbst das bewilligte Geld nicht immer rechtzeitig kommt. Ich muß wiederholen, daß Herr Robert Szold bei seiner Abreise von Palästina mit der Zionist Commission Defizite hinterließ.

Die Frage ist nicht, ob Defizite gemacht werden sollen, sondern ob sie das jüdische Volk bezahlen wird. Ich bleibe dabei, daß, wenn es Arbeit und Einwanderung geben wird, das jüdische Volk die Defizite bezahlen wird. Wenn nicht, so wird es nicht einmal das Budget decken. Die Frage ist, ob das ausgegebene Geld ausgegeben werden sollte und ob es richtig ausgegeben wurde.

Darlehen und Spenden.

Die Reorganisationskommission beschuldigt die Zionist Commission, keinen klaren Unterschied zwischen Darlehen und Spenden gemacht zu haben. Diese Beschuldigung ist falsch. Darlehen erfolgten durch die Anglo-Palestine-Company, durch die (provisorisch von der Zionist Commision verwaltete) Arbeiterbank und durch die Darlehensgenossenschaften. Spenden erfolgten natürlich nicht durch die Banken. Wir wußten, daß dieses Geld nicht wiederzubekommen war.

Natürlich gibt es verschiedene Gattungen von Darlehen. Manche sind absolut garantiert. Bei anderen ist es nicht sicher, ob alles oder nur ein Teil des Vorschusses zurückkommen wird. Und nichtsdestoweniger müssen auch Darlehen letzterer Art und als Darlehen und nicht als Spenden gegeben werden, trotzdem die Rückzahlung unsicher ist.

Der Landkauf in Emek Jesreel.

Die Reorganisationskommission berichtet: „So geschah es, daß wir bei unserer Ankunft vor einem flagranten, jedoch höchst charakteristischen Fall der Unfähigkeit der Kommission standen. Die Kommission hatte zusammen mit den Vertretern des Jüdischen Nationalfonds eine wichtige Erwerbung eines großen Bodenkomplexes im Namen des Jüdischen Nationalfonds durchgeführt. Obgleich reichlich Zeit war, wurde kein Versuch gemacht, sich mit der zionistischen Exekutive oder mit dem Hauptbüro des Jüdischen Nationalfonds in Verbindung zu setzen, ungeachtet der Tatsache, daß sowohl die Zionist Commission als auch die Vertreter des Jüdischen Nationalfonds in Palästina gänzlich unberechtigt waren, eine Operation von diesem Maßstabe und Charakter abzuschließen."

Dies ist eine wichtige Sache. Es handelt sich um einen Versuch, die Zionist Commission der Unfähigkeit in praktischen Dingen zu überführen. Diese Anklage hat zwei Punkte. Erstens, daß wir ein schlechtes Geschäft machten, und zweitens, daß wir formell kein Recht hatten, den Boden zu kaufen.

Ich kann nicht alle Einzelheiten über diese Frage registrieren, doch dürften folgende Tatsachen genügen: Eine dreigliedrige Kommission — Dr. Ruppin, der Agronom Ettinger und ich — empfahlen den Ankauf. In einer Sitzung des Waad Haleumi, der den Boden genau kennt, wurde der Ankauf einstimmig gutgeheißen; aber das wichtigste ist, daß nur das Direktorium des Nationalfonds das Recht hat, für den Nationalfonds zu beschließen. Das Direktorium stimmte zu. Professor Warburg stimmte zu, Johann Kremenetzky, einer der Gründer des Nationalfonds, ein reicher und praktischer Mann, der erst kürzlich in Palästina war und die Verhältnisse dort studiert hatte, empfahl im Haag telegraphisch den Ankauf. Boris Goldberg, der gleichfalls jetzt in Palästina ist, telegraphierte zustimmend. Dr. Bodenheimer, der frühere Vorsitzende des Nationalfonds, stimmte für den Ankauf. Dr. Hantke, Mitglied des Aktionskomitees, stimmte dafür. Nur ein Mann war gegen den Ankauf, daß war Herr De Lieme, der Gouverneur des Nationalfonds, und als Gouverneur legte er gegen den Ankauf Veto ein.

Am 10. April fand eine Konferenz des Nationalfonds im Haag statt. Es wurde beschlossen, den Landkauf zu genehmigen und das nötige Geld zu überweisen. Herr De Lieme legte sein Veto ein und schickte kein Geld nach Palästina. In New York erhielt Dr. Weizmann Telegramme von Dr. Ruppin in Jerusalem und vom Direktorium des Nationalfonds, worin die Exekutive der zionistischen Organisation aufgefordert wurde, Herrn De Lieme das Vetorecht zu entziehen. Wir konnten nicht zugeben, daß ein Mann klüger sei als alle, wenn er für unnötig hält, was wir alle als notwendig ansahen.

Wir fragten telegraphisch Herrn Sokolow in Jerusalem nach seiner Meinung und erhielten seine Antwort, die dahin ging, wir müßten auf dem Ankauf bestehen. Hierauf telegraphierte Doktor Weizmann im Namen des Exekutivkomitees nach dem Haag und entzog Herrn De Lieme das Vetorecht in dieser Angelegenheit. Herr De Lieme antwortete, er habe das Geld nach Jerusalem gesandt, aber als Zeichen des Protestes als Gouverneur des Nationalfonds resigniert.

Ich halte Herrn De Lieme für einen guten und verläßlichen Zionisten, wenn aber die Frage ist, ob wir Herrn De Lieme oder Emek Jesreel verlieren sollen, da verliere ich lieber Herrn De Lieme und ich glaube, daß alle Juden darin mir einig sein werden.

Wer ist für die Nationalfondsformen verantwortlich?

Der Bericht der Reorganisationskommission widmet viel Raum einer Kritik des Systems und der Methoden, die bezüglich der Farmen des Jüdischen Nationalfonds befolgt wurden. Diese Kritik verurteilt, wenn sie berechtigt ist, nur einen Mann: Den Leiter und Direktor des Jüdischen Nationalfonds, Herrn Nehemia De Lieme. Vielleicht gehören auch andere Direktoren des Fonds dazu.

Schon vor dem Kriege wendete ich mich in einer Reihe von Artikeln in der zionistischen Presse und bei verschiedenen zionistischen Konferenzen gegen dieses System und forderte den Jüdischen Nationalfonds auf, sich auf den Bodenerwerb zu beschränken, von der Kolonisation aber die Hände zu lassen. Man hörte nicht auf mich, doch besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen dem, was hätte sein sollen und dem, was ist. Als ich im Oktober 1919 nach Palästina kam und diese Farmen sah, sah, daß sie Wirklichkeit waren und jüdische Arbeiter beschäftigten, konnte ich mit jenen nicht übereinstimmen, die behaupteten, man solle sie eingehen lassen. Wie ich bereits gesagt habe, muß alles einmal Begonnene erhalten und gestärkt, aber nicht zerstört werden. Ich kam dann zur Londoner Konferenz mit einem Vorschlage, alle diese Farmen als Kolonien für kleine Siedler zu reorganisieren. Ich verlangte für die Reorganisation ein Budget, welches aber verweigert wurde. Daher blieb alles so wie es war. Ich beharre bei meiner früheren Ansicht: Reorganisation mit allen Mitteln; unter keinen Umständen aber Zerstörung und ich werde nochmals Geld für diesen Zweck fordern.

Es ist interessant zu bemerken, daß derselbe Herr De Lieme zusammen mit seinen Kollegen den Herren Simon und Szold, in Palästina landwirtschaftliche Posten, die bisher von Zionist Commission erhalten worden waren, zur Weiterführung durch den Jüdischen Nationalfonds übernahm und zwar nach denselben genossenschaftlichen Methoden, gegen die sie protestiere.

Kontrolle der Genossenschaften.

Man beschuldigt uns, bei der Verwaltung der Kwuzoth nachlässig gewesen zu sein. In Wirklichkeit sind sie unserer Verwaltung nicht unterstellt. Sie sind völlig unabhängig, unsere Agronomen und Buchhalter können sie nur zwei- oder dreimal im Jahre zwecks Aufsicht und Beratung besuchen. Vielleicht sollten sie öfter besucht werden, aber dann hätte man das Personal vermehren müssen. Eine Verwaltung an Ort und Stelle einzurichten wäre lächerlich.

Die Fehler der Buchhaltung.

Die Herren der Reorganisationskommission sparen nicht mit ihrer Kritik an dem Buchhaltungssystem der Zionist Commission. Diese Kritik ist ergötzlich, wenn sie vor Herrn Robert Szold aus Amerika gezeichnet ist. Bei meiner Ankunft in Palästina im Oktober 1919 fand ich das von meinem Vorgänger Herrn Szold eingerichtete System vor. Ich habe zufällig einige Kenntnis der Buchführung und als ich das System prüfte, fand ich, daß es dezentralisiert war und war der Meinung, es sollte zentralisiert werden. Ich schlug die nötigen Aenderungen vor, stieß aber auf den Widerstand nicht nur der Departementschefs, die ich umgestimmt haben würde, sondern auch des Leiters des Rechnungs-Departements Herrn Robert D. Kesselmann, der mit mir zugleich gekommen und von der amerikanischen Organisation als Sachverständiger mit weitgehenden Vollmachten entsendet worden war. Herr Kesselman, der sich als Spezialist und als Vertreter der amerikanischen Zionisten stark in seiner Stellung fühlte, lehnte die Zentralisierung ab und da ich nicht wünschte, einen Konflikt mit dem Vertreter der amerikanischen Organisation heraufzubeschwören, hielt ich es für das beste, nachzugeben.

So blieb also das Buchhaltungssystem in der Form, in der ich es vorgefunden hatte und in der es von Herrn Szold hinterlassen worden war.

Anfangs Oktober 1920, als Herr Kesselman aus der Zionist Commission austrat, brachte ich die Frage wieder aufs Tapet, inzwischen traf aber die Reorganisationskommission ein und die zentralisierte Abrechnung wurde angenommen. Die ganze Anklage sollte also nicht gegen mich, sondern gegen die Amerikaner und deren Vertreter gerichtet werden.

Uebelstände im Beamtenstand der Zionist Commission.

Die Anklage wird erhoben, die Zionist Commission habe viel zu viel Beamte gehabt. Diese Beschuldigung ist leicht zu erheben. Wir hörten sie auch in den Straßen von Jerusalem. Manche Leute fragten, warum in der Zionist Commission so viele Beamte säßen, die nichts arbeiteten.

Betreffs der Gehälter gibt die Reorganisierungskommission selbst zu, daß sie mit Rücksicht auf die Kosten der Lebenshaltung sehr niedrig waren. Betreffs der Zahl der Beamten ist eine längere Erklärung notwendig. Als ich nach Palästina kam, fand ich zwei parallele Organisationen nebeneinander: die Zionist Commission in Jerusalem und das sogenannte Palästinaamt in Jaffa. Ich war überrascht, daß mein Vorgänger Herr Robert Szold nicht, statt mir diese Erbschaft zu hinterlassen, die beiden Stellen vereinigt und so die Beamtenzahl vermindert hatte. Nach einiger Zeit gelang es mir, die beiden Organisationen in Jerusalem zu vereinigen. Ich setzte auch schrittweise die Zahl der Beamten herab. Dies war nicht ganz leicht. Es ist schwer, Leute auf die Straße zu werfen, wenn Beschäftigung sehr schwer zu finden ist. Es mußten gewisse Entschädigungen gewährt werden. Zudem war mit hoher Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß sehr bald die große Arbeit beginnen und all diese Beamten nötig werden würden. Und trotz der Behauptung der übergroßen Beamtenzahl, konnte die Reorganisationskommission, als sie um jeden Preis versuchte, die Zahl der Beamten herabzusetzen, nur auf acht niedere Beamte verzichten und dies nur, weil das technische Departement aufgelassen wurde, nachdem man beschlossen hatte, keine technischen Arbeiten mehr durchzuführen. Eine Gruppe von Beamten wurde von der Zionist Commission zur P. L. D. C. transferiert, die sich mit dem Landerwerb beschäftigen soll.

Dies war das Aeußerste, was sie tun konnten. Die ganze Entrüstung ist nicht nur übertrieben, sondern hat in Wirklichkeit überhaupt keine Grundlage. Ich möchte hinzufügen, daß die Ausgaben für Gehälter und andere Verwaltungsbedürfnisse, wenn ich nicht irre, zehn oder zwölf Prozent des allgemeinen Budgets betragen. Natürlich wird dieses Verhältnis noch niedriger sein, wenn das Budget erhöht wird. Ich möchte wissen, ob irgend eine Institution, die zionistische Organisation von Amerika nicht ausgenommen verhältnismäßig weniger für Verwaltungszwecke ausgibt.

Jüdische Arbeiter bei Regierungsarbeiten.

Die Reorganisationskommission bedauerte lebhaft, daß der Vorschlag der Regierung, weitere Arbeiter aufzunehmen, von der Zionist Commission nicht sogleich glatt angenommen werden

könnte, weil alle unsere verfügbaren Gelder be**nötigt** wurden, um das größtenteils unproduktive **Budget** der Commission zu decken. Die hierin enthaltenen Beschuldigungen sind unwahr. Es ist nicht vorgekommen, daß wir Regierungsarbeiten zurückwiesen, wenn es die Bedingungen, zum Beispiel die Löhne, überhaupt zuließen, obgleich wir für diesen Zweck Geld brauchten und keines hatten. Ein einziges mal lehnten wir einen Antrag auf Beistellung von 500 Arbeitern für das Militär ab, weil sie am Sabbath hätten arbeiten müssen. Und wenn wir kein Geld hätten, so kam **es nicht** daher, daß das Geld für unproduktive Arbeiten ausgegeben wurde, sondern weil wir weniger als wenig erhielten. Wir halten für sehr **produktiv**, was diese Herren für unproduktiv halten. Es ist ein fundamentaler Gegensatz der Auffassungen. Ich lasse mir nicht einreden, daß, wenn wir das Wenige, was wir haben, hätten zu Grunde gehen lassen, genug Geld für mehr Einwanderer vorhanden gewesen wäre. Bevor wir etwas Neues schufen, mußten wir das Alte erhalten, nicht aber es eingehen lassen, was das Programm der Reorganisationskommission zu sein **scheint.**

Die Jemeniten.

Der Bericht beschuldigt die Zionist Commission, die Jemeniten zu vernachlässigen. Es ist richtig, daß die Lage der Jemeniten sehr schlimm ist. Ich frage: Warum hat Herr Robert Szold, der die Commission ein halbes Jahr leitete und mehr Geld hatte, als zu meiner Zeit verfügbar war, nichts für die Jemeniten getan? Die Zionist Commission nahm in meiner Amtszeit Interesse an den Jemeniten. Sie baute für sie eine Wasserleitung in ihrer Ansiedlung bei Petach Tikwah. Sie baute Häuser für sie, sowohl in dieser Ansiedlung wie auch in Nachlath Jehuda. Das war wenig und weniger als wenig, aber wir hatten kein Geld.

Was die Kritik daran betrifft, daß es bei Rischon keine Wasserleitung gab, so scheint die Frage nicht ganz aufrichtig zu sein. Die Jemeniten nehmen ein sehr kleines Grundstück bei Rischon ein, das kaum für zehn oder zwölf Häuser reicht. Ein Brunnen würde dort eine beträchtliche Summe kosten. Es wäre ein schlechtes System, für nur zehn oder zwölf Häuser einen zu bauen.

In Karkur, wo uns vorgeworfen wird, daß eine Ernte im Werte von £ 600 infolge Mangels an Räumlichkeiten für die Unterbringung verdarb, bauten wir nicht, weil der Jüdische Nationalfonds dort keinen Boden hatte, und so lange der Jüdische Nationalfonds den Boden nicht bekommen kann, kann kein Bau durchgeführt werden. Auch ist der Ausdruck „Verderbnis" übertrieben.

Die Zionist Commission und die Exekutive.

Die Reorganisationskommission fordert, daß die Arbeit der Einwanderungskolonisation und Ansiedlung von der zionistischen Exekutive selbst übernommen werden solle. Die hier gemachte Unterscheidung zwischen der Commission und der Exekutive ist falsch. Es ist nicht so, daß es eine Exekutive in London und eine Commission in Palästina gibt. Die Kommission ist ein Teil der Exekutive. Beide sind vom Kongreß gewählt. Der Kongreß und sodann beide Teile der Exekutive in Zusammenarbeit bestimmen das System und Programm und das allgemeine Budget. Demgemäß muß der Teil der Exekutive, der in Jerusalem sitzt, eben die Commission, Vollmacht zur Führung der Arbeit haben. Wer die Verantwortung für die Arbeit trägt, kann nicht in Detailfragen Weisungen aus London unterworfen sein. Bisher war ich das einzige Mitglied der Kommission, das gleichzeitig Mitglied der Exekutive war. Wir werden jetzt vorschlagen, daß alle Mitglieder der Kommission Mitgleder der Exekutive sein sollen.

Die „Proteste in der ganzen Welt".

Folgende Behauptung der Reorganisierungskommission ist charakteristisch. Nicht nur in Amerika, sondern auch in ganz Europa erheben sich Proteste gegen den unangemessenen Gebrauch unserer Gelder für laufende und wirtschaftlich unproduktive Auslagen.

Wenn ich nicht eben in Amerika wäre, würde ich der Behauptung betreffs der Proteste in Amerika geglaubt haben, so aber kann ich mich selbst überzeugen. Was die Proteste in Europa betrifft, so kann ich sagen, daß ich von keinem gehört habe.

Die Reorganisationskommission als Hüterin der Kaschruth.

„Es wurde nicht darauf geachtet," sagt der Bericht, „daß in allen Küchen koschere Verpflegung erhältlich war."

Es gibt nichts Ergötzlicheres, als daß Herr Szold und die anderen Herren der Reorganisationskommission mich wegen Kaschruth in Palästina anklagen wollen. Es wäre interessant, Rabbi Kuk und den Misrachi zu fragen, wem sie in puncto Kaschruth in Pläsina mehr vertrauen, den Mitgliedern der Reorganisationskommission oder mir. Ich erkläre, daß alle Küchen bei den von der Zionist Commission beaufsichtigten Institutionen und Arbeiten streng koscher sind. Ich könnte es anders gar nicht begreifen.

Natürlich bedauere ich lebhaft, daß manche Arbeiter von der äußersten Linken in Fragen der Religion und Kaschruth anderer Meinung sind. Aber ihre Küchen werden aus den Löhnen der Arbeiter erhalten und unterliegen keinen Polizeiverfügungen. Die Zionist Commission kann sich auch um sie kümmern. Dies muß aber im Geiste der Kameradschaft und durch Anwendung persönlichen Einflusses geschehen. Rabbi Kuk und andere orthodoxe Juden wissen, daß ich in dieser Richtung tue, was möglich ist. Ich tue es nicht der Reorganisationskommission zu Gefallen. Manchmal habe ich Erfolg und manchmal nicht.

Ich weiß nicht, ob ich diese von der Reorganisationskommission vorgebrachte Beschuldigung als komisch oder als tragisch ansehen soll.

Wen klagen sie an?

Gegen Ende des Berichtes leistet sich die Reorganisationskommission, bestehend aus den Herren Szold, Simon und de Lieme, die allgemeine Behauptung, daß „die bisherige Arbeit sowohl der Zionist Commission als auch des Jüdischen Nationalfonds, wie wir zu urteilen genötigt sind, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus größtenteils negativ in ihren Ergebnissen waren". Ich teile diese Meinung nicht. Wenn sie aber richtig ist, dann trifft die Verantwortung folgende Herren: den früheren Leiter der Zionist Commission, Herrn Robert Szold; den Leiter des Jüdischen Nationalfonds, Herrn Nehemia de Lieme, und den Direktor des Londoner Palästinadepartements, Herrn Julius Simon.

Das Schulsystem in Palästina.

Die Reorganisationskommission widmet den Schulen mehr Raum als irgend einem anderen Einzelproblem. Die Frage liefert eine weitere Illustration für den grundsätzlichen Gegensatz der Anschauung zwischen der Zionist Commission, die meiner Meinung nach ein gesundes zionistisches System vertritt, und den Herren der Reorganisationskommission. Nach meiner Meinung ist das Schulsystem für uns von größter Wichtigkeit, nicht nur kulturell, sondern auch politisch. Wir stehen vor dem Problem, ein Volk aus einer Anzahl bunter Elemente zu schaffen, die verschiedene Sprachen und verschiedene Kulturen mitbringen. Dieses Problem kann nur durch die Schulen gelöst werden. Wir sind ferner sowohl der Zahl nach als auch wirtschaftlich schwach. Das einzige Gebiet, auf dem wir Kraft gewinnen können, noch bevor wir stark an Zahl sind, ist das Gebiet der Kultur, und gerade jetzt, wo allmonatlich neue arabische Schulen eröffnet werden und die Araber nicht nur wirtschaftlich, sonderen auch kulturell vorwärts kommen, wäre es ein nationales Verbrechen, wenn wir unser eigenes Kulturwerk schwächten.

Natürlich muß die jüdische Bevölkerung im Lande ihren Teil des Budgets tragen und dies tat sie im Ausmaß ihrer Fähigkeit. Wir dürfen nicht vergessen, daß es in Palästina eine Reihe von Schulen von europäisch-christlichem Charakter gab und noch gibt, wie die Missionsschulen, wo der Unterricht unentgeltlich ist und die Schüler noch Unterstützung an Nahrung und Kleidung erhalten. Wir dürfen nicht vergessen, daß in Palästina nichtnationale jüdische Schulen bestehen, deren Besuch billig ist. Wir müssen daran denken, daß 75 Prozent der jüdischen Bevölkerung in den größeren Städten, wie Safed, Tiberias, Jerusalem und Hebron, sehr arm sind; daß in allen europäischen Ländern und in Amerika die Schulen, besonders die Volks- und Bürgerschulen, von der Regierung oder von den Gemeinden erhalten werden. In Palästina ist dies nicht möglich gewesen. Bloß die Koloniekomitees (Waadim) tragen zu ihrer Erhaltung bei. Diese Beiträge wachsen. Vor dem Kriege trugen sie sozusagen nichts bei, heute 15 Prozent des Gesamtbudgets. Im nächsten Jahre wird sich der Beitrag hoffentlich auf 25 Prozent erhöhen. Eine solche Erhöhung soll jedes Jahr stattfinden. Aber der Tag ist noch fern, wo die Bevölkerung das ganze Budget unseres Schulsystems decken kann. Wir müssen darauf Rücksicht nehmen, daß die Einwanderer, die jetzt kommen, größtenteils mittellos sind. Ihre Kinder werden so ziemlich unentgeltlich unterrichtet werden müssen.

Die allgemeine Verwaltung unserer Schulen, sowie alle System- und Programmfragen obliegen dem Waad Hachinuch (Erziehungskomitee), welcher Vertreter der zionistischen Organisation, der organisierten palästinensischen Judenheit und der Lehrerorganisation umfaßt. So wird der Charakter der nationalen Erziehung der künftigen Judenheit Palästinas bestimmt. Es wäre ganz falsch und sehr unklug, diese höchst wichtige Angelegenheit einem Verein von Beitragsleistern zu übertragen. Einen solchen Verein schlägt die Reorganisationskommission vor. Ich denke, die wohlbekannte Politik der Alliance, die ein solcher Schulverein ist, und der Sprachenkampf mit dem Hilfsverein sollten eine genügende Warnung vor einem neuen Schulverein gewesen sein.

Die Reorganisationskommission sagt, etwa ein Drittel des ganzen Budgets für die Schulen sei ein sehr hoher Anteil. Das gebe ich zu. Doch vergessen wir nicht, daß, als ich ein Budget für ein großes Arbeitsprogramm in Palästina vorlegte, der für die Schulen bestimmte Betrag nur 12 Prozent betrug. Natürlich wurde das von mir vorgelegte Programm unmöglich, weil die Mittel nicht geschaffen wurden, um es durchzuführen. Daher sieht der für die Erhaltung der Schulen erforderliche Betrag in dem bescheidenen Gesamtbild groß aus. Ich glaube, der Jischuw kann nicht dadurch gerettet werden, daß man die bestehenden Schulen zugrunde gehen läßt, sondern durch die Sicherung größerer Mittel für die Durchführung eines umfassenden Kolonisationsprogrammes. Dann wird das Schulbudget im allgemeinen Budget keinen so großen Raum einnehmen.

Betreffs der Musikschulen ist die Kritik der Reorganisationskommission lächerlich übertrieben. Das ganze Budget dieser Schulen in Jerusalem, Jaffa und Haifa beträgt etwa 800 Pfund jährlich. Ich glaube nicht, daß diese Summe unsere Einwanderung und die Chaluzimbewegung retten könnte. In Haifa und Jaffa betrug die Subvention, die wahrscheinlich bereits herabgesetzt wurde, ein paar hundert Pfund. Was die Schule in Jerusalem anlangt, so glauben wir, daß eine Schule, wo man Musik in hebräischer Sprache unterrichtet, wo jüdische Musik entwickelt wird, wo nicht nur jüdische, sondern auch nicht-jüdische Kinder unterrichtet werden, nicht nur einen ästhetischen, sondern auch einen politischen Wert hat, der ebenso hoch ist, wie die Kosten von 600 Pfund. Tatsächlich versuchten einige Antisemiten, der Musikschule in Jerusalem den hebräischen Charakter zu nehmen. Sie verlangten ihre Internationalisierung. Die Reorganisationskommission hätte die Verhältnisse in Palästina nicht vom Gesichtspunkte der paar ausgegebenen Dollar, sondern vom Standpunkt des Aufbaues unseres nationalen Lebens studieren sollen. Die Frage der Erhaltung der Musikschule wurde übrigens in einer der ersten Sitzungen der Exekutive im Juli 1920 erörtert. An der Sitzung nahmen die Herren Simon und de Lieme teil und das Budget wurde bewilligt. Sie kritisieren also heute, wie es scheint, ihren eigenen Beschluß.

Schluß.

Ich habe auf die Behauptungen im Berichte der Reorganisationskommission, die als tatsächliche Behauptungen auftreten, geantwortet. Der Bericht enthält weitere Erklärungen, die bloß Meinungen, Ansichten und Gefühle ausdrücken. Auf diese zu antworten, halte ich mich nicht für verpflichtet. Was die Behauptungen anlangt, die tatsächlichen Inhalt haben wollen, so sind sie entweder unrichtig oder die Tatsachen sind unrichtig aufgefaßt oder es liegen fundamentale Unterschiede in der Bewertung der Tatsachen vor.

In einem Punkte scheiden wir uns radikal von den Mitgliedern der Reorganisationskommission. Wir behaupten, daß wir große Mittel aufbringen und ein großes Arbeitsprogramm in Palästina ins Werk setzen müssen. Im Laufe dieser Arbeit können wir schrittweise die alten Formen, Methoden und Einrichtungen ändern, die eine Aenderung erheischen. Aber bevor das Neue und Große geschaffen ist, wäre es ein Verbrechen gegen Gott und Menschen, das zu zerstören, für dessen Schaffung unser Volk seit 40 Jahren kämpft. Die Reorganisationskommission ist anderer Ansicht. Sie glaubt, daß wir selbst wegfegen müssen, was bisher getan ist, und dann auf reinen Boden mit neuen Formen und nach einem neuen System beginnen müssen. Gegen diesen Vorschlag werden meine Genossen und ich mit allen unseren Kräften ankämpfen. Daß die Reorganisationskommission und ihre Parteigänger fähig sind, zu zerstören, bin ich bereit zu glauben, daß sie aber die Kraft und Kenntnis haben werden, nachher etwas Besseres zu schaffen, darin sind meine Genossen und ich sehr skeptisch, und so werden wir, wenn man kommt und empfiehlt, dieses gefährliche Experiment am Leibe des palästinensischen Jischuw vorzunehmen, aus allen Kräften rufen: Hände weg!

Der XII. Zionistenkongreß.

Das Büro des Zionistenkongresses in Karlsbad gibt folgende Mitteilung heraus:

Der XII. Zionistenkongreß beginnt in Karlsbad am 1. September.

Tribünenkarten.

Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Zahl der für Gäste verfügbaren Plätze werden, um möglichst vielen Zionisten die Teilnahme am Kongreß zu ermöglichen, neben Dauerkarten für den ganzen Kongreß, auch Karten für die einzelnen Verhandlungstage ausgegeben. Vorläufig rechnen wir mit einer Mindestdauer des Kongresses von zehn Verhandlungstagen.

Eine Verteilung von Tribünenkarten durch das Kongreßbüro könnte nur nach zufälligen Gesichtspunkten erfolgen und würde daher zu Unzuträglichkeiten Anlaß geben. Demgemäß wird das Kongreßbüro Tribünenkarten überhaupt nicht an einzelne Personen, sondern nur an die Zentralen der Landesverbände und die Landesbüros der Sonderverbände ausgegeben. Die Verteilung der Karten auf die einzelnen Besteller wird also nur von diesen Büros erfolgen. Bestellungen auf Tribünen-(Gast-)Karten für den Zionistenkongreß sind daher nicht an das **Kongreßbüro**, sondern ausschließlich an die Zentralen der Landesverbände und die Landesbüros der Sonderverbände zu richten. Eine Bestellung direkt an das Kongreßbüro verursacht unnütze Verzögerungen und kann event. die Nichtberücksichtigung der Bestellung verursachen. Nur da, wo keine Möglichkeit besteht, sich an das Büro eines Landes- oder Sonderverbandes zu wenden, haben Bestellungen direkt an das Kongreßbüro Zweck.

In der tschechoslowakischen Republik wohnhafte Personen haben ihre Bestellungen zu richten an **das zionistische Zentralkomitee, Mähr.-Ostrau, Lukasgasse 6.**

Bestellungen auf Tribünenkarten müssen bis spätestens zum 15. Juli bei den Büros eingelaufen sein.

Angesichts der enorm gesteigerten Unkosten dieses Kongresses mußten die Preise für Tribünenkarten wesentlich höher angesetzt werden als früher. Für die Tschechoslowakei betragen die Preise für Tribünenkarten: Dauerkarte (für den ganzen Kongreß) Kč 500, Einzelkarte für den ersten Verhandlungstag Kč 75, Einzelkarten für jeden weiteren Verhandlungstag Kč 50.

Der Betrag für bestellte Tribünenkarten muß gleichzeitig mit der Bestellung an das Zion. Zentralkomitee in Mähr.-Ostrau eingesendet werden, wobei eine Manipulationsgebühr in der Höhe von 10 Prozent zuzuschlagen ist. Der Bestellung muß ferner eine Bestätigung der zuständigen zionistischen Ortsgruppe beiliegen, daß der Besteller in der Tschechoslowakei wohnt.

Mitteilungen über die Zuteilung von Tribünenkarten erfolgt durch die Büros der zuständigen Landes- und Sonderverbände.

Stehplätze.

Das Kongreßbüro wird für die Einrichtung einer größeren Anzahl von billigen Stehplätzen Sorge tragen. Mitteilung hierüber kann erst später erfolgen.

Logis.

Voranmeldungen für Logis sind an das **Kongreßbüro** zu richten. Hierbei ist folgendes Schema zu benutzen:

Herr . . . . . mit Frau, Tochter, Sohn aus . . . . Straße Nr. . . beabsichtigt zum Zwölften Zionistenkongreß nach Karlsbad zu kommen und benötigt für die Zeit vom . . . bis . . . 1921 . . . Zimmer mit je . . . Betten.

bis zum Preise von Kč 10 pro Bett
bis zum Preise von Kč 20 pro Bett
bis zum Preise von Kč 40 pro Bett
im Preise von über Kč 40 pro Bett

(Das gewünschte zu unterstreichen.)

Gruppen von Personen, die den Kongreß zu besuchen beabsichtigen, und gemeinsames billiges Quartier wünschen, werden um entsprechende Mitteilung ersucht.

Ordner.

Da für Ordner schon jetzt hinreichend gesorgt ist, kann auf Einlaß durch Beteiligung am Ordnerdienst n i c h t gerechnet werden.

Presse.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch die Ausgabe von Pressekarten nur in beschränkter Zahl erfolgen kann und ebenfalls ausschließlich im Einvernehmen mit den Landesorganisationen und Sonderverbänden geschieht.

Das Büro des Zwölften Zionistenkongresses
Karlsbad, Schützenhaus.
Telegramm-Adresse: Congrezion, Karlsbad.

Schekelausweis Nr. 1.

Bisher sind bei uns folgende Schekel eingelaufen und abgerechnet:

A. Böhmen.

Nr.	Ort	Anzahl	Nr.	Ort	Anzahl
1.	Aussig	140	27.	Marienbad	10
2.	Benešov	13	28.	Mies	24
3.	B. Leipa	4	29.	Náchod	67
4.	Vral	1	30.	Neuern	14
5.	Brüx	100	31.	Rymburk	6
6.	Budweis	40	32.	Pardubice	20
7.	Dobřiš	23	33.	Pilsen	292
8.	Dux	26	34.	Plan	1
9.	Eger	10	35.	Podersam	5
10.	Gablonz	45	36.	Postelberg	2
11.	Graslitz	1	37.	Prag	559
12.	Groß-Grünau	1	38.	Reichenberg	58
13.	Heřm. Městec	1	39	Roubovice	10
14.	Hostomice p. Brdy	1	40.	Roudnice	9
			41.	Rudolec	1
15.	Hradec Králové	1	42.	Saaz	46
16.	Hronov	10	43.	Studnoves	1
17.	Jaroměř	1	44.	Teplitz-Schönau	124
18.	Jindř. Hradec	14	45.	Tetschen-Bodenbach	89
19.	Karlsbad	282	46.	Trautenau	90
21.	Kolin	17	47.	Votice	4
20	Kladno	1	48.	Vrňany	1
22.	Komotau	76	49.	Warnsdorf	16
23.	Kopidlno	1	50.	Zwickau	1
24.	Landskron	19			
25.	Langenbruck	1			
26.	Leitmeritz	60		Summe	2341

Schekel im Gesamtbetrage (samt Parteisteuer) von Kč 51.311.—

B. Mähren und Schlesien.

1.	Bautsch	220	20.	M.-Weißkirchen	100
2.	Boskowitz	15	21.	Neutitschein	44
3.	Brünn	160	22.	Oderfurt	36
4.	Eibenschitz	10	23.	Olmütz	83
5.	Eisgrub	1	24.	Orlau	18
6.	Freistadt	11	25.	Pohrlitz	32
7.	Freudenthal	23	26.	Prerau	30
8.	Gaya	30	27.	Proßnitz	143
9.	Göding	22	28.	Strážnice	35
10.	Holleschau	4	29.	Teschen	50
11.	Iglau	56	30.	Troppau	231
12.	Jägerndorf	67	31.	Ung.-Brod	32
13.	Jamnitz	11	32.	Ung.-Hradisch	83
14.	Kojetein	3	33.	Ung.-Ostra	65
15.	Kostel	3	34.	Wolframs	10
16.	Kremsier	26	35.	Znaim	26
17.	Leipnik	8	36.	Zuckmantel	17
18.	Lundenburg	22	37.	Zwittau	7
19.	M.-Ostrau	344			
				Summe	1860

Schekel im Gesamtbetrage (samt Parteisteuer) von Kč 44.790.—

C. Slowakei.

1.	Banovce	218	20.	Pov. Bystrica	30
2.	B. Bystrica	50	21.	Prešov	183
3.	Bratislava	223	22.	Prividza	20
4.	Brezova	1	23.	Rim. Sobota	57
5.	Dolni Ohaj	2	24.	Satin	2
6.	Farkasd	4	25.	Sered n. V.	47
7.	Hlohovec	18	26.	Somorja	8
8.	Holič	10	27.	Stub. Teplice	35
9.	Kesmarok	28	28.	Trenčin	10
10.	Komarno	30	29.	Trnava	64
11.	Levice	4	30.	V. Bytča	1
12.	Lipjany	42	31.	V. Bystrica	62
13.	Namesto	8	32.	V. Tapolčany	125
14.	Nitra	157	33.	Vrbove	58
15.	Nitr. Zambokrety	38	34.	Vrbovce	20
16.	Nova Ves	2	35.	Vrutky	105
17.	Nove Mesto n. V.	66	36.	Žilina	150
18.	Nove Zamky	184			
19.	Pezinok	25		Summe	2087

Schekel im Gesamtbetrage (samt Parteisteuer) von Kč 65.470.—

D. Karpathorußland.

Ohne Spezifikation insgesamt 2006 Schekel im Betrage von Kč 10.030.— (ohne Parteisteuer).

Rekapitulation.

Böhmen	2341	Schekel im Betrage von Kč	51.311·—
Mähren u. Schlesien	1860	„ „ „ „ „	44.790·—
Slowakei	2087	„ „ „ „ „	65.470·—
Karpathorußland	2006	„ „ „ „ „	10.030·—
Insgesamt bisher	8294	Schekel im Betrage von Kč	171.601·—

Die Schekelsammlung ist noch nicht abgeschlossen. Weitere Ausweise folgen.

Mähr.-Ostrau, 5. Juli 1921.

Zionistisches Zentralkomitee in der tschechoslowakischen Republik.

Das Schicksal des „Juden“.

Wie uns der Jüdische Verlag mitteilt, hatte die bisherige Aktion, die die Gewinnung neuer Abonnenten für die von der Gefahr der Einstellung bedrohte Monatsschrift „Der Jude“ bezweckte, trotz mancher Einzelerfolge noch nicht jenes Ergebnis, welches allein die Weiterführung der Zeitschrift sichern kann. Allgemein und übereinstimmend wurde dem Verlag aus den verschiedenen Ländern mitgeteilt, als welch großen und unersetzlichen Verlust man das Eingehen dieser einzigen Zeitschrift empfindet, die heute dem Zionismus zur Weiterführung und Durchbildung seiner Theorie und dem Judentum zur Verbreitung noch zur Verfügung steht. Leider sind [illegible] Darbringung eines objektiv einwandfreien Tatsachenmaterials gegenüber der antisemitischen jedoch diesen Kundgebungen des Bedauerns und der Einsicht in die unbedingte Erforderlichkeit der Zeitschrift vielfach nicht die notwendigen Taten gefolgt. Es ist aber festzustellen, daß andererseits auch eine ganze Anzahl von Ortsgruppen und Einzelpersonen bemüht war, uns wirksam in der von uns unternommenen Aktion zu unterstützen. In Deutschland sind insbesondere die kleineren Ortsgruppen mit gutem Beispiel vorangegangen, so ist vor allem Erfurt zu erwähnen, von wo der Jüdische Verlag eine bei der Größe des Ortes und der Ortsgruppe sehr beträchtliche Anzahl von Neu-Abonnements erhielt. Ueberdies sammelte ein Mitglied dieser Ortsgruppe bei dem Kasseler Jugendtag außerdem eine größere Anzahl von Abonnements. Auch Hannover, Halberstadt, Halle, Elberfeld, Ortelsburg u. a. hatten mit ihren Bemühungen Erfolg. Diese Beispiele und manche andere zeigen, daß es durchaus möglich sein muß, eine größere Anzahl von Abonnenten auch in anderen Städten aufzubringen. Leider kann die Beobachtung gemacht werden, daß insbesondere aus den großen Städten mit ihren zahlreiche Mitglieder umfassenden Ortsgruppen noch die wenigsten Neu-Abonnements eingegangen sind. — Im Auslande zeigt sich ebenfalls ein lebhaftes Interesse, das durch die Erkenntnis von dem drohenden Verlust wachgerufen wurde. Aus Böhmen schrieb ein Student dem Jüdischen Verlag, es wäre „eine Schmach und Schande“, wenn „Der Jude“ eingehen müßte, und er wolle es nicht nur beim Reden bewenden lassen, sondern in seiner freien Zeit im ganzen Lande herumreisen, um Abonnenten zu sammeln. In der Tschechoslowakei hat sich auch der Chaluzim-Verband in den Dienst der Gesamtzahl mindestens 500 neue Bezieher in Aussicht gestellt. Es werden für diesen Staat als Gesamtzahl mindestens 500 neue Bezieher in Aussicht gestellt. Aus Ungarn überwies ein Budapester Gesinnungsgenosse sofort den Betrag von 1000 Mark und erklärte, mindestens für diesen Betrag Neu-Abonnements sammeln zu können. Wenn in einem solchen valutaschwachen und von permanenten Judenverfolgungen heimgesuchten Lande diese beispielgebende Anteilnahme an den Bemühungen, den „Juden“ zu erhalten, möglich ist, dann muß es unverständlich bleiben, warum gerade die Länder mit besserer Valuta und günstigeren äußeren Bedingungen die erforderliche Mindestanzahl an Abonnenten für die repräsentative Monatsschrift des Zionismus und des modernen Judentums überhaupt nicht aufbringen können.

Daß auch in nichtzionistischen Kreisen man sich dessen bewußt ist, daß das Eingehen dieser Monatsschrift einen gesamtjüdischen Verlust bedeuten würde, dafür mag folgengende Tatsache als Beleg dienen: Ein hervorragender nichtzionistischer deutscher Rabbiner hat sich bereit erklärt, in seinem Bekanntenkreise Abonnements zu sammeln. Er tat dies in der Einsicht, daß der „Jude“ kein zionistisches Organ nach der Parteischablone ist, sondern eine freie Tribüne, die auch gegnerischen Ansichten zur Verfügung steht und deren Wert als ein geistiges Repräsentativorgan für das gesamte Judentum unbestreitbar ist.

Wie der Verlag uns bekanntgibt, ist jedoch trotz dieser und anderer schöner Teilerfolge erst die Hälfte der unumgänglich notwendigen Neu-Abonnements, nämlich erst zirka 600, gesammelt. Auch wenn vorausgesetzt wird, daß sämtliche früheren Abonnenten ihr Abonnement erneuern, ist infolgedessen die Gefahr der Einstellung noch nicht abgewendet. Es wird daher an alle diejenigen, die an geistigen jüdischen Dingen ein wirkliches und auch ein werktätiges Interesse haben, nochmals der dringende Appell gerichtet, nicht zuzulassen, daß eine Zeitschrift von so anerkannter Bedeutung ihr Erscheinen einstellen muß und hierdurch die einzige wissenschaftliche Revue, die der Zionismus heute noch besitzt, verloren geht.

Die Adresse des Jüdischen Verlages, Abt. „Der Jude“, ist Berlin NW 7, Dorotheenstr. 35.

Die Aussichten der Bauindustrie in Palästina.

(Ziko.) Im „Haolam“ gibt Dr. Sagarodsky folgenden weiteren Bericht vom Baumarkt in Palästina:

In meinem ersten Artikel sprach ich über das Bauwesen im Lande. In Jaffa bereichert diese Industrie die Unternehmer und keiner zweifelt mehr an ihrem Gewinn. Fälle von Häusern, die noch ohne Fenster vermietet und bezogen werden, geschehen jeden Tag. Es ist nur natürlich, daß das Bauwesen eine unerschöpfliche Quelle in dieser Hafenstadt für alle, die sich mit ihm beschäftigen, ist. Auch in Haifa ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Bauwesen die beste Kapitalsanlage für alle diejenigen ist, die imstande sind, mit eigenem Geld ein Haus mit mehreren Wohnungen zu bauen. Auch dort zahlt man für eine mittlere Wohnung 300 Pfund St. jährlich, wobei die Jahresmiete für ein ganzes Jahr vorausbezahlt wird. Wie Tel-Awiw bei Jaffa, so die deutsche Kolonie in Haifa. Die deutschen Hausbesitzer bereichern sich auf Kosten der Juden, die alle in diese Kolonie strömen. Dagegen beziehen die Engländer den Karmelberg, wo in der nächsten Zukunft eine neue Stadt entstehen wird. Die Regierung hat allen Beamten Bauterrains zu je 100 L. gegeben, wo sie jetzt ihre Häuser aufbauen. Auf dem Karmelberg sind noch Hunderte von Parzellen zu haben. Aber bis jetzt hat sich noch niemand gefunden, der hier genug Unternehmungsgeist besitzt, um hier eine neue jüdische Stadt entstehen zu lassen. Der Karmel zeichnet sich mit seiner schönen und gesunden Lage in ganz Palästina aus. Es war zwar davon die Rede, daß „Haboneh“ einige Häuser auf dem Karmel bauen wird, bis jetzt ist das aber noch nicht geschehen. Inzwischen nimmt die Wohnungsnot wahnsinnige Formen an, da mit jeder Woche mehrere Familien nach Haifa kommen, die sich dort niederlassen wollen.

Noch schlimmer ist es in Jerusalem. Aus verschiedenen Gründen wollte man nach dem Kriege im Stadtgebiet nicht bauen lassen. Es hieß, man wolle zuerst einen neuen Stadtplan ausarbeiten, und erst nach diesem Plan solle man das Bauen erlauben. Den ersten Plan hat ein ägyptischer Architekt ausgearbeitet, den man aber nach einem Jahre verworfen hat. Den zweiten Plan machte ein berühmter Gelehrter, den auch die Juden begeistert aufnahmen. Wie verlautet, soll aber auch dieser Plan mehr theoretischen als praktischen Charakters sein. Inzwischen baut niemand und die alten Häuser sind vollgepfropft.

Die Wohnungsnot ist auch in den entlegendsten Winkeln fühlbar. Die Regierung in Berseeba hat öffentlich mitgeteilt, daß sie bereit ist, große Vergünstigungen demjenigen zuteil werden zu lassen, der in der Stadt ein Hotel bauen wird; Baumaterial, billige Arbeiter und Mieter wollte die Regierung sicherstellen. Kurzum, das Bauen ist in ganz Palästina das beste, rentabelste Unternehmen. Selbstverständlich sind auch die mit dem Baufach verwandten Industrien sehr gewinnbringend.

Palästina ist ein gebirgiges Land und hat keinen Mangel an Steinen. In Jaffa, Jerusalem und Haifa gibt es genug Bausteine, aber die Steinbrüche sind bis zur Zeit in den Händen von Nichtjuden: auch die Arbeiter sind nichtjüdisch. Die Besitzer der Steinbrüche haben den Preis der Steine gesteigert, weil sie wußten, daß wir vollständig auf sie angewiesen sind. Dasselbe ist auch vom Kalk zu sagen. Im Lande sind sehr viele Kalkbrennereien, deren Besitzer Nichtjuden sind, die die Lage ausnützen wollten und wahnsinnige Preise verlangten. Eine Zeit lang haben sie das Kalkbrennen überhaupt eingestellt, weil sie bei dem Bau von Regierungswegen lohnendere Beschäftigung fanden. Das ganze jüdische Bauwesen mußte dann eingestellt werden. Dachziegel z. B. führte man bis jetzt aus Frankreich ein. Nun hat aber Frankreich die Ausfuhr von Dachziegeln, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete notwendig sind, verboten.

Vielfach ging man an die Errichtung von Zementfabriken. Der Zement ist noch teuer, trotzdem arbeiten die Fabriken sehr gut. Viele Häuser sind aus Zementsteinen und Hohlziegel bereits erbaut worden. So ist man auf einmal die arabischen Steinbrüche mit ihren Arbeitern, Kamelen und Eseln losgeworden. Alle Zementfabriken verdienen sehr gut, beschäftigen viele Chaluzim und sind mit Aufträgen überhäuft. Die Nachfrage nach Zementsteinen ist sehr groß, infolge der großen Vorzüge, die Zement vor den Steinen hat.

Eine ziemlich kapitalkräftige Gesellschaft baut jetzt in Jaffa eine große Fabrik für Sandziegel und Zement. Diese Fabrik schreitet rüstig vorwärts und beschäftigt sehr viele Chaluzim. Die Arbeit ist von den Arbeitern selbst in eigene Regie übernommen; der Gewinn, den die Unternehmer sonst einstecken, fließt jetzt den Arbeitern zu, die daher gewissenhafter und billiger arbeiten. Die Kalksandsteine absorbieren weniger Feuchtigkeit als die Zementsteine, sind viel billiger, und haben daher bei der steigen[illegible] Alle Bauunternehmer warten mit Ungeduld, den Bautätigkeit im Lande sehr gute Aussichten.

Der Sturz der Mittelmächte.*)

Der Ruf nach den Urhebern des Weltkrieges ist noch immer nicht verhallt, noch kann man aus dem Wust der neuerschienenen und erscheinenden Memoireliteraten auf den Kern, der Ursache zum Weltkriege wurde, nicht kommen und über diese noch nicht oder vielleicht nie zu ergründende Antwort geht die Geschichte hinweg. Ob der Krieg hätte vermieden werden können, „wenn“ oder ob der Zusammensturz der Mittelmächte hätte aufgehalten werden können, „wenn“, darüber werden wir keine Klarheit bekommen, weil das Rad der Geschichte und Entwicklung nicht zurückgedreht werden kann, wiewohl möglich ist, dies Rad für eine Zeit aufzuhalten. Der Sturz der Mittelmächte wurde stets zurückgeführt auf den immer größer werdenden Verrat in der österreichisch-ungarischen Armee, auf einen „Defaitismus“, der im Hinterlande großgezogen wurde und gegen den sattsam bekannte „Durchhalter“ ankämpften, die im Trüben fischen wollten und die die Fahne der Annexion und des „Siegfriedens“ im Hinterlande hochhielten, indes sie an der Front Volks- und Landesgenossen für sich verbluten ließen. Karl Friedrich Nowak versucht nun in seinem jüngst erschienenen Buch „Der Sturz der Mittelmächte“ die Ursachen zu schildern, die den Zusammenbruch der deutschen und österreichisch-ungarischen Monarchie bewirkten. Das Werk ist aufgebaut auf dem Studium von Geheimakten und Kronratsprotokollen und auf wiederholten und ausführlichen, intimen und authentischen Darlegungen nahezu sämtlicher führenden Staatsmänner und Militärs, die auf Seiten der Mittelmächte aktiv an den dargestellten Ereignissen beteiligt waren. Für historische Forschung ist eine spätere Ausgabe mit detaillierter und genauer Quellenangabe vorbehalten. Das vorliegende Werk will auch nicht als Quellenwerk gewertet werden, will von sich nicht behaupten, daß es sine ira et studio geschrieben sei, wenn wir ihm auch jene historische Objektivität beimessen, die Nowak als ernster und seriöser Geschichtsdarsteller verdient. Daß es höher einzuschätzen ist, als die „Erinnerungswerke“ der Prinz Windischgrätz und General Kraus und anderer, ist schon deshalb verständlich, weil es nicht pro domo geschrieben wurde. Es ist ja auch möglich, daß allzu deutsche Leser und Kritiker dem Autor einen Vorwurf daraus machen werden, weil seine Mutter einer angesehenen jüdischen Familie in Mähren entstammte, für die Darstellung ist dies gewiß kein Nachteil, aber auch kein Vorteil. Nowak beginnt mit Brest-Litowsk und endet bei dem Sonderfriedensangebot Julius Graf Andrássys, reicht also bis zum 28. Oktober 1918, jenem Tage, der der Geburtstag der neuerstandenen Sukzessionsstaaten wurde. Vorerst sei gesagt, daß Nowak mit dem Märchen des tschechischen militärischen Verrates aufräumt, die Desertion des Infanterie-Regiments Nr. 28, die in der ehrwürdigen k. u. k. Armee eine weitaus größere Rolle spielte als das rechtzeitige Klappen des Nachschubes und der Verpflegung, über welch letztere Dankl bereits im September 1914 klagte, wird endlich ganz anders dargestellt, als man bis nun zu hören gewohnt war. Daß sich tschechische Regimenter tapfer schlugen, ob sie nun an der Ostfront oder Südfront waren, wird niemand leugnen wollen, der weiß, daß zum Schlusse Mut und Selbsterhaltungstrieb in der Brust jedes einzelnen Soldaten einen großen Zwiespalt bildeten, und daß Mut oft nichts anderes war als Feigheit vor der Feigheit. Daß ein Regimentskommandant fern von seinem Truppenkörper ein Gefecht liefert und verliert und dann aus Nervosität und Angst vor der Rechtfertigung ganz einfach erklärt, sein Truppenkörper sei zum Feinde übergegangen, kam oft vor und wer hätte das in der „alten“ Armee nicht geglaubt, wenn es sich dazu um ein Regiment handelte, das schon in Friedenszeiten von nationalem Geiste durchdrungen war. Aber welche Truppen haben nicht gemeutert, als der Krieg so lange dauerte? Welcher Truppenkörper hatte keine Ueberläufer, und wenn die Liebhaber der magyarischen Militärs ganz einfache, simple Infanteristen, die die Ehre hatten, mit magyarischen Soldaten zu kämpfen, um ihre Meinung gefragt hätten, so wäre wohl das Märchen von den „roten Teufeln“ anders ausgefallen. Aber wozu hier rechten. Daß der grausliche Weltkrieg kleinere und größere Ungerechtigkeiten zeitigte, wir wissen es alle. Daß zu Beginn des Jahres 1917 alles kriegsmüde war, mit Ausnahme Ludendorffs und anderer Großgenerale, deren Ruhm und Unsterblichkeit über Hekatomben von Leichen gehen wollte, das war Binsenwahrheit und Nowaks Schilderung all der Umstände, die zum Sturze führen mußten, ist glänzend, packend und plastisch. Es ging eben nicht mehr. Ging nicht in Deutschland, nicht in der Habsburgermonarchie, nicht im Bulgarenreich. Hunger und Müdigkeit, Verdrossenheit und Mißtrauen zu der Führung waren die Faktoren, kam noch das zerfahrene österreichisch-ungarische Problem hinzu. Nowak meint, daß im letzten Momente, als am 16. Oktober 1918 das letzte Manifest Karls proklamiert wurde, alles oder vieles hätte gerettet werden können, wenn man das Südslawenproblem endgültig gelöst hätte. Nein! Es war damals zu spät. Nowak anerkennt das Südslawenproblem als den Kern des austro-hungarischen Problems. Aber dieses Problem ging in Brüche, als am 28. Juni 1914 Franz Ferdinand als vermeintlicher Verwirklicher dieses Problems von einem Südslawen erschossen wurde. Heute sehen langsam alle die Beteiligten ein, daß mit dem Dualismus die „Habsburgermonarchie nicht zu halten war. Man versprach nationale Autonomie zu einer Zeit, als die Forderungen bereits über diese hinausgingen. Man kam eben auch zum Schlusse um ein halbes Jahrhundert zu spät. Die Briefgeschichten des Exkaisers, der Einfluß der Parmas, selbst wenn sie unterblieben wären, die eventuelle Abdankung Karls und auch Wilhelms hätten an dem wirklichen Zustand nicht viel gebessert, man hätte eventuell noch fortwursteln können, aber die ganze Situation war nicht zu halten. War nicht zu halten, weil Preußen-Deutschland sein Junkertum, weil Ungarn sein Gentrytum nicht aufgeben wollte. Hier wie dort regierte eine Kastenoligarchie, die jeden Kredit in der Welt verloren hatte, bis endlich auch den eigenen Völkern die Augen aufgingen, und jetzt, gezwungen durch furchtbare militärische Mißerfolge, Hunger, Not, Krankheit einerseits und neue völkerbefreiende, völkerversöhnende Ideen andererseits, wollte sie nachgeben, Kompromisse schließen, Toleranz üben. Völker, die aus Untertanen zu freien Bürgern werden, vertragen keine Toleranz aus dem Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus. Und weil die Regierenden dies zu spät einsahen, stürzten sie zusammen, wurden hinweggefegt wie Spreu im Sturme — verschwanden spurlos im Getriebe weltgeschichtlichen Geschehens. Und neue Männer traten hervor.

Nowak bemüht sich, auf Grund seiner Studien ein deutliches Gemälde zu schaffen. Es gelingt ihm vortrefflich. Ein Endurteil über alle seine Schlußfolgerungen kann jedoch erst dann gefällt werden, bis das ungeheure Material zutage gefördert wird, das noch in Geheimarchiven ruht und bis die geschichtlichen Ereignisse der letzten 50 Jahre vorurteillos werden überblickt werden können. Jedenfalls wird Nowaks Werk zu allen Zeiten als das Werk eines Zeitgenossen hoch gewertet werden.

G. K.

*) Karl Friedrich Nowak: Der Sturz der Mittelmächte. 1921. Georg D. W. Callwey Verlag München. Geh. Mk. 46.—, geb. 60.—.

daß die Fabrik möglichst schnell ihren Betrieb aufnimmt. Die arabischen Steinbruchbesitzer haben ihren Fehler eingesehen und setzen die Preise für ihre Steine rapide herunter, aber nachdem die jüdischen Bauherren ohne den arabischen Lärm, Streit und Schmutz zu bauen anfingen, will keiner mehr mit den Arabern und mit ihren Steinen zu tun haben.

Andere wollten eine Fabrik für Dachziegel bauen. Es hat sich aber bis jetzt kein passender Unternehmer gefunden. Wenn jemand von außerhalb kommen und mit Fachleuten eine solche Fabrik errichten würde, würde er glänzende Geschäfte machen, da nicht nur die Juden, sondern auch die Araber von flachen zu schiefen Dächern übergegangen sind, die das Haus vor Regen und vor Hitze besser schützen. Auch die lange Jahre im Lande lebenden Ingenieure sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß das schiefe Dach für Palästina geeigneter ist, als das flache. An vielen Stellen hat man versucht, Steinplatten oder Asbestplatten zu verwenden; diese sind aber viel teurer als Dachziegel. Außerdem muß man unter die Asbesttafeln Holztafeln legen, was den Bau noch mehr verteuert. Eine Fabrik für Dachziegel, von Fachleuten geleitet, hat in Palästina eine glänzende Zukunft.

Gute Geschäfte machen jetzt und werden in Zukunft noch mehr Fabriken für Holzbearbeitung (Fenster, Türen, Tore usw.) machen. Diese Fabriken sind jetzt vollbeschäftigt und werden es sein, so lange das Häuserbauen nicht aufhören wird. Einige Fabriken bauen sogar nicht nur Baracken für Soldaten, Chaluzim und Wegearbeiter, sondern auch zu Wohnzwecken in den Städten. Eingeführte Holzhäuser bewähren sich nicht gut, wenn sie nicht den Verhältnissen Palästinas entsprechen. Hingegen finden in Palästina von Fachleuten gebaute Holzhäuser reißenden Absatz.“ (Ein Schlußartikel folgt.)

Keren Hajessod.

Die amerikanische Rabbinerkonferenz für den Keren Hajessod.

Anfang Juni hielt die Vereinigung der amerikanischen Rabbiner Aguda Harabbonim ihre Jahreskonferenz in New-Haven ab. Die Konferenz stand unter dem Zeichen der Palästinafrage. In einer Resolution wurde festgesetzt, daß die Rabbiner Amerikas aktiven Anteil an der Arbeit für den Keren Hajessod nehmen sollen. An den Oberkommissär von Palästina wurde ein Vertrauenstelegramm abgesandt.

Vom Zionismus

Preisausschreiben.

Die zionistische Ortsgruppe Prag setzt hiemit einen ersten Preis von K 600 und einen zweiten Preis von K 400 für die besten Arbeiten über das Thema:

„Nationalismus, Sozialismus und Judentum“

aus.

Die Arbeit wird von einer durch die Kulturkommission des Zionistischen Zentralkomitees für die Tschechoslowakei eingesetzten Jury geprüft werden.

Sie soll den Umfang von zwei Druckbogen nicht überschreiten und kann in jeder in der Tschechoslowakei gesprochenen Sprache verfaßt sein. Die Arbeiten sind bis 30. September d. J. an die **Kulturkommission des Zionistischen Zentralkomitees für die Tschechoslowakei** in Prag, Ruzova 22, in einem geschlossenen Umschlag einzusenden und mit einem Kennwort zu versehen; daselbst wird auch etwa gewünschte Literatur beschafft. Die Zionistische Ortsgruppe behält sich die Veröffentlichung einer jeden der eingesandten Arbeiten vor.

Zionistische Ortsgruppe Prag.

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Vom Mietamt. In der Sitzung des Mietamtes vom 4. Juli 1921 hat der Vorsitzende Herr Dr. Max Beer nachstehende Erklärung abgegeben: „In der Nummer 176 vom 30. Juni 1921 der Zeitschrift „Duch Casu“ wurde ein Artikel veröffentlicht, in welchem die Vorsitzenden des Mietamtes die Herren Dr. Taborsky, Doktor Richter und ich in einer beispiellosen gemeinen Weise angegriffen worden sind, indem darauf hingewiesen wurde, daß wir uns bei Entscheidung von Mietstreitigkeiten nicht nach dem Gesetze richten, sondern uns von anderen Motiven leiten lassen, und als Vertreter der Hauseigentümer gleichzeitig als Vorsitzende des Mietamtes fungieren und daß wir natürlicherweise einseitig und gesetzwidrig zum Vorteile unserer Klienten entscheiden. Im Namen meiner Kollegen und im eigenen Namen weise ich diese durch nichts begründete Beschuldigung zurück, und erkläre den Schreiber dieses Angriffes als einen gemeinen Verleumder. Gleichzeitig bedauere ich, daß die Zeitschrift „Duch Casu“ sich zur Veröffentlichung dieses Pamphletes hergegeben hat. Es war Sache des Verleumders, daß er durch die Entscheidungen samt Gründen beweise, wann und in welchen Fällen das Mietamt ungerecht entschieden hat, und wann und in welchen Fällen der oder jener Vorsitzende des Mietamtes gleichzeitig als Vertreter der Hauseigentümer fungiert hat. Obwohl die Frist, für welche wir nach dem Gesetze verpflichtet waren, das Ehrenamt zu bekleiden, schon längst abgelaufen ist, haben wir dennoch gewissenhaft und uneigennützig weiter amtiert und haben diesem Amte wöchentlich mehrere Stunden in der Ueberzeugung gewidmet, daß wir damit eine vaterländische Pflicht erfüllen. Nach dem unerhörten Angriffe auf unsere Ehre überlassen wir gerne diese Arbeit, welche uns so viel Zeit und Mühe gekostet hat, einem anderen mit dem Bewußtsein, daß wir als Vorsitzende des Mietamtes uns nur nach dem Gesetze gerichtet und uns durch nichts von diesem Wege haben abbringen lassen. Wer durch unsere Entscheidungen sich in seinem Rechte getroffen fühlte, konnte sich an das Oberste Verwaltungsgericht wenden und die Begründungen unserer Entscheidungen durch diesen Obersten Gerichtshof überprüfen lassen. Da wir es nicht dulden können, in dem offiziellen Organe der größten Partei in dieser unerhörten und gemeinen Weise besudelt zu werden, legen wir unser Amt als Vorsitzende des Mietamtes nieder, wovon wir die kompetenten Behörden verständigen.

*

Jüdischer Kindergarten.

Anmeldungen in den jüdischen Kindergarten werden vorgenommen: Israel. Kultusgemeinde 3 bis 5 Uhr nachm. (15 bis 17 Uhr) vom Dienstag, den 12. Juli angefangen täglich.

•

Die regelmäßigen Vorträge im Verein Ahavath-Thora werden wieder jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachm. abgehalten, und zwar trägt Herr Rabbiner Dr. Spira Schulchan-Aruch vor. Gäste willkommen.

•

Die Bibliotheksstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden nicht mehr Dienstag, sondern jeden Montag, von ½6 bis ½7 Uhr abends im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüd. Volksschule statt.

Privoz. — Herzlfeier.

Der Volksverein Zion in Privoz veranstaltet am Dienstag, den 12. d. M. um halb 8 Uhr abends im Privozer Tempel eine Herzlfeier, bei welcher Herr Josef Frey die Festrede hält. Die kantoralen Funktionen versieht Herr Oberkantor Löwy. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Paskau.

Am 29. Juni verstarb hier Distriktsarzt Dr. Heinrich Graf und wurde am 1. Juli im Friedhof begraben.

Troppau.

Kundmachung. Gemäß § 125 des Statutes wird den P. T. Gemeindemitgliedern hiermit zur Kenntnis gebracht, daß mit dem Erlasse der schles. Landesregierung vom 23. d. M., Zahl IV—1086/21 der Statutenanhang genehmigt wurde und lautet nunmehr § 1 des Statutes wie folgt: „§ 1. Die israelitische Kultusgemeinde Troppau umfaßt die Stadtgemeinde Troppau, ferner die Gerichtsbezirke Troppau und Bennisch, sowie den politischen Bezirk Hultschin. Der Vorstand hat seinen Sitz in Troppau.“ Vorstand der israel. Kultusgemeinde Troppau. Der Vorsteher: Gustav Finzi.

Zürich.

Am 25. Juni wurde Dr. phil. David Strauß, der langjährige Religionslehrer der in Nauheim, wo er zur Kur weilte, im 51. Lebensjahre verschieden war, zu Grabe getragen. Von der großen Beliebtheit Dr. Strauß' zeigte die ungemein starke Beteiligung der Züricher Judenheit an seinem Leichenbegängnisse. Der Verblichene, der zusammen mit Rabbiner Dr. Littmann, s. Zt. das hiesige „Israelitische Wochenblatt“ gegründet hatte, nahm am öffentlichen jüd. Leben regen Anteil. Er war einer der ersten Zionisten der Schweiz, s. Zt. auch Verbandspräsident und seit Begründung der Misrachiföderation auch deren tätiges Mitglied. Die jüngere Generation der Mitglieder der Kultusgemeinde zählte ausnahmslos Dr. Strauß zu ihrem verehrten Religionslehrer und verliert die Gemeinde in ihm einen überaus treuen und aufopferungsvollen Beamten. J. P. Z.

Wien.

Lehrerstellen. Der Mangel an qualifizierten Lehrkräften an den jüdischen Schulen wie auch der Umstand, daß an der Wiener Universität eine große Anzahl Absolventen der phil. Fakultät konzentriert ist, veranlaßten den Jüdisch-Akad. Philosophen-Verein an der Wiener Universität ein Lehrervermittlungsamt zu gründen. Dieses Amt stellt sich zur Aufgabe, zwischen den in Betracht kommenden Organisationen sowie Institutionen und dem qualifizierten Lehramtskandidaten zu vermitteln. Auf diesem Wege wendet sich der Jüd.-Akadem. Philosophen-Verein an alle maßgebenden Stellen mit dem Appell in allen, die Besetzung vakanter Lehrerstellen betreffenden Angelegenheiten sich direkt an das neugegründete Lehrervermittlungsamt zu wenden. Adresse: Lehrervermittlungsamt beim Jüdisch-akademischen Philosophenvereine an der Wiener Universität, Wien, 18. Bez., Schulgasse 35/6.

Wisenz.

Wie bereits angekündigt fand am 29 Juni l. J. die konstituierende Generalversammlung des hiesigen jüd. Volksvereines statt, bei welcher Gelegenheit Herr Prof. Dr. Alfred Engl, dz. M.-Weißkirchen über das Tema: Der Zionismus als Idee und Wirklichkeit referierte. Wir brauchen nicht erst zu erwähnen, daß in Anbetracht des so hohen Gastes ein Massenbesuch bei der Versammlung war. Herr Prof. Engl schilderte die zion. Idee in zündenden und wohldurchdachten Worten von ihrem Anfangsstadium bis zur heutigen Gegenwart. Die so herrlichen Ausführungen wurden mit stürmischem Beifalle gelohnt und Herr Prof. Dr. Engl hat durch seine schöne Rede zum Zusammenschlusse der hiesigen Judenschaft unter Hinwegfassung aller persönlichen Momente sehr viel beigetragen. Die Vereinsleitung spricht hiermit auf diesem Wege nochmals H. Prof. Dr. Engl seinen innigsten Dank aus.

Die Generalversammlung wurde vom Obmanne des Gründungsausschusses mit einigen einleitenden Worten eröffnet, worauf der Herr Altbürgermeister König ein die Sitzung leitete. Bei der darauf abgehaltenen Wahl wurden mit Stimmeneinhelligkeit gewählt. Herr Alfred Juhn zum Obmanne, Herr Heinrich Büchler zum Obmannstellvertreter, Herr Erwin Reich zum I. Schriftführer, Herr Rudolf Gaser zum Kassier. Die Herren Emil Reich, Heinrich Guttmann, Fritz Kien, sowie die Damen Frau Emilie Frankl, Frl. Stella Fürst, Frl. [illegible] Kathner, Frl. Rosa Glaser, Frl. Olga Graul gehören dem Ausschusse bei. Als Kassarevisoren fungieren Herr Bernh. Grünbaum und Herr Kultusrat Moritz Klein.

Bei der Versammlung waren die zionistischen Ortsgruppen aus Ung.-Ostra und Straßnitz unter Führung des Herrn Fritz Fränkl sehr stark vertreten.

Jüdischer Sport

Von der Arbeit der jüdischen Turnvereine.

Die „Jüdische Rundschau“ veröffentlicht folgenden Bericht über die Tätigkeit der jüdischen Turnverine Berlins. Es wäre diese Tätigkeit von unseren Sport- und Turnvereinen sehr zu beherzigen.

Vor mir liegen die Berichte, die auf der Generalversammlung des J. T. V. Bar Kochba, Berlin, gegeben wurden. Wer in der Jugendbewegung arbeitet, der sieht derartige Berichte mit völlig anderen Augen, als alle die vielen Menschen, die auf Sport- und Turnplätzen Beifall klatschen oder sich stolz in die Brust werfen, wenn „ihre Bar Kochbaner“ auf irgend einer öffentlichen Veranstaltung einen ersten oder zweiten Platz erkämpfen. Aber ebenso häufig wie auf fruchtloses Wohlwollen aus Unverständnis stoßen wir auf Gegnerschaft aus Unkenntnis. Man glaubt in unserer Arbeit das Wirken wahrhaft jüdischer Kräfte zu vermissen. Man sagt, unsere Jugend sei nicht radikal, nicht intensiviert genug. Auch vermißt man ihre praktische Mitarbeit in der Zionistischen Organisation.

Und doch liegen die Dinge wesentlich anders. Aus einer Unsumme kleiner und kleinster Teilchen trägt diese jüdische Turnerjugend ein großes nationales Werk zusammen, das aufzubauen eigentlich Andere verpflichtet wären. Ein Blick auf den Finanzbericht des Berliner Bar Kochba spricht deutliche Worte darüber. Der Etat dieses Vereins ist außerordentlich hoch. Er besoldet einen Turnlehrer und einen Sportlehrer, zahlt teure Turnhallenmieten und erhält ein Vereinsbüro mit Heim und vieles andere. Trotzdem hat die Jugend des Bar Kochba mit ihren geringen Einkommen und Taschengeldern stets den Etat ihrer Organisation selbst bestritten und noch vor ganz kurzer Zeit aus zionistischem Pflichtgefühl heraus die Subvention einer zionistischen Organisation abgelehnt. Es liegt eine große nationale Leistung darin, daß die jüdische Jugend die nationalen Institute für Leibesübungen — und das sind die jüdischen Turnvereine — selbst finanziert, die bei anderen Völkern aus öffentlichen Mitteln erhalten werden.

Beachtenswert erscheint mir auch die Nationalfonds- und Keren Hajessod-Arbeit in den Turnvereinen. Hier kann es nicht auf Zahlen, sondern nur auf Erziehungserfolge ankommen. Wenn sich Jugendmitglieder von ihrem Taschengelde einige Mark absparen und diese innerhalb ihrer Riegen zusammenlegen, bis eine Tausendmarkzeichnung zusammenkommt, so ist das an Geldeswert nicht viel, in bezug auf Gesinnung und Idealismus aber ist das nicht nur Maasser, sondern hundertprozentig. Ueberhaupt: „Maasser und Arbeit“, das war von jeher die Erziehungsparole der jüdischen Turnvereine. Wieviel Arbeit, technische, organisatorische und jüdische wird da geleistet. Um Jugend zu erziehen, müssen Jugendführer ständig herangebildet werden. Eine treffliche Arbeit auf diesem Gebiete hat im vergangenen Jahr der Berliner Bar Kochba in seinem Führerseminar geleistet. Außer technischem Wissen wurde Unterricht in jüdischer Geschichte, Literatur und Palästinafragen gegeben.

Wir wissen genau, daß wir noch viel mehr zu leisten hätten, daß noch viel zu wenig Jugend in unseren Reihen steht (in Berlin nur zirka 300). Aber es liegt daran, daß die jüdische Turnerschaft innerhalb der Bewegung jetzt erst um ihre wirkliche Stellung und Anerkennung ringt. Der kommende Turntag wird darin hoffentlich Wandel schaffen und zum Erfolge führen.

Chaim.

Mähr.-Ostrau: S. K. Makabi — D. S. K. Teschen 3:0 (1:0). Trotz des schlechten Bodens lieferte Makabi diesmal ein überaus gutes Spiel. Der starke Gegner wurde durch die Stürmerreihe Makabis arg bedrängt.

S. K. Makabi Old Boys — S. K. Slovan Old Boys 3:3 (1:0).

S. K. Makabi Benjamin — Ostravska Slavie Junioren 1:2 (0:1).

Teschen: Slezska Sparta Orlau — S. V. Makabi Teschen 1:0.

Makabi Teschen Benjamin — Jüd. Arb. S. K. M.-Ostrau 2:0.

Proßnitz. Makabi — Amateure Brünn 1:1 (0:0). Dieses Wettspiel zeigte Makabi durchaus nicht auf der Höhe seiner Leistungen. Die Gäste glichen in der letzten Minute aus.

Makabi — Moravia Proßnitz 9:0 (5:0). Dieser Erfolg ist weniger dem guten Spiele Makabis als dem Umstande zuzuschreiben, daß die Moravia nur einzelne Leute ihrer ersten Mannschaft zur Verfügung hatte, während die übrigen der zweiten Mannschaft angehörten.

Makabi — Prostějov 1:3 (1:1). Das Revanchespiel zeitigte dasselbe Resultat wie das erste Spiel. Doch ist es, wenigstens was die Leistung Makabis anlangt, mit dem ersten nicht zu vergleichen. Haben wir damals an dieser Stelle geschrieben, daß die Niederlage Makabis eine selbstverschuldete und wohlverdiente war, so müssen wir vom Revanchespiel gerade das Gegenteil sagen. Makabi spielte aufopfernd und war namentlich in der ersten Halbzeit stark überlegen. Nur konnte Makabi die Chancen vor dem Tore nicht ausnützen. Bezeichnend ist, daß selbst das hiesige tschechischradikale Blatt „Hlasy z Hane“, das sonst nur Tschechen lobt, die besonders gute Leistung Makabis hervorhebt.

Makabi — Olomouc 2:1. Keine besondere Leistung Makabis, dessen Spieler sich durchaus nicht anstrengten, während S. K. Olomouc gut spielte, so daß das Resultat dem Kräfteverhältnisse nicht entsprach.

Hazena — Makabi Proßnitz — Makabi Ung.-Hradisch 11:1 (6:0). Eine ganz besondere Leistung der Proßnitzerinnen, von denen Rosl 5 und Gretl 6 Tore schossen. Die Gäste haben schon viel gelernt, spielten gut und ebenso wie die Einheimischen fair, konnten aber nicht aufkommen.

Jüdischer Nationalfonds.

Ausweis

vom 23.—30. Juni 1921.

Allgemeine Spenden.

Brünn: Eingang Juni	K 429.—
Iglau: Diverse	K 100.—
Jägerndorf: Moritz Jockl	K 20.—
Mähr.-Ostrau: Reinerträgnis des Gartenkonzertes K 817.12, Sammlung S. Storch b. Pidjom haben Raab. Karwin: Raab. Orlau, Raab. M. Erwin, Jg. Raab. Karwin, S. Storch je 10 = 40, Tempelspenden: Dr. R. Tramer 100, Arnold Löwy, Leop. Löwy je 50, Heinr. Süßer 30 zusammen	K 5087.12
Mißlitz: Diverse	K 351.—
Summe der Allg. Spenden	K 5987.12

Oelbaumspenden.

Brünn: Eingang Juni	K 105.—
Friedek: S. Weiß Garten: Ferd. Hauser 4 B.	K 60.—
Gaya: Gaten der Isr. Kultusgemeinde: Max Plaček anl. Matura 10, Benj. Reiß, Irene Götz je 5, Karl Plaček 4, zusammen 1 B.	K 30.—
Göding: Ing. S. Steinitz Garten: derselbe 1 B.	K 15.—
M.-Ostrau: Mizzi Löwy Garten: vom Reinertrag des Gartenkonzertes 24 B. a. N. Mizzi Löwy	K 360.—
Mißlitz: Mißlitzer Garten: 1 B.	K 15.—
Summe der Oelbaumspenden	K 585.—

Selbstbesteuerung.

Brünn: Eingang Juni	K 1526.—
M.-Ostrau: Mai—Juni	K 1000.—
Summe	K 2526.—

Gelöbnisscheine.

In Krasnojarsk Sibirien gezeichnet durch die Zentrale Prag eingeleitet:

Brünn: Dr. J. Beer 300, R. Hahndel 25; Eibenschütz: S. Steiner 25; Friedek: S. Steiner 50; Fröllersdorf: Jg. Abeles 100; Olmütz: R. Schulhof 50, O. Donat 25, Dr. Fritz Freund 200; M.-Ostrau: Jul. Winkelsberg 150; Teschen: Dr. S. Silberstein 200; Proßnitz: M. Werberg 100, zusammen K 1225.—

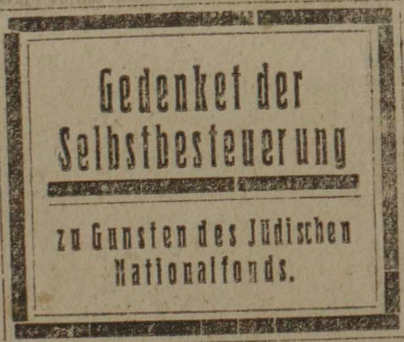
Werberg 100, zusammen K 1225.—

Büchsenleerungen.

Brünn: Eingang Juni	K 726.24
Gaya: Jüd. Lesehalle	K 18.—
Troppau: M. Altschul 15, Altar Mich., Bellak S., Eckstein J., Dr. Oppenheimer, Spiegel M., Spitzer S. je 5, Ebel Karl, Finzi G., Fr. Herrmann je 20, Dr. Eibenschitz 10, Eckstein Ad. 5.80, Dr. Friedmann 22.67, Groß Irma 8, Dr. Leop. Grün 7.80, Horowitz Ad., Dr. Hecht 17, Huppert Bernh 11, Kiepler Wilh 11.20, Löw Emil 6.80, Leschner Betty 7, Dr. R. Lichtwitz 18.40, Moses Heinr 10, Weltstein Bernh 15, Sonnenschein Amalie 7, Steiger Mich. 10, Schlesinger Alb. 8, Rusner 12, Reick Berth 43.45, diverse unter 5 K	K 404.20
Znaim: Diverse	K 101.39
Summe der Büchsenleerung	K 1249.83
Ausweis 24	K 11.572.95
zuletzt ausgewiesen	K 138.963.80
Gesamtsumme bis 30. Juni 1921	K 150.536.75
Materialien: Brünn 110, Göding 151, M.-Weißkirchen 36, zus.	K 297.—

Spendeneingänge im Monate Juni 1921

Mähr.-Ostrau	K 12.011.79
Brünn	„ 5.997.46
Neutitschein	„ 4.955.—
Proßnitz	„ 1.919.20
Troppau	„ 1.597.62
Freudenthal	„ 890.—
M.-Weißkirchen	„ 646.30
Jägerndorf	„ 520.—
Ung.-Brod	„ 457.—
Mißlitz	„ 366.—
Gaya	„ 303.—
Wall.-Meseritsch	„ 300.—
Jamnitz	„ 295.—
Olmütz	„ 275.—
Göding	„ 255.—
Prerau	„ 233.—
Trebitsch	„ 201.50
Triesch	„ 200.—
Teschen	„ 200.—
Sabreh	„ 190.—
Holleschau	„ 132.36
Friedek	„ 110.—
Znaim	„ 101.—
Fröllersdorf	„ 100.—
Iglau	„ 100.—
Kojetein	„ 70.—
Pohrlitz	„ 40.—
Wojkowitz	„ 40.—
Eibenschitz	„ 25.—
Summe	K 32.701.62
Materialien	K 731.—



Konkurs.

Bei der isr. Kultusgemeinde Kremsier gelangt mit 15. September l. J. die Stelle eines

Rabbiners und Predigers

zur Besetzung.

Die Bewerber müssen tschechosl. Staatsbürger und befähigt sein den hebräischen Unterricht an der Talmud Thoraschule als auch den Religionsunterricht an den tschech. Volks-, Bürger- und Mittelschulen zu erteilen und nicht über 40 Jahre alt sein.

Gehalt wird nach Uebereinkommen festgesetzt, die Reisespesen werden nur dem Akzeptierten vergütet.

Schriftliche Gesuche sind längstens bis 20. Juli einzubringen.

Der Kultusvorstand.

Nr. 2421/21. Czernowitz im Juni 1921.

Konkurs.

Bei der israel. Kultusgemeinde in Czernowitz gelangt die Stelle eines

Kantors

bezw. Oberkantors zur Besetzung.

Bewerber haben den Nachweis über die zur Versehung dieser Funktion erforderlichen speziellen Fähigkeiten und vollen Kenntnisse über hebräisches Wissen und allgemeine Bildung zu erbringen.

Auch die Eignung zum Thoravorlesen ist erwünscht. Ordnungsmäßig adjustierte Kompetenzgesuche sind unter Anschluß dokumentarischer Belege und insbesondere mit Bekanntgabe der bisherigen Verwendung bis spätestens 31. Juli 1921 bei der unterzeichneten Kultusgemeinde, Heinegasse 3, einzubringen. Die näheren Aufnahmsbedingungen werden mit dem zu akzeptierenden Bewerber vereinbart werden.

Eingeladen werden lediglich vollkommen geeignete Bewerber mit einwandfreien Referenzen, und werden nur diesen Kompetenten die Reisespesen rückvergütet.

Der Kultusgemeinde-Gerent:
Dr. Straucher.

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oberfurt.